

In diesem Heft

Editorial

Essay

STEFAN AMZOLL

Auch Utopien können warten!

Vier Paraphrasen mit Finale auf das Thema »Dramaturgie
der Dezennien – Die runden Geburtstage der DDR«

5

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE

Utopia zwischen Theokratie und Totalitarismus?

Bemerkungen zu Campanellas »Sonnenstaat«

15

Schicksale und Perspektiven der Wissenschaftsforschung

GÜNTER KRÖBER

Abschied oder Abstand von der Wissenschaftsforschung?

– Reminiszenzen –

27

Die Erlanger Werkstattgespräche des IGW.

Eine Dokumentation zu zwei Jahrzehnten

Wissenschaftsforschung in Deutschland

39

REINHARD MOCEK

Alternative Wissenschaftskonzepte in der Debatte

48

Die Linke im 20. Jahrhundert

»Ave, communisme, Morituri te salutant!«

Nikolai Bucharins »Letztes Wort«

63

Standorte

»Eher geht ein Kamel durch's Nadelöhr...«
Briefwechsel zwischen HERMANN KLENNER
und DIETER KRAFT 83

UWE-JENS HEUER
Eine Glosse zum Avantgardismus 86

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 88

Bücher & Zeitschriften

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und
internationale Studien:
Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung.
Fortschritte und Mißerfolge der Transformation,
Jahrbuch 1996/97, Carl Hanser Verlag München
und Wien 1997
(ARNDT HOPFMANN) 90

Valentin Falin: Konflikte im Kreml.
Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung
der Sowjetunion. Aus dem Russischen von Helmut Ettinger,
Karl Blessing Verlag GmbH München 1997
(STEFAN BOLLINGER) 93

An unsere Autorinnen und Autoren.
Impressum 96

Editorial

Aus der »jungen Welt« vom 14./15. Februar 1998 ist zu erfahren, daß die »Arbeitsgemeinschaft Wissenschaft« in der »Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde« (GBM) die Einrichtung einer Bibliothek plant, in der die Arbeiten abgewickelter DDR-Wissenschaftler gesammelt werden. Auch eine Bibliographie der ostdeutschen Wissenschaft nach 1989 soll entstehen, und zu den längerfristigen Vorhaben gehört sogar die Herausgabe eines »Gelehrten-Lexikons Ostdeutschland«.

Es ist abzusehen, daß derlei Absichten von den Deutungsmächtigen der »richtigen« deutschen Wissenschaft rasch mit dem allfälligen Nostalgieverdikt belegt werden. Das wird die Arbeitsgemeinschaft in ihren Absichten aber hoffentlich nicht entmutigen. »UTOPIE kreativ« gehört von ihrer ersten Ausgabe im September 1990 an zu denjenigen, die der festen Überzeugung sind, daß die Jüngeren künftig mit Interesse nachfragen werden, ob und was denn im Osten nach 1989 mit der gelebten Erfahrung DDR im Rücken und auf den Schultern anders gedacht, geforscht und entwickelt worden ist. Und hat daher ihre Seiten stets offen gehabt für alle, die sich durch erzwungenen Vorruhestand, nicht weniger erzwungene Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht haben abschrecken lassen von wissenschaftlicher Weiterarbeit.

Die Resultate solchen Bemühens sind gewiß von ganz unterschiedlicher Qualität. Auf den bisher 88 mal 96 (gleich 8448) Druckseiten der »UTOPIE« gab es Höhen und Tiefen wie in jeder anderen gesellschaftswissenschaftlichen Zeitschrift auch. Aber die Summe der aus dieser Richtung des »Nach-der-Abwicklung« stammenden Beiträge formiert sich nun allmählich schon zu einem ganz eigenständigen Stück ostdeutscher Nachwende-Wissenschaftsgeschichte. Und in diesem finden sich – in freilich unterschiedlicher Stärke und Konsequenz – bemerkenswerte Grundzüge: zum Beispiel der durch die Niederlage geprägte Zweifel; oder das nachlesbare Mühen um Synthese aus altem und neuem Wissen; auch das ausdrückliche Sichtbarmachen selbstkritischen Lernens und Infragestellens; schließlich die Suche nach neuen, dem ganz individuellen und vereinzelt entsprechenden Diskurs- und Darstellungsformen; und nach allem dann doch die Gewißheit, daß – wie die Geschichte – auch die Gesellschaftswissenschaft noch lange nicht am Ende ist.

Am 27. September 1997 wurden im Jahreskolloquium des »UTOPIE kreativ« herausgebenden Fördervereins Konkrete

Utopien e.V. genau solche Fragen der Wissenschaftsentwicklung diskutiert. »Schicksale und Perspektiven der Wissenschaftsforschung« standen in Rede – und zu behandeln war bei den Schicksalen nicht »nur«, wie »gewöhnlich«, die Abwicklung von DDR-, sondern auch von einem Teil alt-bundesdeutscher Wissenschaft: eben der institutionalisierten Wissenschaftsforschung. Mit Günter Kröber (damals DDR) und Clemens Burrichter (damals BRD) meldeten sich die Leiter der beiden deutschen Wissenschaftsforschungsinstitute – des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR (ITW) in (Ost)Berlin und des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen/Nürnberg – zu Wort. Beide Institute existieren heute nicht mehr. Günter Kröber hat uns seine Sicht auf diese Entwicklung in einem schriftlichen Beitrag zur Verfügung gestellt, und sie ist daher im vorliegenden Heft nachlesbar – ergänzt durch eine von ihm zusammengestellte und durch Burrichter ergänzte Dokumentation der Erlanger Werkstattgespräche des IGW. Die hatten über einen Zeitraum von 20 Jahren hinweg Wissenschaftsforscher aus der BRD, der DDR und einigen anderen osteuropäischen Ländern zusammengeführt – und es würde sich wohl lohnen, solchen Spuren gleichberechtigter und durch gegenseitige Akzeptanz geprägter Debatte auch auf anderen Wissenschaftsgebieten nachzugehen.

Den Druck der schriftlich eingereichten Kolloquiumsmaterialien, von denen wir im vorliegenden Heft noch den Aufsatz von Reinhard Mocek präsentieren, setzen wir im folgenden Heft 90 mit den Beiträgen von Hansgünter Meyer und Rüdiger Wegmarshaus fort.

Zum Gesicht von »UTOPIE kreativ« gehören – und auch das hat mit den oben genannten ganz bewußt gesuchten und gestalteten Prägungen heutiger ostdeutscher Gesellschaftswissenschaft zu tun – neu aufgefundene Dokumente der Geschichte der kommunistischen Parteien und des Realsozialismus und Arbeiten zu deren Analyse und Bewertung. Noch immer erschließen sich bei solchem Dokumentenfund neue Sichten auf Vorgänge, sie seit 1989 scheinbar erschöpfend erforscht worden sind. Und so halten wir es für geboten, in weiterer Vertiefung der Kenntnisse über die Moskauer Schauprozesse 1936/38 hier ein Dokument zu drucken, das bisher nur in zielgerichteter »Bearbeitung« durch die Mörder seines Autors veröffentlicht wurde: das »Letzte Wort« von Nikolai Bucharin, einem der Hauptangeklagten im Dritten der Schauprozesse. Das Lesen unseres von Wladislaw Hedeler vorbereiteten Abdrucks wird Mühe bereiten, denn es mußten die bisherige Druckform, der aufgefundene handschriftliche Entwurf Bucharins und verschiedene andere jetzt erst entdeckte Eingriffe in das Manuskript in einem einzigen Text zusammengeführt werden. Das Resultat dessen ist aber ein so bisher noch nicht gezeigtes Kapitel Prozeßgeschichte. Noch deutlicher als bisher steht die Tragik des Bucharin – und der ungezählten anderen, die seinen Weg zu gehen gezwungen waren – vor Augen.

WOLFRAM ADOLPHI

STEFAN AMZOLL

Auch Utopien können warten! Vier Paraphrasen mit Finale auf das Thema »Dramaturgie der Dezennien – Die runden Geburtstage der DDR«

Auf die blendenden Reize des Dezennien-Themas sich einzulassen, heißt für mich, den Rückwärtsgang einzuschalten auf fröhlicher Geisterfahrt nicht nur durch die DDR-Geschichte. Das Verfahren ist recht und – billig. Ich will in einem speziellen Teil über dessen Probleme sprechen. Sie müssen sich also noch ein wenig gedulden, bevor es wirklich knistert. – Vorerst, rasch herbeierzählt, Vergessenes zur Position von Kunst im vorletzten Oktober der DDR.

»Commedia per Musica«

Der 7. Oktober 1989 ist zweifellos das einschneidendste Datum, weil, alles Feiern stand im Zeichen des sich aussingenden Endes einer anfangs konsensfähigen Idee. Glasnost und Perestroika saßen mit auf der großen Berliner Tribüne, nisteten unten im Aufmarschfeld der Jugend, feierten schon vorher im Land Triumph um Triumph. Zuoberst noch die landeseigene, landesfremde, landesferne Parteiführung in einer Reihe mit sonstigen Oberhäuptern aus den Zentren einer vergreisten osteuropäischen Blockobrigkeit. Sie hatte bereits alles verspielt, was es zu verspielen gab. An ihrer Seite der dynamische UdSSR-Generalsekretär mit der überraschenden Fähigkeit, die ihn umgebende Vetternschaft auf kurzweilige Art in Furcht und Schrecken zu versetzen. »Gorbi hilf!« skandierten zornige Jugendliche, selbstbewußte Bürger, aufgebrachte Genossen, aufgebracht nicht wegen der teuren, immergleichen, pompösen Spektakel, welche die Menschen der DDR-Hauptstadt periodisch erfahren durften, – solche Feiern kannten sie ja –, sondern wegen der unerträglichen Atmosphäre, die das ganze Land befallen hatte. Daß der Zug der Vierzig-Jahr-Feiern sich in Straßendemonstrationen verwandelte, wies schon auf das Ende. Klar wurde dem denkenden Zeitgenossen in jenen Tagen die ganze Wahnhaftigkeit und Rückwärtsge wandtheit dieser flammenden, lobhudelnden, Anti-Stimmungen geradezu heraufbeschwörenden Rituale des Einverständenseins.

Die strukturelle Gewalt dieser singulären Untergangssituation, eines Fin de siècle der DDR, dem sich ein demokratisches Aufbegehren anschloß, das bald verebben sollte, hat Künstler der DDR natürlich nicht kalt gelassen. Friedrich Schenker, um ein Beispiel zu nennen, stach mit seiner »Commedia per Musica« ins Wespennest des Leipziger Zerfalls, in einen Pott, in dem es finster aussah, und rief mit Orchester und Kinderchor spielerisch zur befreienden, schlagenden, schneidenden, stechenden, hauenden Aktion auf. Das

Stefan Amzoll – Jg. 1943, studierte von 1968 bis 1972 Theater- und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er arbeitete im Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR als wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1977 als Musikredakteur und Redaktionsleiter bei Radio DDR II. Promovierte 1987 über kulturelle Aspekte des Rundfunks der Weimarer Republik. Nach der Wende Chefredakteur des Kulturprogramms Radio DDR II, nach 1990 Programmleiter von DS Kultur. Seit 1992 als freier Publizist tätig.

Der Text folgte einem Vortrag, den der Autor am 22. Mai 1997 im Deutschen Historischen Museum gehalten hat.

gewaltfreie, kreative Feindbilder mobilisierende Werk entstand 1989, im Jahr der Uraufführung. Es hat die Situation der Leipziger Straßendemonstrationen sinnlich gleich mit auf den Begriff gebracht. Schenker selbst mochte sich an derlei Bekundungen, als sie national wurden, nicht mehr beteiligen. Das große Festkonzert im Neuen Gewandhaus gab Gewandhauskapellmeister Kurt Masur aus Anlaß des Nationalfeiertags, bevor sich die Schleusen seines Hauses für den Dialog aller mit allen öffneten. – So wenig Realität und Abbild im Kunstwerk zusammenfallen, so sehr gehen Wirklichkeit und Abbild in der »Commedia« Hand in Hand mit der Möglichkeit, wozu Individuen unter widrigen Umständen reif und fähig wären. Beleg für die historisch besondere Qualität der Komposition. Befreiung durch ästhetische Spontaneität fand nicht statt. Wohl aber löckte Friedrich Schenker wider den Stachel. Seine Musik nahm den Augenblick vorweg, der dann kam. Eine vergessene Funktion. Während des Umbruchs brach sie sich kurzzeitig Bahn.

Ironie der Geschichte ist: Das denkwürdige Wirklichkeit-Kunst-Amalgam – Werke können Adorno zufolge warten –, nahm der Autor genau zehn Jahre vorher in Worten vorweg, und zwar im Rahmen einer Befragung prominenter DDR-Komponisten zum 30. Jahrestag der Republik unter dem Titel: DDR 30 – In eigener Sache, veranstaltet von der Zeitschrift »Musik und Gesellschaft«, dem Fachorgan des Komponistenverbandes.

Der erste Teil des Schenkerschen Sprachwerks lautet:

Meine Arbeitsumwelt:

Ich lebe in Leipzig,
 liebe diese Stadt,
 hasse diese Stadt zuweilen,
 hier leben zugleich höchste Kultur
 und industrielle Abgase;
 ich lebe zwischen Frack, Stickluft;
 hier ist Musikhunger,
 hier lebte J. S. Bach,
 o mein staubiges Rosenthal;
 Riesenlärm;
 hier lebten Goethe, Mendelssohn, Schumann,
 Marschner, Lortzing, Wagner,
 Mahler, Eisler.
 Jetzt: phenolverwitterte »Wasser«läufe,
 hier trifft sich die Welt,
 Messetrubel,
 die Stadt wächst,
 die Notwendigkeit für Kultur wächst!
 Der Kulturhunger wächst,
 unsere Bereitschaft, ihn zu stillen, wächst!
 Kunst entsteht im Spannungsfeld
 zwischen Glück und Unglück,
 davon gab es diese 30 Jahre genug.

Es ließen sich gleich originelle und kritische Stellungnahmen anführen. Zusammen mit den Werken belegen sie ein breites Reservoir kritischer Vernunft. Eine lernfähige, in vielem selbstbe-

stimmte DDR-Avantgarde war entstanden, der es an politischer Schläue, kreativer Erschütterbarkeit, erfindungsreichen Gestaltungsmethoden und vielem mehr nicht mangelte.

Als Friedrich Goldmann, Komponist, Dirigent, Hochschullehrer, 1969 – die Republik wurde eben zwanzig Jahre alt – seine Sonate für Bläserquintett und Klavier komponierte, reizten ihn die Verhältnisse, unter denen er lebte und arbeitete, ganz besonders zur Widersetzlichkeit. Bestaunt werden durfte eines der überzeugendsten Resultate der DDR-Kammermusik, ein Gebilde, angefüllt mit rigiden Gesten und bös-opponierenden Gebärden. (Mit dem Knall eines zuschlagenden Klavierdeckels endet das Stück.) Goldmanns Werk hätte als ein Dokument des Widerspruchs objektiv auf den »Gabentisch der Republik« gehört, wohin es nach dem Selbstverständnis des Autors natürlich nie hätte gelangen dürfen (und auch nie gelangte). Mit der 1971 komponierten 1. Sinfonie verwirklichte Goldmann, ästhetisch und technisch glänzend verfaßt, noch radikalere, konzeptionell noch ausgreifendere Antworten auf ungelöste Probleme im Land. – In dem Zusammenhang sei nicht vergessen: Im Lauf der achtziger Jahre übertrug der Kultursender DDR II an jedem 7. Oktober ein Dirigat des Komponisten mit ausgesuchtesten, avanciertesten Arbeiten der Neuen Musik aus Ost und West, nicht zum »Erschrecken« der Republik, sondern von seiten der Redaktion um der »dritten Sache« willen.

Befreiungen und Unterjochungen

Gäbe es – ich phantasiiere frei – einen digital vernetzten Weltbund der Komponisten, gäbe es die Kenntnis über abertausende Exemplare von Widmungs-, Geburtstags-, Jubiläumsstücken aller Couleur und Zeiten. Die Mitwelt würde Einblick erhalten in zahllose Arten von Ehrerbietungen zu nationalen Tagen, in zum Verwechseln ähnliche Musikphraseologien, die auf den Tag und Anlaß hin aufgeschrieben wurden. Daneben würde sich ein Drittes zeigen lassen: Einer derer, denen es nicht im Traum einfiel, Dezennien oder Sekundien mit guten ästhetischen Gaben zu bedenken, war beispielsweise der Sänger und Schauspieler Ernst Busch. Zu fragen wäre also auch nach Orten, Umständen, Situationen und Motiven dessen, weswegen sich Individuen einem Hofschranzenthum oder jeglichem öffentlichen Bezeigen von Ehre und Verehrung verweigert haben. Da einschlägige Aufgebote aus der DDR vielfach nicht besser und nicht schlechter waren als jene aus Nachbarregionen, wäre personifiziert nach analogen intentionalen, formalen, funktionalen Qualitäten und Disqualitäten unter nichtidentischen oder gegensätzlichen Bedingungen zu fahnden. Ob das schon jenseits der Schwelle von wissenschaftlicher Erkundung zur geheimdienstlichen Observation läge, vermag ich nicht abzuschätzen.

Ich verlasse die Tonalität und gehe über in den a-thematischen Bereich. Im Prinzip sind die »Love Parades« nicht anders (und besser) als jedes FDJ-Pfingsttreffen, nicht einmal freier und witziger, wiewohl Unterschiede auf der Hand liegen. Die Szenarien und Insignien, unter denen die Parades ablaufen, weisen auf ziellos-neutrale Freudigkeit, die schon verfallen ist, bevor sie aufkommt. Sie steht der frohgemuten Kampfgenossengesinnung nahe. Vor

dem Straff-Vormilitärischen geniere ich mich nicht weniger als vor dem Chaotisch-Trunkenen. Gleichwohl ist im Osten zu unterscheiden etwa zwischen dem Deutschlandtreffen 1950 in Berlin, einer Massenaktion subjektiv humanen Wollens, dem Berliner Pfingsttreffen der FDJ 1964, das mit dem »Offenen Gespräch« die Ost-West-Debatte zumindest nicht ganz abreißen ließ, und dem Jugendaufmarsch am 7. Oktober 1989 in Berlin, einem extremen Ereignis, weil durch die löchrigen Einheitstransparente schon die Augen des Aufbruchs hindurchblickten.

In den sich auflösenden Disziplinargesellschaften, wie sie Gilles Deleuze beschreibt, haben die disziplinierenden Massenaufmärsche ihren Ort. Sie werden durch Parolen geregelt, sowohl aus der Sicht der Integration wie aus der Sicht des Widerstands. Die »Love Parades« fallen schon unter die Kontrollgesellschaften, in denen Individuen zu Dividuen und die Massen zu Daten, Märkten und Banken geworden sind. Deleuze schreibt: »Es gibt keinen Anlaß zu fragen, welches das härteste oder das toleranteste Regime sei, denn in jedem von ihnen stehen sich Befreiungen und Unterjochungen gegenüber.«

»Befreiung« von Heiner Goebbels ruft als szenische Version das Jahr 1989 gleich doppelt auf, zum einen futuristisch den DDR-Aufbruch, zum anderen rückschauend die Französische Revolution, verbunden mit der Frage, wieviel Revolution nach 200 Jahren noch wert sein kann.

»Befreiung« ist ein Stück über Sprachen, Parolen, Interferenzen im Ausdruck einer Revolution. Mitte 1989 war für Heiner Goebbels nicht abzusehen, daß der Gehalt des Revolutionsbegriffs sich noch im gleichen Jahr kopernikanisch wenden würde. Nichts ahnend und nichtsdestoweniger angesteckt von dem riesenhaften Stoffreservoir über die Französische Revolution 1789, warfen zu jener Zeit Scharen von Künstlern aus Ost und West ihre Produkte auf den Markt. Was sie bedienten, waren mehr oder minder eingeübte Rituale der Verehrung, aufgefüllt mit Aktualitäten erlebter und befragter oder unbefragter Gegenwart.

Es ging um ein in der Geschichte bis in unsere Tage konservativ abgelehntes Weltereignis, um das Ergebnis einer gewaltsamen Umwälzung, die, getragen von breiten Volksschichten, die ökonomische Machtdurchsetzung des Bürgertums realisierte. Erst vehemente Invektiven seitens der Unterklassen vermochten jene glühende Revolutionsverehrung hervorbringen, welche den Oberklassen bis heute abgeht.

Solche Bewertungen änderte der Herbst 1989 gründlich. Jubel über den Sturmwind herrschte.

Für einen Moment wirbelten die Funken der authentischen Menschenrechte durchs Land, für alle greifbar, um gleich wieder zu verlöschen und über der kalten Asche einer politisch-ökonomischen Erotik freien Lauf zu lassen, so libidinös, wie man das in europäischen Hemisphären noch nicht erlebt hatte. Als die Erschlaffungsphase sich aller Liebesdummheiten entledigt hatte und zu frischer Untat gerufen wurde, schien wieder alles beim alten zu sein.

Das Überraschende, Charakteristische daran ist, Revolution als Kraftquell gesellschaftlicher Rückbildung zu verstehen, sie zu defi-

nieren als Maschine zum Rücktransport in vormalige Verhältnisse.

Heiner Goebbels hält diese folgenreiche Folgenlosigkeit in seiner Szene wach und erwidert sie. »Das Stück«, schreibt er, »ist auch gerichtet auf die Konventionen des Theaters, das in aller Regel mit der rhythmischen Sprache ... immer nur naturalistisch umgeht. Man glaubt, den Figuren Charaktere geben zu müssen, um Gut und Böse psychologisch zu motivieren und damit doch nur uns vor diesem Auseinanderhalten zu schützen.« Die Motivik soll uns später noch beschäftigen.

Fetisch und Denunziation

Der nun anhebenden Charaktervariation sei als Kopfmotiv vorangestellt: Ich hege Zweifel an der Wissenschaftsfähigkeit und der Seriosität der Ergebnisse, wenn Instanzen, aufgerufen zur Organisation und Distribuierung aufklärerischen Wissens, lediglich den Logismus runder Geburtstage, wie sie zum Beispiel die DDR begangen hat, analysieren und damit das Stellen weiterreichender Fragen blockieren.

Ich muß doch wenigstens danach fragen: Wann, wo, wie, unter welchen Umständen funktioniert eine Sache, in welchem regionalen, internationalen Kontext steht sie, unter welchen Strukturbedingungen, -ähnlichkeiten und -gegensätzen entsteht, expandiert, verharrt, degeneriert, verschwindet oder prolongiert sie? Daran knüpfen sich zwangsläufig Überlegungen zu immanenten Problemen, zu Traditionsverankerungen, zur Gegenwarts- und Zukunftsfähigkeit oder -unfähigkeit von Individuen, Produkten, Phänomenen, Ereignissen, mit denen Individuen, Gruppen, Institutionen, Ethnien, Staaten zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich umgehen.

Geschichtsanalyse verfehlt ihren Begriff, reduziert sie sich auf die Beschreibung lächerlicher Posen, hämischer Feindseligkeiten, dummer Slogans, seniler Bewußtseinstrübungen, so häufig diese im deutsch-deutschen Kontext auch ihre Rolle gespielt haben mochten. Solche unmittelbaren Fetische von Politik und Kultur verführen nicht selten zu denunziatorischen Anstrengungen als Mittel der Vorführung. (Wir erleben das ja täglich und wissen darüber aus der Zeitung.) Nur ist jede Denunziation wesentlich Selbstdenunziation, und in dem laufenden Diskurs über die wechselvolle mitteleuropäische Geschichte seit 1945 tritt diese Wahrheit klar wie unter Laborbedingungen zutage.

Die Ausstellung SYMBOLE UND RITUALE der frühen DDR liefert hierfür den extremen Beleg. Roland Barthes sagt über eine Photoausstellung mit dem Namen »Die große Familie der Menschen«: »Daß das Kind unter guten oder schlechten Bedingungen geboren wird, daß es seine Mutter Schmerzen kostet oder nicht, daß es von Sterblichkeit betroffen wird oder nicht, daß es zu dieser oder jener Form der Zukunft Zugang hat, davon müßten die Ausstellungen zu uns sprechen, und nicht von einer ewigen Lyrik der Geburt.«

In den Räumen der hiesigen Ausstellung blinkt hinter jedem mattdüster, rotglühend ausgeleuchteten Ritual die Mündung einer Kalaschnikow. Hoffmanns Posenphotos mit der Figur Hitlers neh-

men sich demgegenüber wie Kinderspiel aus. Roland Barthes gibt in »Adamov und die Sprache« eine schlagende Analyse des Sachverhalts:

»Die Sprache einer Klasse oder eines Charakters parodieren, bedeutet, noch über einen gewissen Abstand verfügen, heißt, noch als Besitzer eine gewisse Authentizität genießen (eine von der Psychologie geschätzte Tugend). Aber wenn diese entlehene Sprache, die immer ein wenig innerhalb der Karikatur liegt, allgemein ist, auf der ganzen Fläche des Stückes mit unterschiedlichem Druck lastet, keinerlei Riß aufweist, durch den irgendein Schrei, irgendein erfundenes Wort hinausgelangen könnte, dann sind die menschlichen Beziehungen trotz ihrer scheinbaren Dynamik wie in Glas verwandelt und werden unaufhörlich durch Wortbrechung abgelenkt. Das Problem ihrer ›Authentizität‹ verschwindet wie ein schöner (und falscher) Traum.«

Daß es Pflicht ist, mit DDR-Geschichte kritisch ins Gericht zu gehen, daran muß nicht erinnert werden. Alle Relativierungsabsicht ist dabei zu verwerfen. Nur muß das Verfahren den kritischen Umgang mit westdeutsch/westberliner Geschichte einschließen. Niemals erkannte der Weststaat wirklich an, was sich als geschichtliche Alternative zu diesem definierte, nämlich den Oststaat. Dieses Ineinander-Verwickelt-Sein gegeneinander – trotz vielerlei Manöver der Alleinvertretung wie der Abgrenzung – führt mich zu Gustav Heinemann, einst Präsident der Bundesrepublik Deutschlands, der schon 1961 aussprach, was heute westlicher- wie östlicherseits nicht oder immer weniger beherzigt wird: »Eben weil ich nicht geneigt bin, die westlichen Krankheiten durch eine bolschewistische Arznei zu heilen, die ich für schlimmer als die Krankheit erachte, bestehe ich darauf, daß die westlichen Krankheiten gründlich angefaßt werden müssen. Wir hätten also, so meine ich, viel mehr von uns als von den Bolschewisten zu reden, wenn es nicht kalter Krieg sein soll, was wir veranstalten.«

Über die Pflichttrauerprogramme zu reden, welche vom DDR-Rundfunk aus Anlaß des Ablebens hoher Staats- und Parteifunktionäre ausgeschiedt wurden, hieße, im Gegenzug über die Pflichttrauerprogramme des westdeutschen Staatsrundfunks zu reden. Sie unterschieden sich, was ihr Material und ihre Machart anging, in nichts von denen ihrer feindlichen Nachbarn und kamen im übrigen genauso peinlichst den Gepflogenheiten ideologischer Systembekämpfung nach wie die der Gegenseite.

»Freiheit schöner Götterfunken«

Auf die Idee – quasi una fantasia –, die Musik der IX. von Beethoven zu globalisieren, war Leonard Bernstein gekommen, als er im November 1989 in Westberlin gastierte. Mit der Maueröffnung brach der Damm und zerstob alle Perspektive des umstürzlerischen Oktober in Leipzig, Dresden, Berlin. Der Dammbruch hatte seinen Tag, den 9. November, eine schwarze Terminierung.

In den darauffolgenden Monaten lief die IX. in Deutschland wohl so häufig wie nie zuvor. Was hätte die Eintracht der Deutschen überzeugender wiedergeben können als die Aufführungen Bernsteins vor dem Brandenburger Tor mit weltweiter Medienaus-

strahlung? Die nunmehr national gewendeten Freudenfeste im Osten eiferten dem nach.

Das »süße Wort Freiheit« – gebraucht und verbraucht als Gegenformel zu Diktatur – hielt der Westen von der ersten Stunde an besetzt. Die Inbeschlagnahme der Vokabel fiel leicht, ihre Umsetzung über die Individualrechte hinaus mißlingt bis auf den heutigen Tag. Leonard Bernstein, der jüdische Weltumarmter, in jenem Herbst bebraucht von der »Erfüllung des Traums der Freiheit«, taufte die Überschrift des Finalsatzes einfach in »Freiheit schöner Götterfunken« um. Eine glänzende Idee. Die Innovation funktionierte perfekt im Zeichen der Fiktion einer Bewußtseinsunion. Das visionäre *per aspera ad astra*, das die einen bei sich verwirklicht glaubten, verstanden die andern nunmehr auf gesamtdeutsch: »Die deutschen Girlanden zu winden fahren wir zu hauf.« (Friedrich Schenker)

Einen Makel besaß der Vorgang: Die industriemäßige Auswertung des umgewidmeten Beethoven verfehlte den Wahrheitsanspruch des Werkes und damit die Wahrheitsabsichten Beethovens und Schillers.

Beethovens Menschheitsutopie führte lange vorher, auf der Ebene geschichtlicher Rezeption, zu unauflösbaren Konflikten. Die Flut der Reaktionen auf das epochale Dokument resultiert aus dessen Gegenposition zur gottverlassenen Realität. Würde das Menschheitsideal, das die IX. ausdrückt, als Maßstab für die Wirklichkeit gelten, Beethoven würde mit seiner Musik die Realität täglich Lügen strafen. Darin liegt die Potenz dieser Musik.

Der Wiener Meister hatte die Komposition »seiner Majestet dem König von Preussen Friedrich Wilhelm III. in tiefster Ehrfurcht zugeeignet«. Daß er die Einwilligung des Königs, eines ästhetisch gebildeten Herrschers mit dreckigen Kriegen am Stecken, als ein »großes Glück« seines Lebens bezeichnet, ist ein erster Widerspruch. Denn Könige gehörten ebensowenig zu seinen gewünschten Hörern wie das biedere Wiener Bürgertum, daß seiner Meinung nach niemals revoltieren würde, solange es Braunbier und Würstel gereicht bekomme.

Ein zweiter Widerspruch: Die IX. war eine heimatlose Sinfonie und besaß doch ganz Heimat. In der Friedhofstille des Metternich-Zeitalters mußte ihre kompositorische Identität und philosophische Idealität ebenso nah und vertraut wie fremdartig wirken.

Seit Aristokratie, Bourgeoisie und Unterklassen gleichstark die IX. feiern, kann der Kulturbetrieb mit dem Kunstwerk problemlos umgehen. Eingemeindet in die Welt des schönen Scheins, darf sich der Hörer für wenige Stunden in ihre Utopia flüchten, bevor ihn die Prosa des Geschäftslebens wieder einholt.

Trotz der deutschen Wunden reguliert Beethovens Gesang auf Schillers Ode »An die Freude« unvermindert den ästhetischen Transfer der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit. Ungeachtet der klaffenden Risse in der realen Welt, hält das schillernde Werk ein Selbstbewußtsein der Freiheit wach.

Theodor W. Adorno wußte das Wort Freiheit auf seine Art zu besetzen. Existent werde Freiheit erst durch bestimmte Negation gesellschaftlicher Unfreiheit. »Zugleich macht der Schein der Freiheit die Besinnung auf die eigene Unfreiheit unvergleichlich

viel schwerer, als sie im Widerspruch zur offenen Unfreiheit war, und verstärkt so die Abhängigkeit.« Das Diktum schlägt jedem Dirigenten der IX., der nicht wenigstens Schönbergs »Überlebenden von Warschau« als Gegenwerk einbezieht, symbolisch den Taktstock aus der Hand.

Unwahr ist die Einheit der Menschen, die das Werk im aktuellen Kontext suggeriert.

In der DDR lief das Großwerk häufig unter Schlagworten wie Völkerverständigung und Menschengemeinschaft. Beide Ausdrücke entpuppten sich als harmonistische Konstrukte. Letzterer wurde nach dem 20. Jahrestag des Staates aus dem kommunikativen Sprachhaushalt der Republik verbannt. Wo immer sich Beethovens kraftvolle Utopie den Hörern mitteilte, sie verzehrte sich in glättender Bestätigung bei sozialistischen Festakten, Leipziger Messe-Sonderkonzerten oder Jubelveranstaltungen zum 7. Oktober.

Aus modulatorischen Gründen will ich Probleme der Schillerschen Ode näher behandeln:

Beethovens selektiver Umgang mit der Schiller-Ode zählt zu den glücklichen – und zugleich problematischen Momenten der Arbeit an dem Werk. Gewiß, dieser Schiller steht mit der Freudenode ganz im Bann der Musik des Schlußsatzes, im Zenit der übers Werk ganze hinweg durchkämpften Menschheitsidee. Die Dichtung und Musik sind jedoch ebenso »von unten herab« (Karl Kraus) anzuschauen, beide Spuren können auch anders gelesen und gehört werden. Erstaunlich, wie viel Beethoven von Schillers Gedicht »An die Freude« nicht vertonte. Mehr noch erstaunen aktuell erscheinende Probleme, deren Gehalt sowohl vertonte wie unvertonte Verse innewohnen. Ich will einige andeuten:

Erstens: Das Verständnis der Bedeutung des Wortes »Elysium« ist die erste Bedingung für das Verständnis der Botschaft, die ja universell, global sein soll. »Elysium« ist nicht das Erdenzentrum, wie im Gedicht abstrakt durchexerziert, sondern das am Westrand der Erde gedachte Land der Seligen. Es ist ein Unterschied, ob das humane Symbol entweder als Teil oder Ganzes oder als Kontradiktion, die Ungleichheit in sich schließt, wahrgenommen wird.

Zweitens: Die poetische Nomenklatur offenbart eine eigentümliche Stellung zu Integration und Ausgrenzung. Erst vernehmen wir: »Wem der große Wurf gelungen/ Eines Freundes Freund zu sein/ Wer ein holdes Weib errungen/ Mische seinen Jubel ein.« Warum grenzt Schiller aber in den nachfolgenden Versen die »Unseligen« aus? Wem nicht »der große Wurf gelungen«, wer kein »holdes Weib errungen«, »der stehle weinend sich aus diesem Bund«, heißt es dann sinngemäß.

Drittens: Die Zeile »Durch den Riß gesprengter Särge/ Sie (die Fahnen – d. V.) im Chor der Engel stehn.« öffnet den Blick ins Totenreich, in die Unterwelt. Das ist die hellstichtigste Erfindung im ganzen Gedicht. Ihr impliziter Verweis auf die Tragödien unseres Jahrhunderts wirkt bestechend. Beethoven läßt sie weg.

Viertens: Die Chorzeile »Duldet mutig, Millionen!/ Duldet für die bessre Welt!« ist handlungsarm, ängstlich und defensiv, obwohl gleich danach steht: »Droben überm Sternenzelt/ Wird uns ein großer Gott belohnen.« Das christliche Bedürfnis des Erduldens

sondert Beethoven aus. Die Komposition bedarf der Helligkeit der säkularen Erlösung. Das entspricht dem Anschauungsstand der Aufklärung nach der Französischen Revolution 1789. Schiller – wie Beethoven zwölf Jahre später im »Fidelio« – verläßt sich auf den Übervater, die Natur Gottes, den Deus Exmachina. Paradies steht für Gott, Gott für den Vorbildcharakter der Harmonie. »Erlösung« durch die Unterlassen – historisch unerledigt – fällt nicht ins ästhetische Kalkül.

Vergangene Konflikte und böse Vergehen absorbiert dieser Anflug von Verdrängung: »Groll und Rache sei vergessen/ Unserm Todfeind sei verziehn/ Keine Träne soll ihn pressen/ Keine Reue nage ihn.« Auch darauf verzichtet das Chorfinale.

Fünftens: Ins Reich sektseliger Humorigkeit gehört die Zeile »Laßt den Schaum zum Himmel spritzen«. – Den Ab-»Schaum« in die Hölle? – Da die Zeile die abartigsten Assoziationen hervorrufen kann, hat sie Beethoven wohl nicht komponiert.

Sechstens: Die letzte Strophe fällt ihr Urteil über den noch ungenannten irdischen Abschaum: »Dem Verdienste seine Kronen/ Untergang der Lügenbrut.« Der unkomponierte Giftpfel, er wirkt wie der Biß »der ganzen Welt«, legt den Gedanken der Liquidierung zumindest nahe. Ähnlich schieden Marx und Engels im »Kommunistischen Manifest« das deformierte, ungeschlachte, ohnmächtige Lumpenproletariat aus den Gesellschaftskämpfen aus.

Weder Schiller noch Beethoven erfüllen die Utopie der globalisierten Liebe unterm Sternenhimmel in Reinkultur. Dort, wo es stets verzauberte Musikwelt am wenigstens vermutet, im monumentalen Finale nämlich, schleppt die IX. die Male einer zweideutigen Ethik des Humanen mit.

Ich paraphrasiere: Die finalen Muttermale konterkarieren die Utopie der Liebe durchaus, aber strafen sie sie Lügen? Wie weit reicht die Hoffnung auf Freude, Menschenwürde, Menschenrecht? Gewinnt oder verliert der Hymnus heute Raum im Maßstab der globalen Vergehen an den Lebensbedingungen der Menschen? Die IX. Beethovens, kündend von jener göttlichen, naturschönen, deistischen Welt, die niemals eintritt? Oder hilft ihre Wahrnehmung im Gegenteil zum individuellen Überleben, läßt ein zur subjektiven Antizipation eines nicht zerrissenen Daseins? Läßt sie uns wenigstens den Hoffnungsschimmer?

Finale

Heiner Müllers Stück »Die Bauern«, vor über zwanzig Jahren inszeniert an der Ostberliner Volksbühne, zeigt einen Landarbeiter, den die Kräfte verlassen bei dem Versuch, die Freitreppe zur lichten Zukunft zu bezwingen. Bis hoch da droben soll es gehen, aber die ganze Last der ländlichen Ausbeutung, der unseligen Hinterlassenschaften des Friederizianismus, des Wilhelminismus, der Hindenburg und Hitler verhindert das. Es ist schwer, an dem emanzipatorischen Werk zu arbeiten, das Dasein von dem rostigen Abhub der Vergangenheit zu befreien. Für den Landarbeiter ist die Lage tragisch, »aber gerade in der Tragödie ist der Mensch am erhabensten.« (M. Gorki)

Wer den geschichtlichen Konnex solcher Lebensbedingungen zu

erfassen sucht, der übersieht nicht, was Menschen, aufrichtige und weniger aufrichtige, auf ihren gebogenen Rücken tatsächlich mit sich herum geschleppt haben, der verdrängt nicht, wieviel alten Unrat sie davon abzuwerfen mußten und wieviel sie davon wieder aufgebürdet bekommen. Dergleichen zu untersuchen, setzt voraus, die Utopie nicht in den Wind zu schießen, sondern ihr nahe zu sein, rivalisierend mit der Welt, um deren Änderbarkeit es schlecht bestellt ist, und sich stets selbst prüfend im Dauerfight gegen den Geist der Zeit.

Es bleibt gültig, und damit will ich schließen:
Auch Utopien können warten!

RICHARD SAAGE

Utopia zwischen Theokratie und Totalitarismus? Bemerkungen zu Campanellas »Sonnenstaat«

I.

Der Sonnenstaat¹ gilt als authentischer Ausdruck der politischen Zielsetzungen Tommaso Campanellas (geb. Stilo, Kalabrien 5. September 1568, gest. Paris 21. Mai 1639) während seiner Zeit als führender Kopf einer weitgestreuten Verschwörung gegen die spanische Regierung, die von der kalabresischen Stadt Catanzaro ausgehen sollte. Kurz vor ihrer Ausführung verraten, scheiterte sie jedoch. 1602 wurde Campanella zu lebenslanger Haft verurteilt, von der er 27 Jahre in den Kerkern Neapels und in St. Elmo verbrachte.² In demselben Jahr ist der Sonnenstaat entstanden. Daß tatsächlich dieses Konstrukt eines »besten« Staates Vorbildcharakter reklamierte, kann kaum bestritten werden. Campanella läßt nämlich die Sonnenstaatler fordern: »Der ganze Erdkreis müsse dahin gebracht werden, nach ihrer Art und Weise zu leben« (146). Dieser Anspruch wird noch dadurch unterstrichen, daß der Sonnenstaat nicht anders als die Utopia des Thomas Morus im hier und jetzt eine fiktive, aber, wie noch zu zeigen sein wird, weitgehend säkularisierte und somit realistische Alternative zu dem sozio-politischen Kontext sein will, auf den sie kritisch reagiert. Wie bei Morus entspricht denn auch der Gleichzeitigkeit von utopischer Fiktion und Wirklichkeit die geographische Abkoppelung des Sonnenstaates von den sozio-politischen Verhältnissen, denen sie als Vorbild konfrontiert wird: Seine Insellage im fernen Indischen Ozean, sein ausgeklügeltes Festungssystem etc. setzen erst jenen utopischen Raum frei, innerhalb dessen es möglich erscheint, die zwischenmenschlichen Beziehungen und die gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf neu zu gestalten. Darüber jedoch, wie die Differenz zwischen ihnen und der Außenwelt zu überbrücken sei, schweigt sich die Schrift aus. Im Sonnenstaat selbst jedenfalls finden sich ebensowenig wie in Morus' Utopia Hinweise darauf, daß ein schlüssiges Transformationskonzept integrierter Bestandteil dieses Entwurf ist.

Die Einordnung dieser Schrift in das Gesamtwerk und Leben Campanellas wird in der Forschung kontrovers diskutiert.³ Jedoch ist ihr klassischer Rang innerhalb der Tradition des utopischen Denkens der frühen Neuzeit unbestritten, obwohl die formale Gestaltung dieses Entwurfs hinter Platons Politeia und Morus' Utopia zurückfällt. Zwar hat Campanella gleichfalls für den fiktiven Entwurf des Sonnenstaates die literarische Form eines Dialogs gewählt. Doch nicht frei von Wiederholungen und willkürlichen

Richard Saage – Jg. 1941, Politikwissenschaftler, Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

1 Im folgenden zitiere ich nach dieser Edition: Tommaso Campanella: Sonnenstaat, in: Der utopische Staat. Übersetzt und hrg. v. Klaus J. Heinisch, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 7-110. Die Belegstellen der Campanella-Zitate, durch runde Klammern gekennzeichnet, befinden sich im Text. Die Zitate wurden verglichen mit folgender lateinische Edition: F. Thomae Campanellae Civitas Solis Poetica. Ideae Reipublicae Philosophicae, Waesberge 1643.

2 Zu Leben und Werk Campanellas, insbesondere zum Sonnenstaat, vgl. Luigi Amabile: Fra Tommaso Campanella, 2 Bde, Neapel 1887; Luigi Firpo: La Cité et

le culte du soleil, in: *Le Soleil à la Renaissance*, Brüssel 1965, S. 325-340; ders., Einführung zu: *La Cité du soleil*. Ed. et notes par Luigi Firpo, Genf 1972; Johann Kracala: Thomas Campanella. Ein Reformator der ausgehenden Renaissance, Neudruck der Ausgabe von 1909, Aalen 1973; Gisela Bock: Thomas Campanella. Politisches Interesse und philosophische Spekulation, Tübingen 1974; Rosemarie Ahrbeck: Morus, Campanella, Bacon: frühe Utopisten, Köln 1977; Marie Louise Berneri: *Reise durch Utopia etc.*, Berlin 1982, S. 86-101; Christoph Miething: Campanella und die Idee des Weltstaates, in: *Romanistische Zeitschrift für Literaturgeschichte*, 8. Jg. (1984), S. 360ff.; Roland Crahay, *D'Erasmus à Campanella*, Brüssel 1985; Gerd de Bruyn: Licht und Schatten in der »Citta del Sole«, in: ders.: *Die Diktatur der Philanthropen. Entwicklung der Stadtplanung aus dem utopischen Denken*, Braunschweig, Wiesbaden 1997, S. 71ff.

3 Vgl. Bock: Campanella (Anm. 2), S. 1-26.

Akzentsetzungen, gelingt es ihm weit weniger als seinen Vorgängern, durch dieses Stilmittel den Stoff überzeugend zu strukturieren. Der Aufbau der Schrift beginnt mit der geographischen Lokalisierung des utopischen Konstrukts, der Beschreibung seiner Architektur bzw. Stadtplanung und des politischen Systems sowie der Eigentumsverhältnisse und des Erziehungswesens. Dann folgt die Schilderung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und der Kinderpflege. Ferner wird der Leser über das Kriegs- und Gerichtswesen sowie über die wichtigsten Merkmale der Wirtschaft des Sonnenstaates informiert. Nach einem Exkurs über die Schifffahrt und die Ernährung der Sonnenstaatler thematisiert Campanella deren reglementierten Tagesablauf und ihre Gesundheitspflege, um dann erneut auf Institutionen des politischen Systems zurückzukommen, nämlich auf die Volksversammlung, den Senat und die Regierung. Im letzten Teil seines Dialogs wird die Religion der Sonnenstaatler und noch einmal die Bedeutung erläutert, die die Astrologie für sie hat.

Trotz dieser unsystematischen Schilderung der sozio-politischen Institutionen und lebensweltlichen Details des Sonnenstaates wird das Krisenszenario erkennbar, auf das Campanellas Entwurf eines »besten« Gemeinwesens reagiert. Auch wenn man in Campanellas Schrift vergeblich eine so ausführliche Kritik der zeitgenössischen Verhältnisse sucht, wie man sie bei Platon und Morus findet, vermitteln gelegentliche Hinweise auf sozio-politische Defizite recht deutlich einen Eindruck jener Mißstände, auf deren Folie der Sonnenstaat sein eigentliches Profil gewinnt. Wie Platon und Morus konstatierte auch Campanella eine tiefgreifende Polarisierung der Gesellschaft, aus der eine allgemeine Desintegration des Gemeinwesens folgt. Die Arbeit sei ungerecht verteilt. Diejenigen, die ein Handwerk ausübten, würden verachtet, während als edel gelte, wer untätig dahinlebe »und eine Menge Sklaven zu ihrer Muße und zu ihrem Vergnügen halten; daraus gehen dann auch wie aus einer Schule des Lasters Scharen von Taugenichtsen und Übeltätern zum Verderben des Staatswesens hervor« (126). Die extreme soziale Differenzierung zwischen arm und reich treibe den Verfall der Sitten, ohne die kein Gemeinwesen existieren kann, unaufhaltsam voran: Die »harte Armut« mache die Menschen »feil, hinterlistig, landflüchtig, lügnerisch, meineidig (...), der Reichtum aber unmäßig, hochmütig, unwissend, verräterisch, grundlos eingebildet, gefühllos, streitsüchtig usw.« (136). Die Folgen dieser sozialen Polarisierung seien evident; sie schwächten die Wirtschaftskraft und die äußere Sicherheit des Gemeinwesens: »Feldarbeit, Kriegsdienst und Handwerk werden nur schlecht und mit größtem Widerwillen von einigen wenigen ausgeübt« (136). Das politische System des Frühabsolutismus sei außerstande, mit dieser Krise fertigzuwerden. Es konzentriere die politische Macht in den Händen weniger ungebildeter Männer, »weil sie von Fürsten abstammen oder von der gerade herrschenden Partei gewählt werden« (127). Verbunden mit der durch die Erbsünde korrumpierten menschlichen Natur, so müssen wir Campanella interpretieren, führt diese verfehlte Elitenrekrutierung dahin, daß »auf der Welt viel Unrecht geschieht« und die »Menschen nicht durch wahre und höhere

Einsichten geleitet« werden. Da sie die Gerechten kreuzigten und nicht auf sie hörten, herrschten die Schlechten, auch »wenn sie ihr Unglück ein glückliches Dasein« nennen würden (160).

Campanella zufolge ist diese desolate Situation des Gemeinwesens auf drei Ursachen zurückzuführen: *Erstens*: Das soziale Elend und die Desintegration des Gemeinwesens resultieren aus der Verfügung über Privateigentum. Platon folgend, sieht er dessen Wurzeln darin, »daß wir unsere eigenen Wohnungen und eigenen Kinder und Frauen haben« (123). Die durch die Familie bewirkten Interessen bringen die Selbstsucht hervor. »Denn um den Sohn zu Reichtum und Würden zu bringen und als Erben eines großen Vermögens zu hinterlassen, werden wir alle zu Räubern an dem Gemeinwesen, insofern wir, infolge unserer Herkunft und durch Reichtum mächtig, jegliche Rücksicht und Scheu ablegen oder aber, gering an Kräften, Vermögen und Herkommen, geizig, hinterhältig und heuchlerisch werden« (123). *Zweitens*: Die andere Ursache der depravierten gesellschaftlichen Verhältnisse sieht Campanella in der Sünde Adams. Aber dieses theologische Argument hat durchaus eine gesellschaftliche Dimension. Zwar gehe »das Übel der Sündenstrafe« mehr als das der Schuld von den Vätern auf die Söhne über. Doch die Väter verstärkten zusätzlich dadurch das Elend, daß »sie die Fortpflanzung vernachlässigten und sie ohne Rücksicht auf Zeit, Ort und Wahl der Partner ausübten« (161). *Drittens*: Das gleiche Versagen kennzeichne die Erziehung. »Daher lebten«, so läßt Campanella die Sonnenstaatler die Situation in Europa charakterisieren, »die Gemeinwesen dieser Zeit allesamt im Elend und nannten – was noch schlimmer sei – dieses Übel Frieden und Glückseligkeit, da sie ja das Gute nicht kennengelernt hätten, und die Welt schein vom Zufall regiert zu werden« (161). In dieser »vom Zufall« regierten Welt gebe es Gemeinwesen nur noch dem Namen nach, weil Herrscher und Beherrschte nicht mehr zu erkennen vermögen, worin das »bonum commune« besteht.

Diesem Chaos, dessen Insignien Sittenverfall, Kriege, Hungersnöte, soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und gesellschaftliche Konflikte sind, konfrontiert Campanella sein Ideal des befriedeten Sonnenstaates. Nach dem Studium dieses Entwurfes erscheint freilich keineswegs klar, in welche ideengeschichtliche Zusammenhänge es einzuordnen ist. Deutet der ausgeprägte Antiindividualismus des Sonnenstaates darauf hin, daß er als Vorläufer des modernen Totalitarismus zu gelten hat? Oder legt die tragende Bedeutung der Priesterkaste innerhalb der Machtelite des Sonnenstaates es nahe, ihn mit einer Theokratie gleichzusetzen? Von der Beantwortung der ersten Frage hängt entscheidend ab, wie das Verhältnis des Sonnenstaates zur modernen westlichen Zivilisation zu bestimmen ist. Ist dieser Entwurf mit ihr kompatibel, oder stellt er deren Negation dar? Demgegenüber entscheidet die Antwort auf die zweite Frage über die utopische Qualität von Campanellas Entwurf. Sollte sich nämlich erweisen, daß für ihn der transzendente Bezug konstitutiv ist, so käme man nicht umhin, den utopischen Charakter des Sonnenstaates zu bestreiten und ihn der chiliastischen Tradition des Mittelalters bzw. der frühen Neuzeit zuzuordnen.

Im folgenden werde ich mich dieser Problemlage in der Weise nähern, daß ich zunächst die theokratischen Elemente des Sonnenstaates herausarbeite, um entscheiden zu können, inwiefern es sich um ein säkularisiertes Konstrukt handelt, das auch ohne transzendenten Bezug funktionieren könnte. Sodann werde ich mich den antiindividualistischen Zügen von Campanellas Sonnenstaat zuwenden, um sie auf ihren möglichen totalitären Gehalt hin zu befragen.

II.

Bekanntlich ist der Terminus »Theokratie« von Josephus Flavius geprägt worden, »der die Verfassungsreform des nachexilischen Judentums (...)« mit diesem Begriff kennzeichnete, und zwar »unter Verweis auf den Gesetzgeber Moses«. ⁴ Nun ist aber diese Herrschaft in Israel nicht von Gott unmittelbar selbst ausgeübt worden, sondern durch seine Mittelsmänner, die Priester. Dies vorausgesetzt, ist dann auch in der Herrschaftssoziologie Max Webers nicht von der Theokratie, sondern von der Hierokratie, d.h. von der Priesterherrschaft die Rede, die sich aus dem göttlichen Willen oder Gesetz legitimiert. Allen solchen theokratischen bzw. hierokratischen Herrschaftsformen – beide Ausdrücke werden im folgenden synonym verwandt –, wie sie in Israel, im Islam, im Lamaismus und punktuell in der mittelalterlichen sowie frühneuzeitlichen Christenheit historisch verwirklicht worden sind, ist gemeinsam, daß sie die Trennung zwischen geistlicher und weltlicher Sphäre ablehnen, weil sie unvereinbar ist mit einem Gottesstaat, der sein authentisches Profil erst durch die Einheit von staatlicher und religiöser Ordnung gewinnt. Zu Recht schreibt Max Weber, daß uns in der Hierokratie eine Macht entgegentritt, »welche kraft des Satzes, daß man ›Gott‹ mehr gehorchen soll als den Menschen‹ der politischen Gewalt gegenüber auf ihrem Gebiet eigenes Charisma und eigenes Recht beanspruchte, Gehorsam fand und jener feste Schranken setzte«. ⁵ Läßt sich nun der Sonnenstaat Campanellas innerhalb eines solchen heuristischen Begriffsrahmens einigermaßen zwingend verorten?

Auf den ersten Blick scheint Campanellas Entwurf eines »besten« Staates Theokratie bzw. Hierokratie par excellence zu sein. Sein eigentliches Machtzentrum ist nämlich ein Gremium von 24 Priestern, aus deren Mitte sich der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Regierungschef, der Sol, auch HOH oder Metaphysikus, genannt, rekrutiert: Er sucht, wie es heißt, seine Kollegen jeden Tag auf und berät sich mit ihnen über die Dinge, die »sie neuerlich zum Wohl des Staates und aller Völker der Welt entdeckt haben« (154). Darüber hinaus greifen diese Priester aufgrund ihres kosmischen Heilswissens unmittelbar in die lebensweltlichen Abläufe der Sonnenstaatler ein: Sie »bestimmen die Stunden der Zeugung, den Tag der Aussaat, der Ernte und der Weinlese«. Ihre Funktion besteht, so Campanella, darin, »gleichsam Unterhändler und Vermittler« zu sein: »das Band zwischen Gott und den Menschen« (154). Daß diese hierokratische Herrschaft eine ausgegrenzte Sphäre der Religiosität nicht zuläßt, geht sowohl aus der Stellung des Sol und der politischen Elite als auch aus der Institution der Beichte hervor. Für

4 Peter Stockmeier: Theokratie, in: Staatslexikon. Hg. v. der Görres-Gesellschaft, 7., völlig neu bearbeitete Auflage. Fünfter Bd., Freiburg, Basel, Wien 1989, Spalte 447.

5 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Hg. v. Johann Winkelmann. Zweiter Halbband, Köln, Berlin 1964, S. 919.

das politische System des Sonnenstaates ist nämlich konstitutiv, daß der Regierungschef, also der Sol, der höchste Priester selber ist; »aber auch alle Beamten, besonders die höheren, sind Priester. Ihre Aufgabe ist, das Gewissen zu reinigen« (153).

Diese Ämterstruktur verdeutlicht, daß staatliche und religiöse Funktionen nicht getrennt sind. Nur unter der Bedingung ihrer Vereinheitlichung kann die »Reinigung des Gewissens« zum Staatszweck avancieren und das Beichtgeheimnis aufgehoben werden, damit der Sol zu jedem Zeitpunkt über die Einstellung der Bürger zum Gemeinwesen informiert ist (153). Doch spätestens in dem Augenblick, in dem der Leser erfährt, daß der Sol auf der Grundlage dieser Informationen »geeignete Maßnahmen ergreift« (153), wird deutlich, daß die an sich religiöse Institution der Beichte einen säkularisiert sozial-technischen Charakter hat: Sie ist die Grundlage eines perfekten, der Stabilität des Staates dienenden Überwachungsapparates. Tatsächlich wird bei näherem Hinsehen deutlich, daß sich hinter der Fassade der hierokratischen Strukturen des Sonnenstaates die Fiktion eines Gesellschaftssystems verbirgt, das nicht nur, wie noch zu zeigen sein wird, aufgrund weltimmanenter sozial-technischer Vorkehrungen funktioniert, sondern auch Züge einer erstaunlich säkularisierten Zivilisation hat. Zunächst ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß der Sonnenstaat keine göttliche Stiftung, sondern das Werk von Menschen ist, die vor der Tyrannei und dem Aberglauben ihrer indischen Heimat geflohen sind, um auf der Insel Taparbona (117), die wohl mit Ceylon oder Sumatra gleichzusetzen ist, ihren Überzeugungen gemäß leben können. Interessant ist auch, daß sie beschlossen, im Sonnenstaat ein »philosophisches Leben« zu führen (123). Campanella läßt keinen Zweifel daran, was sich hinter der Formel einer »philosophischen Durchbildung« (137) seiner »neuen Menschen« verbirgt. Auch wenn das Gebet zumindest für die Älteren (148) integrierter Bestandteil des Tagesablaufs ist, fällt auf, daß »dauernd unter (den Sonnenstaatlern, R.S.) gelehrte«, nicht unbedingt religiöse »Unterhaltung und Disputation statt(findet)« (125).

Überhaupt hat der Leser den Eindruck, daß die Leitwissenschaft der Sonnenstaatler nicht die Theologie, sondern die Geometrie ist. Nicht zufällig erblickt man an der Innenseite des Zentrums der Sonnenstadt, nämlich an der Mauer des ersten der insgesamt sieben Ringe, »alle mathematischen Figuren, und zwar bei weitem mehr als Archimedes und Euklid sie erfanden, im richtigen Verhältnis zu der Größe der Wand gezeichnet mit je einer kurzen Erklärung in Versform« (120). Auch steht im Zentrum des Erziehungssystems der Sonnenstaatler keineswegs die religiöse Bildung, sondern das Erlernen von Handwerken sowie der Feldarbeit und der Viehzucht, die »Einweihung in die mathematischen Grundbegriffe mittels der Wandzeichnungen in allen Naturwissenschaften« (120) und später die Beschäftigung mit der »höheren Mathematik und den anderen Wissenschaften« (120). Diese Hervorhebung der wissenschaftlichen Dimension schlägt sich auch nieder in den Qualifikationen, über die der oberste Machthaber aller Sonnenstaatler, der Sol, verfügen muß, der oft mit dem Papst verglichen worden ist. Doch spricht vieles dafür, daß er eher dem Philosophen-König Platons

ähnelt. Zwar spielt für seine Legitimation die Beherrschung von Metaphysik und Theologie eine wichtige Rolle. Aber das transzendente Heilswissen wird dadurch relativiert, daß der Sol das gesamte theoretische und praktische Wissen seiner Zeit beherrschen muß (126). Aus diesem Grund erlangt die Würde des Staatsoberhauptes niemand vor dem 35. Lebensjahr. So gesehen, ist die »philosophische Lebensweise« tief in den durch die Wissenschaften erforschten Strukturen des Diesseits verankert.

Vor allem aber zeigt sich, daß der Sonnenstaat ein Gesellschaftsmodell darstellt, das – jenseits aller hierokratischen Legitimationsmuster – auf die sozialen Ursachen jener Krisen reagiert, die es definitiv beseitigen will. Wie bereits hervorgehoben wurde, sah Campanella in der monogamen Ehe und in der Verfügung über Privateigentum die entscheidenden Gründe für die sozialen Fehlentwicklungen seiner Zeit. Wenn so die entscheidende Voraussetzung für die Homogenität als dominantes Stilprinzip des Sonnenstaates das Gemeineigentum ist, dann wird es in zwei institutionellen Erscheinungsformen wirksam: Einerseits als Grundlage der Wirtschaft, andererseits in Gestalt der Frauen- und Kindergemeinschaft. Auch wenn der Leser über die Details der staatlichen Planwirtschaft nur wenig erfährt, läßt sich die Sphäre der Produktion und Distribution in Campanellas ökonomischem Leviathan durch drei Strukturmerkmale kennzeichnen: 1. Das Profitmotiv entfällt. Er wird ersetzt durch einen Wettbewerb, dessen Triebkraft die gesellschaftliche Anerkennung ist. Diejenigen, die sich durch besondere Leistungen auszeichnen, werden mit leitenden Positionen im Arbeitsprozeß betraut (145). 2. Die Quelle des gesellschaftlichen Reichtums sind Ackerbau und Viehzucht (146f.). Beide werden ebenso wie das Handwerk zum Zweck der Eigenversorgung der Bevölkerung betrieben. Doch geht Campanella davon aus, daß es zur Produktion von Überschüssen (145) kommt: Man tauscht sie gegen Waren aus anderen Ländern, die sie selbst nicht herstellen können. 3. Im innerstaatlichen Bereich gibt es weder Geld noch einen Markt. Jeder bekommt von der Obrigkeit zugeteilt, was er benötigt. Dennoch prägen die Sonnenstaatler Münzen, die sie ausschließlich im Verkehr mit dem Ausland einsetzen (144).

Campanella hat von seinem Wirtschaftssystem nicht nur eine Überflußproduktion erwartet, sondern auch die Reduktion der täglichen Arbeit auf vier Stunden (136). Obwohl er nicht explizit begründet, wie diese Ziele durch sein staatswirtschaftliches Modell erreicht werden sollten, glaubt er, die Wirtschaftskraft seines Modells durch drei weitere Argumente untermauern zu können. Zunächst setzt er auf die totale Mobilisierung aller Arbeitsressourcen. Diesem Postulat wäre eine ganze Schicht von Müßiggängern der zeitgenössischen Gesellschaft zum Opfer gefallen, wie der Adel und seine Bediensteten sowie große Teile des Klerus. Selbst die Integration der Körperbehinderten in den Arbeitsprozeß wird vorgesehen, »ausgenommen, wer durch das Alter geschwächt ist« (137). Da ferner fleißige Arbeit mit höchster gesellschaftlicher Anerkennung rechnen kann, spornt sie die einzelnen zu zusätzlichen Leistungen an (145). Sodann hat es die Wirtschaft mit einer außerordentlich beschränkten Nachfrage an Gütern zu tun, weil

legitim nur die Befriedigung sogenannter »natürlicher Bedürfnisse« ist: Frauen, die sich schminken oder Schuhe mit hohen Hacken oder Schleppekleider tragen, müssen mit der Todesstrafe rechnen. Aus diesem Grund trägt man nur einfache Kleider, die lange zu halten haben (135). Den zwei Mahlzeiten pro Tag, die unter ärztlicher Kontrolle eingenommen werden, entnehmen wir, daß die Sonnenstaatler ebenso mäßige Esser wie Trinker sind (147). Ausgaben für eine eigene Wohnung oder ein Haus entfallen. Da es praktisch keinen Komfort oder Geltungskonsum gibt, braucht zu dessen Deckung auch nichts vom kollektiv erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtum abgeschöpft zu werden. Und schließlich glaubte Campanella, durch eine Reihe technologischer Innovationen die Produktivität der Arbeit (z.B. 147) ebenso steigern zu können wie durch ihre quasi militärische Organisation (144.f).

Was die zweite Säule des Gemeineigentums betrifft, nämlich die Frauen- und Kindergemeinschaft, so geht Campanella sogar noch über Platon hinaus. Platon verbot zwar die monogame Ehe für die politisch herrschende Kaste seines »besten« Staates. Doch er erlaubte sie für die große Masse der Handwerker, Händler, Bauern und Arbeiter. Campanella dagegen machte die Gemeinsamkeit der Frauen »in Gehorsam und im Bett« für alle Sonnenstaatler verbindlich, »jedoch nicht durchweg und nicht nach Art der Tiere, die jedes Weibchen, das ihnen begegnet, annehmen, sondern lediglich der gesunden und leistungsfähigen Nachkommenschaft wegen« (137). In dem Maße, wie die Eugenik zentrale Bedeutung für die ethisch-moralischen Grundlagen des Sonnenstaates hat (132), erfolgt die Fortplanzung unter strikter staatlicher Kontrolle, die nichts der individuellen Leidenschaft überläßt; nicht zufällig stellt »die brennende Begierde« die Ausnahme dar, während in der Regel die Geschlechter durch »freundschaftliche Gefühle« miteinander verbunden sind (135). Die Geschlechtsreife der Frau beginnt mit dem 19., die des Mannes mit dem 21. Lebensjahr. Ausnahmen sind gestattet, sofern dies der Gesundheit der einzelnen dient: Campanella bricht also mit der christlichen Vorstellung, daß der sexuelle Verkehr nur der Fortplanzung zu dienen habe. Andererseits bedarf die Abweichung von der gesetzlichen Vorschrift der »Erlaubnis von dem obersten Beamten der Behörde für Fortpflanzungsangelegenheiten« (131). Dies vorausgesetzt, verwundert es nicht, daß die Wahl der Geschlechtspartner ebenfalls durch den Staat erfolgt (131). Platon glaubte, diese Modalitäten nur dadurch konfliktfrei regeln zu können, daß er die Obrigkeit bei der gewünschten Zusammenführung der Lose mit manipulierten Losen arbeiten ließ. Da es aber im Sonnenstaat entstellte und häßliche Frauen nicht mehr gibt, entfällt dieser Zwang. Campanella geht freilich in seiner eugenischen Theorie noch in einer anderen Hinsicht über Platon hinaus: Ihm zufolge oblag die Regulierung und Kontrolle der sexuellen Beziehungen bzw. der Fortplanzung ausschließlich den Beamten; in Campanellas Sonnenstaat dagegen werden sie von Ärzten und Astrologen unterstützt: Sie haben dafür zu sorgen, daß die Zeugungen unter kosmisch günstigen Konstellationen erfolgen (132).

Spätestens an dieser Stelle sollte deutlich der weitgehend säkularisierte Charakter des Sonnenstaates unübersehbar geworden sein.

Der Tatsache, daß die »Ohrenbeichte«, ihrer religiösen Funktion entledigt, zur etatistischen Überwachung der einzelnen dient, entspricht eine Konzeption des Gemeineigentums in wirtschaftlicher und sexueller Hinsicht, die im Prinzip auch ohne den Bezug zur Transzendenz auskommt. Wenn der religiöse Kult dennoch präsent ist, dann mit dem Ziel, ihn der monolithischen Herrschaftsstruktur zu ihrer Stabilisierung dienstbar zu machen. So gesehen, hat Campanellas Sonnenstaat mehr mit einem »Cäsaropapismus«⁶ als mit einer Theokratie oder einer Hierokratie zu tun, weil nicht die Politik im Dienst der Religion steht, sondern umgekehrt diese von jener weitgehend instrumentalisiert erscheint. Trifft aber diese Aussage zu, so ist die Hypothese zu prüfen, daß der zu einer monolithischen Herrschaftsstruktur geronnene Sonnenstaat Vorläufer des modernen Totalitarismus gewesen ist.

6 Nach Max Weber ist der »Cäsaropapismus« »der extreme Gegensatz gegen jede Hierokratie (...): die völlige Unterordnung der priesterlichen unter die weltliche Gewalt«. Sie sei freilich »in ganz reiner Form streng genommen nicht nachweisbar«, weil sie »irgendwo ihre Schranken an der Selbständigkeit eines kirchlichen Charisma (findet)«. Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, a.a.O., S.876f.

7 Vgl. hierzu Walter Schlangen: *Die Totalitarismustheorie. Entwicklung und Probleme*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1976.

8 Sigmund Neumann: *Permanent Revolution. Totalitarianism in the Age of Internation Civil War*, 2. Auflage, London 1956, S. XII.

9 Hannah Arendt: *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951, S. 661ff.

10 Carl Joachim Friedrich, Zbigniew Brzezinski: *Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur*, in: *Wege der Totalitarismusforschung*. Hg. v. Bruno Seidel und Siegfried Jenkner, Darmstadt 1974, S. 610ff.

11 Hanno Walter Krufft: *Städte in Utopia. Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert*, München 1989, S. 51.

III.

Der moderne Totalitarismus ist in unterschiedlicher Weise als Forschungsparadigma konzeptualisiert worden.⁷ So sah Sigmund Neumann das »Hauptziel« des Totalitarismus in der »permanenten Revolution«: Ihm gehe es darum, »die Revolution zu verewigen und zu institutionalisieren«.⁸ Hannah Arendt glaubte das Wesen des Totalitarismus in einer durch Terror umgesetzten Ideologie ausmachen zu können, die im System der Konzentrations- und Vernichtungslager ihren sinnfälligsten Ausdruck findet.⁹ Und nach Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski besteht das historisch Neue der totalitären Herrschaftssysteme von Kommunismus und Stalinismus in der Interdependenz und dem Zusammenspiel einer allumfassenden Ideologie, einer einzigen Massenpartei, eines auf wissenschaftlicher Basis operierenden Terrorystems, eines Kommunikations- und Waffenmonopols sowie einer zentralen Lenkung und Überwachung der Wirtschaft.¹⁰ Allen diesen sehr unterschiedlich akzentuierten Ansätzen ist freilich die Annahme gemeinsam, daß Totalitarismus dann vorliegt, wenn einerseits eine monopolistische Konzentration der Chancen der Einflußnahme von einem Führungszentrum her und andererseits eine prinzipiell unbegrenzte Reichweite der Entscheidung des politischen Systems, verbunden mit einer durch keinerlei rechtsstaatliche Sicherung gebremsten Intensität der Sanktionen, gegeben ist.

Wenn man unter »Totalitarismus« in diesem Sinne eine diktatorische Herrschaftsgewalt versteht, die ihrer Intention nach alle Lebensbereiche der Gesellschaft durchdringt, dann geht man sicherlich nicht fehl, sein entscheidendes Signum in einem »ultimativen« Antiindividualismus zu sehen. Läßt sich Campanellas Sonnenstaat einem solchen heuristischen Raster zuordnen? Es fällt nicht schwer, diese Frage zu beantworten. Daß nämlich dem Individuum und dessen Korrelat, Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit, in Campanellas Sonnenstaat systematisch der Boden entzogen ist, wird bereits durch die geometrische Gestaltung des utopischen Raumes symbolisch überhöht. »Die Sonnenstadt ist eine Kreisanlage mit sieben konzentrischen Mauerringen, die nach den Planeten benannt sind und in deren Mitte ein Rundtempel steht«.¹¹ Die Funktionen dieses Modells einer »vertikalen Radial-

stadt« sind leicht zu durchschauen: ihre Zielsetzung besteht darin, durch die von Architektur und Stadtplanung ermöglichte Transparenz des utopischen Raums jede Variante einer geschützten Intimsphäre, die sich dem Zugriff des Staats entziehen könnte, im Ansatz zu verhindern. Tatsächlich sind die »Befestigungsbollwerke, welche die Bevölkerung vor äußeren Feinden zu schützen vorgeben, (...) in Wirklichkeit die Symbole eines nach innen gerichteten Ordnungsterrors, der Angriffe aus den eigenen Reihen offenbar weit mehr fürchtet als die Belagerung durch kriegerische Völker«.¹²

Dem korrespondiert, daß für alle Sonnenstaatler verbindlich ist, was Platon lediglich der politisch herrschenden Kaste der Wächter und Philosophen, nicht aber den Bauern, Handwerkern, Arbeitern etc. abverlangte: den Verzicht auf das Eigentum an individuell genutzten Häusern und Wohnungen. »Wohnung, Schlafräume, Betten und andere lebensnotwendige Dinge besitzen sie gemeinsam. Aber nach jeweils sechs Monaten wird von den Behörden festgelegt, wer in diesem und wer in jenem Ring, wer im innersten und wer im zweiten Schlafrum schlafen soll; dies haben sie in alphabetischer Ordnung an die Türpfosten geschrieben« (128). Der Sinn dieser Verfügung ist eindeutig: Teil eines großangelegten »Trainingsprogramms« (de Bruyn) zur Festigung des Gemeinsinns, soll sie der Homogenisierung der Gesellschaft ebenso dienen wie die staatlich reglementierte Sexualität. Wie in der Utopia des Thomas Morus prägt die Auslöschung des Individuellen auch die äußere Phänomenologie der Sonnenstaatler. Männer und Frauen haben fast dieselbe Kleidung, »die auch für den Kriegsdienst geeignet ist, wenn auch die Frauen das Gewand bis unter die Knie, die Männer aber nur bis an die Knie tragen« (25). Selbst die Frisuren und die Kopfbedeckung sind einheitlich (155). Und schließlich gleicht sich das Aussehen der Sonnenstaatler aufgrund der staatlich kontrollierten Fortpflanzung so weitgehend an, daß z.B. Häßlichkeit und Entstellung bei den Frauen unbekannt sind (134).

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß der entscheidende soziale Mechanismus, der hinter dieser Homogenität als dominantem Stilprinzip des Sonnenstaates steht, das Gemeineigentum ist, das die Beziehungen zwischen den Geschlechtern mit umfaßt: »Alles bei ihnen ist Gemeinbesitz. Die Verteilung aber liegt in den Händen der Behörden« (123). In dem Maße aber, wie auf diese Weise der Herausbildung einer Sphäre individueller Privatheit die materielle Grundlage entzogen ist, entfallen auch die Hindernisse, die den Zugriff des Staates auf jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens einschränken könnten. Zwar betont Campanella ähnlich wie Platon die auf umfassende Bildung gegründete »Weisheit zum Herrschen«, die den Sol davor bewahrt, »grausam oder verbrecherisch oder tyrannisch« (S.127) seine Macht auszuüben. Doch ersetzt man diese hermeneutische Perspektive durch ein herrschaftskritisch-systematisches Herangehen an den Text, so sind die totalitären Implikationen des politischen Systems evident. Mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet, wird die Meinungsbildung innerhalb der Regierung eindeutig vom Sol beherrscht. Auch wenn er im Einverständnis mit den anderen drei Amtsträgern Pon oder Macht, Sin oder Weisheit und Mor oder Liebe (123) handelt und »alle

12 de Bruyn: Diktatur
(Anm. 2), S. 74.

Staatsgeschäfte von diesen vier gemeinsam« durchgeführt werden, geschieht nichts ohne ihn: »Was ihm gut dünkt, dem stimmen alle einträchtig zu« (123). Zwar stehen der Regierung zwei weitere Institutionen gegenüber, nämlich Senat und Volksversammlung. Doch dieses Zwei-Kammer-System hat keine originären Kompetenzen; es übt nur beratende Funktionen aus. Die letzte Entscheidung trifft der Sol; ihm gegenüber haben Senat und Volksversammlung die Aufgabe zu erfüllen, das Vertrauen in die Obrigkeit zu stärken.

Ähnlich wie in der Utopia des Thomas Morus wird die Konformität der einzelnen gegenüber den Institutionen des Sonnenstaates durch eine ganze Reihe zusätzlicher Sozialtechniken abgesichert. An erster Stelle ist das System der Gewissenskontrolle und der Nachrichtendienste zu nennen, das sich wie ein engmaschiges Netz über die Untertanen des Sonnenstaates legt: Im Prinzip muß jeder Bürger damit rechnen, daß er überwacht wird. Auf die Indienstrafe der Ohrenbeichte für die Überwachung der einzelnen von der Basis bis zur Spitze der Herrschaftspyramide ist bereits hingewiesen worden. Diese Gewissenskontrolle wird durch einen effizienten Nachrichtendienst ergänzt (137). Seine Mitglieder werden von Kindheit an ihrer Anlage und der bei der Zeugung beobachteten Gestirnkongellation gemäß ausgewählt. »Daher sind die einzelnen ihrer natürlichen Neigung entsprechend tätig und verrichten ihren Dienst vortrefflich und gern, weil er ihnen liegt« (142). Ferner unterhalten die Sonnenstaatler auch Nachrichtendienste im Ausland, die den Staat über Sitten und Gebräuche, die Verfassung und die Geschichte der Völker informieren.

Neben einem umfassenden Erziehungs- und Ausbildungswesen, das die einzelnen von der Wiege bis zur Bahre begleitet, sorgt natürlich auch die Justiz für das institutionenadäquate Verhalten im Sonnenstaat. Nicht zufällig ziehen Verbrechen gegen den Staat die sofortige Todesstrafe nach sich (151). Eine im Sinne der Gewaltenteilung gesonderte Justizbehörde gibt es nicht; die Gerichtsbarkeit wird vielmehr von den obersten Leitern der jeweiligen Berufe ausgeübt (151). Das Gerichtswesen kennt weder Anklageschrift noch Rechtsanwalt. Die Anklage wird öffentlich vor dem Richter und den Behörden erhoben; »Zeugen werden vorgeführt, und der Angeklagte bringt seine Verteidigung vor und wird auf der Stelle von dem Richter freigesprochen oder verurteilt« (151). Über die Appellation an die Triumvirn bzw. an den Sol muß innerhalb von drei Tagen entschieden werden. Der Beruf des Henkers ist unbekannt. Entweder vollzieht das Volk die Todesstrafe kollektiv durch Steinigung, Erschlagen etc., oder man stellt dem Verurteilten frei, den Tötungsakt an sich selbst vorzunehmen. Doch was bedeuten diese Befunde für die eingangs gestellten Fragen nach dem utopischen und totalitären Gehalten des Sonnenstaates?

IV.

Ohne Zweifel gleich der einzelne im Sonnenstaat, eingebunden in das lückenlose Netzwerk sozialer und staatlicher Kontrollen, einem »gläsernen Menschen«, dessen Gedanken fast vollständig vom Kontrollapparat des Systems erfaßt werden. Persönliches Glück ist die Erfüllung dessen, was die staatlichen Institutionen dem

einzelnen vorschreiben. Es trifft zu, daß Campanellas Sonnenstaat Züge eines säkularisierten Klosters trägt, das nach einer strikt militärischen Disziplin funktioniert und der Entfaltung der Subjektivität keinen Spielraum läßt.

Doch sollte in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, daß er dem Emanzipationsgedanken gegenüber zumindest ambivalent gegenüberstand. Auf der einen Seite kann zwar von einer vollen Gleichberechtigung der Frau keine Rede sein. Die obersten Ämter und Behörden sind ausschließlich mit Männern besetzt. Ebenfalls wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Wirtschaftsleben beibehalten (128f.). Auch ist nicht vom Gemeinbesitz der Männer, sondern immer nur von dem der Frauen die Rede. Wenn sie dergestalt »in Gehorsam und im Bett gemeinsam« (135) sind, spricht dies eher für ihre nichtemanzipierte Situation. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sie nicht bestimmten Männern, sondern einem strikt staatlichen Reglement unterworfen sind. Und schließlich geht Campanella zur offenen Diskriminierung über, wenn er die unfruchtbare Frau zum »Gemeinbesitz« in dem Sinne erklärt, daß sie nach eigenem Willen mit jedem Mann verkehren kann: »Es werden ihr jedoch weder in der Versammlung noch im Tempel noch bei Tische die Mutterehren erwiesen« (133). Auf der anderen Seite jedoch unterliegt sie nicht mehr den Beschränkungen des patriarchalischen Haushalts. »Die Unterweisung in den mechanischen und in den spekulativen Wissenschaften ist für Männer und Frauen gemeinsam« (128); entsprechend hat sie gleichberechtigten Anteil am kulturellen Leben der Sonnenstaatler. Militärisch ausgebildet, nimmt sie im übrigen aktiv am Krieg teil (138,149). Als »Held« wird sie genauso geehrt wie der Mann, der sich im Kampf hervorgetan hat.

Wer Campanellas Konstrukt als Vorläufer des modernen Totalitarismus stigmatisiert, sollte sich jedoch vor unhistorischer Kritik hüten und bedenken, daß – gemessen an den Standards seiner Zeit – sein Entwurf eher nach vorn gerichtet war. Einerseits lehnte er es ab, der politischen und sozialen Krise seiner Zeit durch die Flucht ins Mittelalter zu begegnen. Gegen den Adel und seine Privilegien wertete er die Arbeit auf, die er für alle Mitglieder des Sonnenstaates verbindlich machte: Nicht das »ora!«, sondern das »labora!« bestimmt das Signum seines Entwurfs. Gegen die feudale und frühkapitalistische Verwertung des Privateigentums spielte er das Gemeineigentum aus, das die sozialen Konflikte durch gesellschaftliche Harmonie ersetzen sollte. Gleichzeitig leitete er aus diesen Maßnahmen eindrucksvolle soziale Errungenschaften ab, die für die Unterschichten seiner Zeit durchaus attraktiv waren und bis auf den heutigen Tag noch nicht verwirklicht wurden. Zu nennen sind die Reduktion der täglichen Arbeitszeit auf vier Stunden, staatlich garantierte Vollbeschäftigung und Unterkunft, das garantierte Recht auf geistig-kulturelle Entfaltung für alle sowie eine unentgeltliche Kranken- und Altersversorgung: soziale Leistungen, die – gemessen am Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung seiner Zeit – einen gesellschaftlichen Reichtum als disponible Verteilungsmasse voraussetzten, die wohl kaum ohne eine rigide Sozialdisziplinierung zu verwirklichen waren.

Vor allem aber sollte bedacht werden, daß die Einrichtungen des Sonnenstaates in gewisser Weise auch vorwegnahmen, was sich in den freiheitlichen Ländern des Westens auf dem Weg zur modernen Industriegesellschaft auch durchsetzte. An erster Stelle ist die Hochschätzung der modernen Naturwissenschaft und Technik zu nennen; für ihre Weiterentwicklung ist ein ganzes Ministerium zuständig. Abgesehen davon, daß die Sonnenstaatler über eine hochwertige Medizin verfügen, die ihnen eine Lebenserwartung zwischen 100 und 200 Jahren verbürgt (147f), wird die landwirtschaftliche Arbeit durch einen mit Segeltuch überspannten Wagen erleichtert, der »sogar von Gegenwinden getrieben« wird (145). Mutet diese »Innovation« noch phantastisch an, so kann aus heutiger Sicht davon nicht mehr die Rede sein, wenn künstliche Düngemittel (145) und die Kunst des Fliegens (163,167) genannt werden. Außerdem steht die Entwicklung von Fern- und Hörrohren vor dem Abschluß, mit dem verborgene Sterne erblickt und die »Harmonie der Sphären« gehört werden (163). Und schließlich haben sie Schiffe ohne Ruder und Segel erfunden (189). Es handelt sich also um Antizipationen von Errungenschaften einer wissenschaftlich-technischen Zivilisation, die erst Jahrhunderte später verwirklicht werden sollte.

Zugleich fungieren die astrologischen Zeichen, die Wetterfahnen (119), die Sonnenuhren etc., die im Sonnenstaat eine wichtige Rolle spielen, als Vorboten einer überraschungslos gewordenen Welt, deren sozio-technische Superstrukturen die einzelnen zu einer strikten Zeitökonomie zwingen. Ferner markierten der reglementierte Tagesablauf der einzelnen sowie die fremdbesetzte Kontrolle der Arbeit und der Freizeit ein angepaßtes Verhalten, das »charakteristisch für das Zeitalter der Eisenbahnen und Fabriken«¹³ ist. Aber auch die überall präsenten hygienischen Einrichtungen, die sowohl eine vorbildliche Entsorgung der Abwässer und eine mit Pumpen betriebene Trinkwasserzufuhr als auch ein reichhaltiges Angebot an Bädern und Waschstellen (130f) umfassen, sowie der staatlich geförderte Sport und der exzessiv betriebene Körperkult (130f.) sind geniale Antizipationen von wichtigen Strukturelementen der modernen Zivilisation. Vor allem aber läßt das an geometrischen Mustern orientierte »Prinzip der Reihung des Immergleichen«¹⁴ in der Planung der Sonnenstadt eine architektonische Signatur erkennen, die heute zum Alltag der Weltzivilisation gehört.

Alle diese Indizien, so kann abschließend zusammengefaßt werden, sprechen dafür, die eingangs aufgeworfenen Fragen in der Weise zu beantworten, daß Campanellas Sonnenstaat nicht nur dem entscheidenden Kriterium der klassischen Utopietradition genügt, Ausfluß der säkularisierten Vernunft zu sein. Darüber hinaus trägt ihr Anspruch, den gesellschaftlichen Fehlentwicklungen ihrer Zeit eine bessere Alternative gegenüberzustellen, Züge eines kollektiven Projekts der Moderne. Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, daß dessen totalitäre Potentiale ebenso außer Frage stehen wie die Spuren, die er auch im individualistischen Gepräge der westlichen Zivilisation hinterlassen hat.

13 Lars Gustafsson: Negation als Spiegel. Utopie aus epistemologischer Sicht, in: Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie. Erster Band, hrg. v. Wilhelm Voßkamp, Stuttgart 1985, S. 286.

14 de Bruyn: Diktatur (Anm. 2), S. 78.

GÜNTER KRÖBER

Abschied oder Abstand von der Wissenschaftsforschung?

– Reminiszenzen –

Am 27. September 1997 veranstaltete der Förderverein Konkrete Utopien e.V. in der Humboldt-Universität zu Berlin sein traditionelles Jahreskolloquium. 35 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten die Einladung zum Thema »Schicksale und Perspektiven der Wissenschaftsforschung« wahrgenommen und erlebten sieben Stunden interessanter Debatte um ein ganz spezielles Stück deutscher Wissenschaftsgeschichte. Denn zu behandeln war bei den Schicksalen nicht »nur«, wie »gewöhnlich«, die Abwicklung von DDR-, sondern auch von einem Teil alt-bundesdeutscher Wissenschaft: eben der institutionalisierten Wissenschaftsforschung.

»UTOPIE kreativ« beginnt den Abdruck der Kolloquiumsbeiträge in diesem Heft mit dem Einführungsvortrag von Günter Kröber und einer vom gleichen Autor zusammengestellten Dokumentation der »Erlanger Werkstattgespräche« des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen/Nürnberg (IGW), an denen von der Nummer II im Jahre 1973 an auch regelmäßig Angehörige des von Kröber geleiteten Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR (ITW) teilgenommen haben. Außerdem wird in diesem Heft der Vortrag von Reinhard Mocek veröffentlicht. Weitere Texte des Kolloquiums folgen in Heft 90.

Die Redaktion

Der Zufall will es, daß unser Kolloquium über »Schicksale und Perspektiven der Wissenschaftsforschung« an einem 27. September stattfindet, dem Geburtstag von Nikolai Ivanovitsch Bucharin (27. September 1888), des Gründungsdirektors des Instituts für die Geschichte der Wissenschaft und Technik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR¹, des späteren Instituts für die Geschichte der Naturwissenschaft und Technik, das seit den sechziger Jahren bis Ende der achtziger Jahre zugleich das Zentrum der Wissenschaftsforschung an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR war.

Bucharin, der Anfang 1938 den Stalinschen Repressalien zum Opfer fiel, war in den zwanziger und dreißiger Jahren einer der führenden politischen Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und zudem ein hervorragender Organisator der Wissenschaft. Er verkörperte damit gleich zweifach jenen Persönlichkeitstyp, von dem Wilhelm Ostwald meinte, er sei für das 20. Jahrhundert charakteristisch: den des Organisators.

Günter Kröber – Jg. 1933, Prof. Dr.; 1952-1961 Studium der Mathematik und Philosophie in Jena und Leningrad; 1961-1969 am Institut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin; 1970-1990 Direktor des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR; seit 1992 im verordneten Altersübergang und Ruhestand; Veröffentlichungen zu erkenntnistheoretischen und methodologischen Problemen der Wissenschaft – insbesondere der Naturwissenschaft – und ihrer Geschichte, laufende Forschungen zu Strukturbildung durch Palindromisierung.

1 Seit 1921 bestand an der Akademie die von V.I. Vernadskij geleitete Kommission für die Geschichte des Wissens. 1930 ging ihre Leitung an Bucharin über,

und 1932 wurde sie auf Beschluß des Präsidiums der Akademie in das Institut für die Geschichte der Wissenschaft und Technik umgewandelt. Im Zusammenhang mit der Verurteilung Bucharins wurde das Institut 1938 geschlossen und erst 1945 als Institut für die Geschichte der Naturwissenschaft wiedereröffnet. Seit 1953 schließlich besteht es als Institut für die Geschichte der Naturwissenschaft und Technik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR bzw. der Russischen Akademie der Wissenschaften.

2 Wilhelm Ostwald: *Organisation als Kunst und als Wissenschaft*. In: *Forschen und Nutzen*. Wilhelm Ostwald zur wissenschaftlichen Arbeit. Hrsg. v. Günther Lotz, Lothar Dunsch, Uta Kring, Berlin 1978, S. 101.

3 Vgl.: Wilhelm Ostwald: *Über Organisation und Organisatoren*. In: Ebenda, S. 103.

4 Ebenda.

5 Wilhelm Ostwald: *Organisation als Kunst und Wissenschaft*, in: A.a.O. S. 101.

6 Ebenda.

7 Ebenda.

8 Wilhelm Ostwald: *Biologie und Chemie*. In: Ebenda, S. 226.

9 Ebenda, S. 227.

10 Wilhelm Ostwald: *Wissenschaft und Leben*. In: Ebenda. S. 228; ders.: *Die Mitteilung neuer Forschungsergebnisse*. In: Ebenda, S. 127.

Ostwald verfaßte 1913 einen kurzen Aufsatz über »Organisation als Kunst und als Wissenschaft«, den er mit einer ungewöhnlichen Vorhersage begann: »Wenn man im Jahre 2000 nach den wesentlichsten Kennzeichen des vergangenen Jahrhunderts fragen wird,« schreibt er, »so wird die Antwort lauten: Es war das Jahrhundert der Organisation.«² Unter Organisation verstand er dabei das Zusammenführen funktionierender Elemente auf eine Weise, daß für das Gesamtgebilde ein maximales Güteverhältnis herauskomme.³ Organisatoren bewirken in diesem Sinne »den Anschluß der einzelnen Leistungen an die gesamte Kultur«.⁴

Heute, da uns nur noch runde zwei Jahre vom Ende dieses Jahrhunderts trennen und wir nicht nur seine Zeugen, sondern auch seine Mitgestalter geworden sind, müssen wir – wenn das Jahrhundert denn schon an der Organisation gemessen werden soll – wohl eher sagen: Es war das Jahrhundert gescheiterter Organisation.

Ostwald glaubte, überall – in der Wirtschaft, im Leben der Staaten und auch in der Wissenschaft – wahrnehmen zu können, »wie die ausgeprägt individualistische Denk- und Handlungsweise des 19. Jahrhunderts in die ebenso ausgeprägt kollektivistische, soziale oder organisatorische Denk- oder Handlungsweise des 20. Jahrhunderts überschlägt«.⁵ Dementsprechend hielt er Organisatoren, welche »die individualistisch entwickelten Elemente eines besonderen Gebietes zusammenfassen und zu koordinierter, harmonischer und dadurch in ihrer Wirkung ins Ungeheure gesteigerter Tätigkeit zu vereinigen wissen«, für die charakteristischen Persönlichkeiten unserer Epoche.⁶

Er sah diesen Prozeß der Synthese von vereinzelt agierenden Elementen zu komplex strukturierten und ganzheitlich funktionierenden Systemen »an der Ausgestaltung der Staaten zu größeren Reichen, ...an dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Kapitalisten zu Trusts, welche die ganze Welt umfassen, und ... auch im Gebiet der Wissenschaft..., wo die bisher ausschließlich herrschende Einzelarbeit langsam der Kollektivarbeit der Schulen und zuletzt umfassender nationaler und internationaler Organisationen Platz macht.«⁷

Die Organisation der Wissenschaft, von Forschung und Bildung, galt ihm daher als eine überaus zeitgemäße Forderung. Damit die Organisation aber nicht auf Inspiration und Instinkt angewiesen sei und demzufolge nur als eine Kunst ausgeübt werde, welche nicht nach Regeln und vermöge einer bestimmten Methode betrieben wird, muß sie selbst wissenschaftlich fundiert sein. So ergibt sich der Ruf nach einer Wissenschaft von der Organisation der Wissenschaft oder kurz: nach einer Wissenschaft von der Wissenschaft. Diese soll »die Gesetze herausfinden, nach denen sich die einzelnen Wissenschaften, unabhängig von ihrem Inhalte, entwickeln«.⁸ Sie wird gebraucht, weil die Wissenschaft nicht nur erhalten, sondern auch verbessert werden soll. »Denn um etwas zu erhalten, müssen wir seine Existenzbedingungen wissen, und um etwas zu verbessern, müssen wir die Möglichkeiten seiner Beeinflussung kennen.«⁹ Nach Ostwald ist sie überdies der Soziologie zuzuordnen, weil Wissenschaft »ein eminent soziales Gebilde« ist.¹⁰

Soweit Ostwald. Ich habe seine Ableitung der gesellschaftlichen

Relevanz der Wissenschaft von der Wissenschaft an den Anfang meiner Ausführungen gestellt, weil sie gleichsam paradigmatisch für alle folgenden Begründungen der gesellschaftlichen Notwendigkeit der Wissenschaftsforschung im 20. Jahrhundert ist.

Ich will dies jetzt nicht im einzelnen belegen, etwa anhand der Arbeiten von F. Znaniecki in den zwanziger Jahren und den Ossowskis in den dreißiger Jahren in Polen, von I.A. Boricevskij und G. A. Gruzincev in den zwanziger Jahren und Boris Hessen Anfang der dreißiger Jahre in der UdSSR, von Robert Merton in den dreißiger Jahren und J.D. Bernal in den dreißiger und fünfziger Jahren in England, oder von Derek J. de Solla Price in den fünfziger und sechziger Jahren in den USA.¹¹ Ich will es aber nachzeichnen an den beiden Brennpunkten der Wissenschaftsforschung in Deutschland, die sich in den siebziger und achtziger Jahren in der damaligen Bundesrepublik und in der DDR herausgebildet hatten: dem Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen/Nürnberg (IGW) und dem Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR (ITW).

In beiden Fällen stütze ich mich dabei auf vorliegende Quellen, für das ITW außerdem auf persönliche Erinnerungen und Erfahrungen.

Das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft ging aus dem Studienkolleg für zeitgeschichtliche Fragen hervor, das 1963 seine Arbeit aufgenommen hatte. Nachdem zunächst deutschlandpolitische Probleme im Mittelpunkt seiner Forschungen gestanden hatten, wurde ab Ende der sechziger Jahre die Wissenschaftsforschung an ihm etabliert.¹² Die diesbezüglichen Arbeiten waren sowohl von theoretischen Interessen geleitet – etwa das Verhältnis von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft betreffend oder das Phänomen wissenschaftlich-technische Revolution – als auch von wissenschaftspolitischen. In letzterer Hinsicht konzentrierte es sich auf die Analyse von Wissenschaftspolitik und Entwicklung des Wissenschaftssystems der DDR. Ergebnisse dieser Analysen gingen seit 1969 in diverse Bundesforschungsberichte der Bundesregierung ein, was wiederum zur institutionellen Förderung des Instituts durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (BMBW) /Bundesminister für Forschung und Technik (BMFT) und dazu führte, daß es zu einem Institut der Ressortforschung des BMFT avancierte. In dieser Funktion war es schon nicht mehr nur DDR-bezogen, sondern sah sich mit einer breiten Palette wissenschaftspolitischer Erwartungen konfrontiert, wie sie an die Wissenschaftsforschung in jenen Jahren wohl generell, also auch in anderen Ländern, herangetragen worden sind.

Am klarsten und deutlichsten sind diese Erwartungen meines Wissens von dem damaligen Abteilungsleiter für Grundlagenforschung, Forschungs koordinierung und internationale Zusammenarbeit im BMFT, Josef Rembser, auf einem Kolloquium des IGW 1985 artikuliert worden. Rembser ging davon aus, daß die Forschungsadministration nicht beabsichtige, die Wissenschaftsforschung in den Dienst der Wissenschaftspolitik zu nehmen, sondern »Beiträge als Hilfe für die Forschungspolitik zu stimulieren«.¹³ In

11 Vgl.: IGW. Aufgaben und Tätigkeiten. Jahres- und Sachbericht 1990, IGW 1991, S.6; Josef Rembser: Erwartungen der Forschungspolitik an die Wissenschaftsforschung. In: Wissenschaftsforschung. Neue Probleme, neue Aufgaben. Kolloquium des IGW im Wissenschaftszentrum Bonn, 10./11. Juni 1985, IGW 1985, S. 125.

12 Vgl.: IGW. Aufgaben und Tätigkeiten. Jahres- und Sachbericht 1990, IGW 1991, S.6.

13 Josef Rembser: Erwartungen der Forschungspolitik an die Wissenschaftsforschung. In: Wissenschaftsforschung. Neue Probleme, neue Aufgaben. Kolloquium des IGW im Wissenschaftszentrum Bonn, 10./11. Juni 1985, IGW 1985, S. 125.

- 14 Ebenda, S. 126-127. einem sehr moderaten Ton wurden die Bitte und der Wunsch vorgetragen, »die Wissenschaftsforschung möge an dem Bemühen mitwirken, aus dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt Orientierungswissen für unsere Gesellschaft zu gewinnen.«¹⁴ Insbesondere sollte sie »in ihrem interdisziplinären Ansatz zwischen Philosophie, Sozialwissenschaften, Wissenschaftsgeschichte und Naturwissenschaften ... ein methodisches Instrumentarium entwickeln, das weiterführende Beiträge zum Orientierungswissen für Kultur und Gesellschaft erwarten läßt.«¹⁵ Als Fragenkreise, die für die Forschungspolitik nicht nur in der Bundesrepublik von Gewicht und Dringlichkeit sind und für die Orientierungswissen benötigt werden, nannte Rembser »die Wechselwirkungen zwischen den wissenschaftlichen, technischen, gesellschaftlichen und geistigen Entwicklungen... Wie entwickelt sich Wissenschafts- und Technikakzeptanz und Nicht-Akzeptanz? Wie sehen wir einen Wertwandel in unserer Gesellschaft? Wie stellen wir uns auf ihn ein, wie gestalten wir ihn mit?«¹⁶ Die »Bitte um Mitdenken« bezog sich aber auch auf ganz praktische Probleme der Forschungsadministration, vor allem auf »Hilfen für die Beurteilung der Qualität von Forschungsplänen und -ergebnissen, von notwendigen Änderungen in den Fördermechanismen und Förderorganisationen, für die internationale Zusammenarbeit von Regierungen und Wissenschaftlern«, um Instrumentarien »für die Qualitätsbewertung wissenschaftlicher Ergebnisse, für das frühzeitige Aufspüren und Bewerten neuer erfolgversprechender Forschungsfelder, ... für die Bewertung von Folgen und Wirkungen neuer Wissenschaftsentwicklungen und daraus folgender Technologien« sowie um »präzise Instrumente der Qualitätskontrolle und der Früherkennung.«¹⁷
- 15 Ebenda, S. 127.
- 16 Ebenda.
- 17 Ebenda, S. 127-128.
- Mir sind nun freilich keine Arbeiten des IGW bekannt, in denen Instrumentarien für die Qualitätsbewertung wissenschaftlicher Ergebnisse oder für die Früherkennung neuer, erfolgversprechender Forschungsrichtungen vorgelegt worden wären. Dies ist m.E. keineswegs ein Mangel der Wissenschaftsforschung, denn es handelt sich dabei um Fragen, die die Wissenschaftsforschung gar nicht beantworten sollte und auch nicht beantworten kann. Der Ruf nach solchen Instrumentarien geht der Forschungsadministration leicht über die Lippen, doch sie erliegt einer Illusion, wenn sie glaubt, solche Instrumentarien seien möglich.
- Das wissenschaftspolitische Wirkungsfeld des IGW war denn auch ganz anders geartet. Es umfaßte weniger die innenpolitischen Sorgen der Forschungsadministration als vielmehr die Beratung der Bundesregierung vor allem in Fragen, die die Einschätzung der Wissenschaftsentwicklung und des Wissenschaftssystems sowie die Forschungs- und Technologiepolitik der DDR betrafen. Dem beharrlichen Drängen des IGW war es z.B. zu danken, daß aus dem WTZ-Abkommen zwischen den Regierungen der alten Bundesrepublik und der DDR die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht grundsätzlich ausgeklammert blieben, wie es den strategischen Konzepten beider Wissenschaftsministerien zufolge ursprünglich vorgesehen war.¹⁸
- Die Wissenschaftsforschung am IGW entsprang mithin einer doppelten Motivation: Einer innerwissenschaftlichen, kognitiven,
- 18 Vgl.: Burchrichter, Clemens und Müller, Hans-Joachim: Politikberatung als Problemdiskurs. Zum Verhältnis von politischer Dezision und sozialwissenschaftlicher Reflexion von Problemen der Wissenschaften im geteilten Deutschland. In: IGW-Report, H. 4/1992, S. 16-17.

die in dem Bestreben der interessierten Wissenschaftler verankert war, an der theoretischen Fundierung und Ausgestaltung der Wissenschaftsforschung teilzuhaben, und einer wissenschaftspolitischen, die das Institut mit den Sorgen und Nöten, den Wünschen und Bitten der Forschungsadministration konfrontierte. Beide Motivationen sind durchaus kompatibel. Am besten läßt sich die Kompatibilität der kognitiven und der wissenschaftspolitischen Motivation zur Wissenschaftsforschung wohl an den Erlanger Werkstattgesprächen ablesen, die im Verlaufe der siebziger und achtziger Jahre jährlich im November stattfanden und dem Meinungs- und Gedankenaustausch von Wissenschaftlern und Wissenschaftspolitikern aus Ost und West dienten. Ich habe als Anlage zu diesem Beitrag diese Werkstattgespräche einmal zusammengestellt. Wer sich diese Dokumentation zweier Jahrzehnte Wissenschaftsforschung in Deutschland ansieht, erkennt eine breite Palette von Themen und Standpunkten. Ich glaube, die Beiträge, die dort im Verlaufe zweier Jahrzehnte gehalten worden sind, die Diskussionen, die geführt und die Beziehungen, die auch über den Bereich der Wissenschaft hinaus geknüpft worden sind, sind nicht nur ein gutes Stück Geschichte der Wissenschaftsforschung, das lohnt, aufgearbeitet zu werden, sondern widerspiegeln auch die Entwicklung der politischen und wissenschaftspolitischen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, die noch in den Gräben des kalten Krieges ihren Anfang nahm und schließlich bis zum WTZ-Abkommen von 1988 führte.

Das ITW hat Ähnliches nicht aufzuweisen. Seine Arbeiten waren entweder theoretisch orientiert – wie die meisten der im Akademie-Verlag erschienenen 26 Bände der Reihe »Wissenschaft und Gesellschaft«, die Hefte der Reihe »Kolloquien« und der »Studien und Forschungsberichte«–, oder sie wurden als »Leitungsinformationen« – meist als »Vertrauliche Dienstsache« gekennzeichnet – der Forschungsadministration übergeben. Der literarische Gesamtertrag des ITW ist dokumentiert im Heft 31 der »Studien und Forschungsberichte«, das die Veröffentlichungen des Instituts im Zeitraum von 1970 bis 1989 enthält.¹⁹

Was jedoch die Motivationslage von Wissenschaftsforschung und Wissenschaftspolitik angeht, so gestaltete sie sich im Prinzip nicht anders als im IGW, wenn auch die Gewichte etwas anders lagen und der Umgangston seitens der Politik nicht eben moderat war.

Institutsgründungen an der Akademie, insbesondere auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet, bedurften der Absegnung durch die Partei. Der Gründung des ITW waren in den sechziger Jahren intensive öffentliche Diskussionen über die veränderte Stellung und Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft, über die wissenschaftlich-technische Revolution und die Wissenschaft als Produktivkraft vorangegangen. 1965 erschien Bernal's grundlegendes Werk »Die Wissenschaft in der Geschichte« im Deutschen Verlag der Wissenschaften. In ihm wurden die tiefgreifenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts analysiert. Bernal hielt es für notwendig, »eine völlig neue Einschätzung der Bedeutung und des Wachstums der Wissenschaft zu erarbeiten.«²⁰ Philosophen, So-

19 Vgl.: Veröffentlichungen 1970-1989. ITW – Studien und Forschungsberichte. H. 31. Berlin 1990. 305 S. Die »Berliner Wissenschaftshistorischen Kolloquien (BWK)« des Bereichs Wissenschaftsgeschichte des ITW sind noch einmal gesondert zusammengestellt in: Dahlemer Archivgespräche, H. 1/1996. Hrsg. vom Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft von Eckart Henning, Berlin 1996, S. 146-159.

20 John Desmond Bernal: Die Wissenschaft in der Geschichte, 3. Auflage, Berlin 1967, S. XIX.

ziologen und Ökonomen erkannten hier ein neues und weites Feld interessanter Forschungsprobleme. Sie konnten außerdem auf die Sowjetunion verweisen, in der die Wissenschaftsforschung als naukovedeniye bereits akademischen Fuß gefaßt hatte.

Im Herbst 1968 äußerte sich dann auch die Führung der Partei. Dies erfolgte im gewohnten Imperativ. In einem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968 hieß es: »Der Untersuchung der Beziehungen von Sozialismus und wissenschaftlich-technischer Revolution und der damit zusammenhängenden Probleme des Menschen ist größere Aufmerksamkeit zu widmen.«²¹ Und weiter die entscheidende Stelle: »Angesichts der wachsenden Bedeutung der Wissenschaften als unmittelbare Produktivkraft muß das System der Wissenschaften selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschungsarbeit werden, um Grundlagen für die Prognose, Planung und Leitung der Wissenschaftsentwicklung zu erhalten. Das erfordert die Entwicklung einer Wissenschaftstheorie (Wissenschaftskunde). Insbesondere gilt es, die Stellung der Wissenschaft in der Gesellschaft zu bestimmen, die sozialen Voraussetzungen und Auswirkungen wissenschaftlicher Erkenntnisse zu erforschen, die inneren Entwicklungsgesetze und -tendenzen des Systems der Wissenschaften, besonders die Wachstumsprobleme aufzudecken, den Prozeß der schöpferischen wissenschaftlichen Arbeit zu analysieren und den Einfluß von Wissenschaft und Technik auf die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit zu erforschen.«²²

Damit war im Prinzip grünes Licht gegeben für alle, die ihre wissenschaftlichen Interessen auf dieses neue Gebiet lenkten. Doch bedeutete das noch längst nicht ein neues Institut an der Akademie wenn das Erlanger IGW auch in einer Ende der sechziger Jahre durchgeführten Analyse der Sozialwissenschaften in der DDR im Ergebnis einer Beurteilung der Diskussionen zur Wissenschaftswissenschaft in der DDR die Erwartung ausgesprochen hatte, »daß in Anbetracht der Wichtigkeit einer derartigen Disziplin früher oder später ein Institut für ‚Wissenschaftstheorie‘ in der DDR eingerichtet werden wird.«²³

Die Vorbereitungen für ein solches Institut hatten tatsächlich bereits 1969 begonnen, als die Abteilung Wissenschaft des ZK der SED eine Beratung einberief, um eine Konzeption für ein solches Institut an der Akademie zu erarbeiten. Als Vertreter des Akademieinstituts für Philosophie nahm ich an dieser Beratung teil. Ich weiß nicht mehr, wer den Vorschlag gemacht hatte, dies sollte ein Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation werden, doch entsprach dieser Vorschlag durchaus auch meinen Interessen. Dieses Vorhaben sollte jedoch bald auf zwei gewichtige Einwände stoßen.

Der erste kam von alleroberster Stelle: vom Ersten Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, höchstpersönlich, und zwar während einer Sitzung des Staatsrates der DDR am 12. März 1970, auf deren Tagesordnung ein »Bericht über die Durchführung der Akademiereform unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Wissenschaftsorganisation« stand.

21 Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR. In: Einheit, H. 12/1968, S. 1459.

22 Ebenda, S. 1460.

23 Produktivkraft Wissenschaft. Hrsg. von Hans Lades und Clemens Burrichter, Hamburg 1970, S. 83.

Ende der sechziger Jahre wurde die Wissenschaftsorganisation als eine Art Zauberschlüssel für die Lösung vieler ökonomischer Probleme angesehen. Der Begriff »sozialistische Wissenschaftsorganisation« erlebte einen geradezu inflationären Boom; überall ging es plötzlich um Wissenschaftsorganisation. Alle größeren Industriekombinate mußten Konzeptionen der sozialistischen Wissenschaftsorganisation für ihren jeweiligen Produktionsbereich erarbeiten. Die Aufgabenstellungen, die in diesen Konzeptionen formuliert wurden, mögen für das betreffende Kombinat im einzelnen zwar wichtig und richtig gewesen sein, hatten mit Organisation von Wissenschaft, von wissenschaftlicher Arbeit und gar von Forschung indes nichts, aber auch gar nichts zu tun. Als schließlich kaum noch jemand wußte, was das eigentlich ist, die »sozialistische Wissenschaftsorganisation«, hatte Walter Ulbricht wohl für Klarheit sorgen wollen, indem er kurz und bündig erklärte: »Die sozialistische Wissenschaftsorganisation ist die Anwendung der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft auf die Wissenschaft selbst.«²⁴ Blieb nur noch offen, was denn die »marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft« ist. Um sie zu lehren, war in der Wuhlheide mit einem ungeheuren Aufwand und in kürzester Zeit die »Akademie für marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft« (AMLO) förmlich aus dem Boden gestampft worden, an der Lehrgänge für leitende Kader aus der Wirtschaft durchgeführt wurden. In dieser Situation und Atmosphäre also fand besagte Staatsratstagung statt, zu der auch ich als Gast geladen war. Auf ihr ereignete sich der folgende Vorfall, der in der entsprechenden Veröffentlichung des Staatsrates²⁵ nicht dokumentiert ist, jedoch, wie ich annehme, im vollständigen Protokoll dieser Sitzung, sofern eines existiert, enthalten sein mußte.

Der damalige Leiter des Forschungsbereiches Gesellschaftswissenschaften der Akademie, Wolfgang Eichhorn, legte in seinem Diskussionsbeitrag gerade dar, wie auch die Akademie sich der Aufgabe stellte, theoretische Grundlagen für die sozialistische Wissenschaftsorganisation zu schaffen, indem sie die Gründung eines einschlägigen Instituts vorbereite. Da unterbrach ihn Ulbricht und fragte, wozu die Akademie ein solches Institut eigentlich brauche, in der Wuhlheide hätten wir doch alles, was wir für die Durchsetzung der sozialistischen Wissenschaftsorganisation brauchen, und zwar auf höchstem und modernstem Niveau, wie es die Akademie keineswegs garantieren könne. Daß dieser allerhöchste Einspruch die Gründung des Instituts nicht verhindert hat, ist allein der Besonnenheit einiger junger und qualifizierter Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaft zu danken, die im März 1970 die Ära Ulbricht schon zu Ende gehen sahen und uns an der Akademie weiterhin Mut machten, unsere Konzeption für die Institutsgründung weiter zu verfolgen und zu präzisieren.

Der zweite Einwand kam aus dem Ministerrat der DDR, vom Minister für Wissenschaft und Technik, Herbert Weiz, der jede Institutsgründung an der Akademie zu bestätigen hatte. Ihm unterstand die AMLO; nach Ulbrichts Einwurf auf der Staatsratstagung stand er der Institutsgründung an der Akademie mehr als skeptisch gegenüber. Ich wurde aufgefordert, ihm die Institutskonzeption in

24 Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, die Quelle dieser »Definition« zu belegen, verbürge mich aber für ihre Echtheit.

25 Die Deutsche Akademie der Wissenschaften auf dem Weg zur Forschungsakademie der sozialistischen Gesellschaft. Materialien der 22. Sitzung des Staatsrates der DDR. Schriftenreihe des Staatsrates, H. 12/1970.

einer persönlichen Audienz vorzustellen. Natürlich lehnte er sie ab: Sie sei zu abstrakt und akademisch, theorielastig, kaum praktikabel usw. Wenn schon ein Institut an der Akademie, dann nur eines für Wissenschaftsorganisation als eine Art Dienstleistungseinrichtung für die Leitung der Akademie und den Ministerrat, nicht aber eines für Wissenschaftstheorie, an dem eh nur realitätsfern theoretisiert würde. Es muß mir wohl gelungen sein, ihn zu überzeugen, daß ein Akademieinstitut der Theorie ebenso verpflichtet sein sollte wie der Praxis. Jedenfalls blieb es dabei, daß das Institut schließlich als »Institut für Wissenschaftstheorie und –organisation« (ITWO) im Sommer 1970 ins Leben gerufen wurde, freilich mit der Auflage, die Konzeptionen für die sozialistische Wissenschaftsorganisation in den Betrieben und Kombinat zu begutachten. Nachdem wir aber in einigen Fällen angemerkt hatten, daß der Inhalt der betreffenden Konzeption mit Wissenschaftsorganisation nichts zu tun hat, blieben uns solche Übungen fernerhin erspart, und die eigentliche Arbeit konnte beginnen. 1976 richteten wir noch den von Hubert Laitko geleiteten Bereich »Wissenschaftsgeschichte« ein und waren seitdem das »Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft«, in dessen Namen die Organisation nach der Theorie und der Geschichte stand und in dessen Kürzel »ITW« sie überhaupt nicht mehr vorkam.

An der Wiege der Wissenschaftsforschung in der DDR standen die Forderung der Politik, »Grundlagen für die Prognose, Planung und Leitung der Wissenschaftsentwicklung« zu erarbeiten, und der naive Glaube der involvierten Wissenschaftler, dieses sei möglich. Ich will hier nicht den theoretischen Ertrag der Arbeit des ITW würdigen und die verschiedenen konzeptionellen Ansätze, mit denen versucht wurde, dem komplexen gesellschaftlichen Phänomen Wissenschaft beizukommen. Gert-Rüdiger Wegmarshaus hat dazu auf dem Kolloquium »25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ost-Berlin« bereits Wesentliches gesagt.²⁶ Ich möchte jedoch noch zwei Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsforschung machen.

Das Verhältnis zwischen Wissenschaftsforschung und Wissenschaftspolitik, das ja durchaus als rationaler Diskurs denkbar ist, spitzte sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre am ITW bedrohlich zu, als ein übereifriger Parteisekretär das Institut mit der Forderung zu traktieren begann, daß für jedes in der Forschung zu bearbeitende Problem ausgewiesen werden müsse, welches wissenschaftspolitische Erfordernis ihm zugrundeliege, und daß es kein Forschungsthema geben dürfe, das diesen Nachweis nicht erbringe. Anstatt am Institut eine Vielfalt verschiedener und sich ergänzender, komplementärer Forschungsansätze zu fördern, sollte die Arbeit des Instituts auf einen einzigen Ansatz ausgerichtet werden. Es zeugt von der politischen Reife und der fachlichen Güte der Mitarbeiter des Instituts, deren Mehrzahl besagter Parteisekretär öffentlich für unfähig erklärte, daß sie sich diesem versuchten Diktat nicht gebeugt und in vielen und aufwendigen Diskussionen ihr Recht auf die Ausübung der Wissenschaftsforschung auch ohne den vordergründigen Ausweis wissenschaftspolitischer Erfordernisse verteidigt haben. Doch darüber vergingen Jahre, und mit dem

26 Vgl.: Gert-Rüdiger Wegmarshaus: Marxistische Wissenschaftsforschung – Ein Blick zurück. In: 25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ost-Berlin. Wie zeitgemäß ist komplexe integrierte Wissenschaftsforschung? H. 10 der Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e. V. Berlin. Hrsg. von Hansgünter Meyer, Berlin 1996, S. 65-79.

Übergang in die achtziger Jahre kehrte sich das Verhältnis von Wissenschaftsforschung und Wissenschaftspolitik in gewissem Sinne um: Die Politik wurde nun die Geister, die sie gerufen hatte, nicht mehr los.

In dem Maße, wie im Wirtschafts- und Wissenschaftssystem der DDR Fehlentwicklungen sichtbar wurden, bildete sich in den Gesellschaftswissenschaften eine Praxis heraus, vor Plenartagungen der Partei und noch mehr vor Parteitag, auf denen die Weichen für weitere Entwicklungen gestellt wurden, Studien, Analysen, Ausarbeitungen mit Vorschlägen und Empfehlungen einzureichen in der Hoffnung, damit zur Beseitigung von Mißständen beizutragen. In den meisten Fällen verschwanden diese Ausarbeitungen in den Panzerschränken der Administration. Manche Studien der Wissenschaftsforschung gelangten gar nicht erst über die Ebene des Leiters des Forschungsbereiches Gesellschaftswissenschaften an der Akademie hinaus, erreichten mithin nicht einmal ihren Adressaten. Andere wurden überaus selektiv und tendenziös ausgewertet. Zum Beispiel hatten wir in diversen Studien vor dem XI. Parteitag die prekäre Situation im Bereich der Forschungstechnik in naturwissenschaftlichen Instituten der Akademie analysiert und sie in Zusammenhang gebracht mit der Forderung nach Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik. Unsere Stoßrichtung war, daß Spitzenleistungen Spitzenkräfte erfordern, und daß Spitzenkräfte Spitzenbedingungen benötigen – sowohl was die materiell-technische Ausstattung der Forschung betrafte als auch im Hinblick auf Bedingungen, unter denen Grundlagenforschung in der nötigen Tiefe und Breite und in einer von außerwissenschaftlichen Störungen freien Atmosphäre schöpferischer Suche betrieben werden könne.²⁷ Im Bericht an den XI. Parteitag las sich das aber so: »Echte Spitzenleistungen erfordern Spitzenkräfte und können nur in einer geistigen Atmosphäre entstehen, die durch die Überzeugung vom politischen und ökonomischen Gewicht der eigenen Arbeit geprägt ist ...«²⁸ Gestrichen die materiell-technischen Spitzenbedingungen, und gestrichen auch die von außerwissenschaftlichen Störungen freie Atmosphäre schöpferischer Suche. Ein ähnliches Schicksal – verstümmelt, entstellt, nicht zur Kenntnis genommen – widerfuhr vielen anderen Studien der Wissenschaftsforschung.

Ich will damit keineswegs sagen, daß die wissenschaftlich-technische Revolution (WTR) in der DDR besser oder überhaupt bewältigt worden wäre, wenn den Empfehlungen der Wissenschaftsforschung seitens der Politik mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre. Die DDR mit ihrer Mangel- und Kommandowirtschaft konnte die wissenschaftlich-technische Revolution nicht bewältigen, daran hätten auch alle Empfehlungen der Wissenschaftsforschung und alle Beschwörungen, die WTR doch »organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu verbinden«, nichts ändern können. Das Erlanger IGW hatte auch in dieser Hinsicht die Nase vorn gehabt, als es seinen Einstieg in die Wissenschaftsforschung damit begann, seine Sondentheorie zu entwickeln: Die WTR sollte in beiden Gesellschaftssystemen gleichsam als Sonde dienen, um beurteilen zu können, welches der beiden Systeme das leistungsfähigere sei.

27 Ausführlich hatte ich dazu auch auf dem XIII. Erlanger Werkstattgespräch referiert. Vgl.: Kröber, Günter: Die Forderung nach Intensivierung der wissenschaftlichen Arbeit in der Forschungspolitik der DDR. In: Spitzenleistungen in den Wissenschaften. Beiträge vom XIII. Erlanger Werkstattgespräch 1984. Hrsg. von Clemens Burrichter. abg H. 4/1985, S. 51-69.

28 Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, Berlin 1986. S. 57.

Die Dialektik der Geschichte will es, daß allerdings auch die marxistische Wissenschaftsforschung richtig prognostiziert hatte, wenn sie den Ausgang der Systemauseinandersetzung in Abhängigkeit von der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution sah.

Das Merkwürdige ist nur, daß mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts und mit der deutschen Wiedervereinigung von der WTR keine Rede mehr ist. Ist mit dem Verschwinden der Systemauseinandersetzung etwa auch die WTR verschwunden? War die wissenschaftlich-technische Revolution vielleicht nur das Vehikel, das sich die Wissenschaftsforschung in Ost und West ausgedacht hatte, um sich selbst besser in Szene setzen zu können? Oder war gar die Wissenschaftsforschung selber nur das Vehikel politischer Interessen, so daß sie sich erübrigte, sobald diese Interessen zuverlässig bedient bzw. gegenstandslos geworden waren? Fast scheint es so: Die Berliner Wissenschaftsforschung wurde abgewickelt nicht wegen mangelnden wissenschaftlichen Ertrags, sondern aufgrund politischer Vorgaben des Einigungsvertrages. Die Erlanger Wissenschaftsforschung wurde ebenfalls nicht wegen mangelnden wissenschaftlichen Ertrages abgewickelt, sondern weil es den Ost-West-Konflikt und die DDR nicht mehr gab. Hatte sich die Wissenschaftsforschung auf beiden Seiten zu sehr auf die Politik eingelassen, und ist sie letztlich Opfer der Politik geworden? Vielleicht. Jedenfalls haben wir heute in Deutschland kein institutionelles Zentrum der Wissenschaftsforschung mehr; übrig geblieben sind einzelne Enklaven und Einzelforscher mit und ohne institutionelle Anbindung.²⁹

29 Vgl. dazu auch meinen Beitrag: ITW – 25, in: 25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ost-Berlin, A.a.O. S. 12-16.

Was jedoch die WTR angeht, die revolutionären Veränderungen in Wissenschaft und Technik mit ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche, so haben sie mit Beendigung des Ost-West-Konflikts keineswegs ein jähes Ende gefunden. Im Gegenteil: Die politischen und ökonomischen Veränderungen in den osteuropäischen – vormals realsozialistischen – Ländern eröffnen für Hochtechnologien nicht nur neue Märkte, sondern auch neue Produktionsstandorte. Das ist die eine Seite der Sache, die äußere. Die andere ist: Die Dynamik der wissenschaftlichen Entwicklung und der aus ihr entspringenden technischen Möglichkeiten ist am Ende dieses Jahrhunderts höher denn je. Die Vernetzung der Einzelentwicklungen untereinander und mit dem gesellschaftlichen Umfeld ist so intensiv geworden, daß sie durch Begriffe wie »Interdisziplinarität« oder »gesellschaftlicher Transfer« kaum noch adäquat wiedergegeben werden. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auf den ehemaligen BMFT Heinz Riesenhuber berufen, der in einer Rede auf einem von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog 1994 veranstalteten Kolloquium über die von Forschung und Technologie signalisierten Chancen gesprochen hat.³⁰

30 Heinz Riesenhuber: Neue Produkte – Neue Arbeit. Welche Chancen signalisieren Forschung und Technologie? In: Arbeit der Zukunft. Zukunft der Arbeit. Hrsg. von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, Stuttgart 1994, S. 79-97.

Riesenhuber hat dort aufgelistet, was derzeit an neuer Technik sich entwickelt, und mit welcher Wucht diese neue Technik aus den Ergebnissen der Wissenschaft entsteht. Hier einige Stichworte aus seiner Rede:

in der Mikroelektronik und Informationstechnik die Tendenz zum

Immer-Kleineren, zum Immer-Dichter-Integrierten und zum Immer-Komplexeren;

das Zusammenfügen verschiedener Techniken, z. B. eines Biosensors mit einem mechanischen Aktor in der Mikro-Systemtechnik; Optoelektronik und die von ihr ermöglichte völlig neue Qualität der Informationsverarbeitung;

Materialien, die sich an ihre Bedingungen anpassen – etwa ein Flugzeugflügel, der sich in seinem Profil den Bedingungen des Fluges anpaßt;

Adaptronik oder Biomimetik und der Nachbau natürlicher Strukturen – etwa die einzigartige Statik eines Grashalmes;

neue Werkstoffe mit völlig neuen Anwendungsmöglichkeiten – etwa die Fullerene;

Hochtemperatur-Supraleitung und die Möglichkeiten, Strom widerstandslos zu transportieren;

Bakteriorhodopsin, das sich für optische Speicher in der Optoelektronik eignet, wenn die Bakterien in bestimmter Weise gentechnisch modifiziert sind.

Riesenhuber kommt zu dem Schluß, »daß sich die Problemlösungen aus verschiedenen Wissenschaften explosiv entwickeln. Die wissenschaftliche Entwicklung wird zunehmend zum Kontinuum ... Das heißt, Wissenschaft wächst zusammen. Sie wird komplexer, die Grenzen der Disziplinen verschwinden.«³¹ Die disziplinäre Vernetzung der Wissenschaft wird schließlich ergänzt durch ihre internationale Vernetzung.

31 Ebenda, S. 85.

Diese zunehmende Vernetzung der Wissenschaft auf der kognitiven, der institutionellen und der internationalen Ebene ist gleichbedeutend mit zunehmender Komplexität und Nichtlinearität.

Angesichts dieser Entwicklungen ist die Frage, ob Wissenschaftsforschung eine Zukunft habe, eigentlich müßig. Die Selbstreflexion der Wissenschaft in der Form von Wissenschaft ist heute dringender denn je. Wissenschaftsforschung soll uns die Entwicklung der Wissenschaft verstehen lehren, damit wir es lernen, mit ihr und ihren Ergebnissen so umzugehen, daß für Mensch und Natur daraus maximaler Nutzen erwächst. Ihre Legitimation ist nicht der von der Wissenschaftspolitik herüberschallende Ruf nach Organisation und Leitung der Wissenschaft oder gar nach Planung und Prognose wissenschaftlicher Entwicklungen. Ihre Legitimation erhält sie in erster Linie daraus, daß unser aller Zukunft in alles entscheidender Weise von der Wissenschaft, dem Verlauf ihrer Entwicklung, ihrer Umsetzung in technische Neuerungen und deren sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen abhängt. Eine Gesellschaft, die meint, darauf verzichten zu können, daß Wissenschaft sich durch sich selbst aufklärt, begibt sich der Chance, aus der Kenntnis von Geschichte und Gegenwart der Wissenschaft heraus die Möglichkeiten und Risiken künftiger Entwicklungen besser zu beurteilen und je nach dem, welchen Werten sie den Vorrang gibt, zu entscheiden, was sie heute tun oder lassen soll.

Allerdings bleibt die Frage, wie Wissenschaftsforschung betrieben werden soll. Meine Antwort darauf nach den Erfahrungen von vier Jahrzehnten eigener wissenschaftlicher Tätigkeit ist: Jedenfalls nicht nach irgendwelchen wissenschaftspolitischen Erforder-

nissen, nach den Vorstellungen und Weisungen dieser oder jener Partei oder den Sorgen und Wünschen der Forschungsadministration, auch nicht auf der Grundlage einer wie immer gearteten Ideologie, eines »...ismus«, sondern allein ihrem Gegenstand, der Wissenschaft, gemäß.

Diese ist nun freilich ein gesellschaftliches Funktionssystem, so daß ihre Erforschung auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Wissenschaftsforschung über adäquate gesellschaftstheoretische Grundlagen verfügt. Die Schwierigkeit an dieser Stelle ist, daß Gesellschaftstheorien – bis jetzt jedenfalls – wohl immer in der Nähe irgendeines »...ismus« angesiedelt sind und von ihm gespeist werden. Dieser Schwierigkeit kann man m.E. nur entgehen, wenn beide – Gesellschaft und Wissenschaft – als komplexe und vernetzte Systeme begriffen werden.

Wissenschaft ist ein hochkomplexes Gebilde, das in mehreren Dimensionen existiert – der kognitiven, personellen, institutionellen und gesellschaftlichen. Ihre Erforschung sollte infolgedessen auch von dem profitieren, was die Erforschung anderer komplexer Systeme bereits zutage gefördert hat. Wissenschaft ist ein nicht-lineares System par excellence.³² Ich plädiere deshalb dafür, ein begriffliches und methodisches Instrumentarium, das sich bei der Erforschung komplexer Systeme und nichtlinearer Dynamik in Natur und Gesellschaft bewährt hat, auch zur Erforschung der Wissenschaft und ihrer Entwicklung heranzuziehen. Am weitesten fortgeschritten ist die Erforschung komplexer Systeme heute wohl am Santa Fé-Institut in New Mexico.³³ In gewissem Sinne könnte man deshalb sagen: Die Zukunft der Wissenschaftsforschung liegt in Santa Fé.

32 Vgl. dazu: Günter Kröber: Wissenschaft im Spiegel von Chaos, in: Tohuwabohu. Chaos und Schöpfung. Hrsg. von Klaus Meier und Karl-Heinz Streh, Berlin 1991, S. 179-213.

33 Die Entstehungsgeschichte dieses Instituts und seine Arbeitsweise sind beschrieben in: Waldrop, M. Mitchell: Inseln im Chaos. Die Erforschung komplexer Systeme, Hamburg 1993.

Die Erlanger Werkstattgespräche des IGW. Eine Dokumentation zu zwei Jahrzehnten Wissenschaftsforschung in Deutschland

I. Datum: 1972

Ort: Hotel »Grille«, Erlangen

Thema: *Wissenschaft und Gesellschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution.*

Vortragender: *Burrichter, Clemens* (Institut für Gesellschaft und Wissenschaft [IGW], Universität Erlangen-Nürnberg).

Nicht dokumentiert.

II. Datum: 24.-25.2.1973

Ort: Hotel »Fränkischer Hof«, Erlangen.

Thema: *Vergleich der Wissenschaftssysteme in BRD und DDR.*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Universität Erlangen-Nürnberg): Präliminarien zu einer Theorie des Vergleichs der Wissenschaftssysteme in BRD und DDR;

Lübbe, Hermann (Universität Zürich): Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsentwicklung in der BRD;

Kröber, Günter (Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR [ITW], Berlin/DDR): Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsentwicklung in der DDR.

Nicht dokumentiert.

III. Datum: 2.-4. 11.1973

Thema: *Zur Methodologie des Vergleichs unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Universität Erlangen-Nürnberg): Einführung in das Konferenzthema;

Ronneberger, Franz (Institut für Politik und Kommunikationswissenschaft, Nürnberg): Problemlösungsverhalten in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen;

Kernig (Institut für Sozialgeschichte und Systemvergleich, Freiburg): Die Verwendung der systems analysis zur Untersuchung unterschiedlicher Gesellschaftssysteme;

Kosin, Heinz (Institut für internationale Politik und Wirtschaft, Berlin, DDR). Über die Beziehung zwischen Forschungsgegenstand und Forschungsmethode beim Vergleich von Gesellschaftssystemen unterschiedlicher sozialer Qualität.

Nicht dokumentiert.

1972 organisierte das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) sein erstes Erlanger Werkstattgespräch. 19 weitere Gespräche folgten – bis zum XX. im Jahre 1991. Ich danke Prof. Dr. Clemens Burrichter für seine Unterstützung bei der Beschaffung der Daten über das III., VII., IX. und X. Werkstattgespräch.

IV. Datum: 4.-6.10.1974

Ort: »adidas« Sporthotel, Herzogenaurach.

Thema: *Forschungspolitik und Forschungsplanung.*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen): Einführung zum Werkstattgespräch;

Meusel, Ernst-Joachim (MPI für Plasmaphysik, Garching): Forschungsplanung aus der Sicht eines Großforschungsinstituts;

Berger, Rolf (Bundesministerium für Forschung und Technik [MFT], Bonn): Strukturprobleme und Systemwidersprüche in der Forschungspolitik;

Ronge, Volker (MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Starnberg): Für eine systemalternative Politikforschung;

Kreutzkam, Joachim (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen): Zum Problem der Dezentralisation in der Forschungsförderung;

Burrichter, Clemens und *Förtsch, Eckart* (IGW, Erlangen): Funktionsprobleme der Forschungspolitik.

Dokumentiert in: *Forschungspolitik und Forschungsplanung.* IGW. ABG, H.8/1974, 155 S.

V. Datum: 2.-5.10.1975

Ort: »adidas« Sporthotel, Herzogenaurach.

Thema: *Probleme internationaler Wissenschaftskooperation. Fragen zur inter- und intrasystemaren Zusammenarbeit der Wissenschaften.*

Vortragende:

I. Theoretische Aspekte der internationalen Wissenschaftskooperation

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen): Präliminarien zu einer Theorie internationaler Wissenschaftskooperation;

Miss Bruna Teso (OECD, Paris): Scientific and Technological Cooperation and the European Problem;

II. Forschungs- und hochschulpolitische Aspekte der internationalen Wissenschaftskooperation

Gottstein, Klaus (MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Starnberg): Bemerkungen zum Thema »Probleme internationaler Wissenschaftskooperation«;

Loosch, R. (Min.-Dirigent, BMFT, Bonn): Einige Bemerkungen zum Thema;

Fiebiger, Nikolaus (Universität Erlangen-Nürnberg): Probleme internationaler Wissenschaftskooperation aus der Sicht der Hochschulen;

III. Internationale Wissenschaftskooperation aus der Sicht der wissenschaftlichen Praxis

Lindner, R. (Europäisches Institut für Transurane, Karlsruhe): Probleme und Erfahrungen in internationaler Kooperation von und in Großforschungseinrichtungen;

Seidel, H.-J. (European Late Effects Project Group, Universität Ulm): Internationale Kooperation in der medizinischen Forschung am Beispiel zweier europäischer Verbundforschungssysteme – EULEP und EORTC;

Scherm, R. (Institut Max von Laue – Paul Langevin, Grenoble): Internationale Kooperation in der Wissenschaft.

Round-Table: Zum Verhältnis von Theorie/Politik/Praxis internationaler Wissenschaftskooperation.

Dokumentiert in: Probleme internationaler Wissenschaftskooperation, in: ABG. H. 9/1976, 139 S.

VI. Datum: 25.-28.11.1976

Ort: »adidas« Sporthotel, Herzogenaurach.

Thema: *Aufgaben und Funktionen einer historischen Wissenschaftsforschung.*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen): Aufgaben und Funktionen einer historischen Wissenschaftsforschung;

Babicz, J. (Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau): Haupttendenzen der Entwicklung der Geowissenschaften und der Erforschung ihrer Geschichte im XIX. und XX. Jahrhundert;

Hermann, Armin (Universität Stuttgart): Physik im 19. Jahrhundert – Interne und externe Determinanten der Entwicklung;

Lepenies, Wolf (Freie Universität Berlin): Probleme einer historischen Wissenschaftsforschung;

Mittelstraß, Jürgen (Universität Konstanz): Theorie und Empirie der Wissenschaftsforschung;

Böhme, Gernot und *van den Daele, Wolfgang* (MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Starnberg): Strukturen vorparadigmatischer Wissenschaft;

Götschl, Johann (Universität Graz): Zur theoretischen Grundlegung einer historischen Wissenschaftsforschung;

Krohn, Wolfgang (MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Starnberg): »Intern – extern«,

»sozial-kognitiv«. Interne und externe Determinanten der Entwicklung;

Laitko, Hubert (ITW, Berlin/DDR): Funktionalität und Historizität der Wissenschaft.

Dokumentiert in: Grundlegung der historischen Wissenschaftsforschung. Hrsg. v. Clemens Burrichter, Schwabe & Co. AG. Verlag, Basel/Stuttgart 1979, 266. S.

VII. Datum: 17.-20.11.1977

Thema: *Forschungspolitik im Wandel.*

Vortragende:

Dr. C. Burrichter (IGW), *Dr. W. v. d. Daele* (Max-Planck-Institut, Starnberg), *Prof. Dr. G. M. Dobrow* (IIASA, Kiew), *Dr. G. Küppers* (Universität Bielefeld), *M. Langegger* (Universität Erlangen/Nürnberg), *G. Lauterbach* (IGW), *Dr. R. Schwarzenbach* (IGW), *Prof. Dr. P. Weingart* (Universität Heidelberg).

Nicht dokumentiert.

VIII. Datum: 9.-12.11.1979

Thema: *Wissenschaft und Wertewandel.*

Vortragende: *K. Acham*, *C. Burrichter* (IGW), *H. Klages* (Hochschule für verwaltungswissenschaften, Speyer), *O. Schwemmer* (Universität Erlangen-Nürnberg), *F. H. Tenbruck* (Universität Tübingen).

Nicht dokumentiert.

IX. Datum: 8.-11.11.1979

Thema: *Wissenschaft und Systemwettstreit.*

Vortragende:

Prof. Dr. W. v. Bredow (Universität Marburg), *Dr. E. Förtsch* (IGW), *Prof. Dr. K. Gottstein* (Max-Planck-Institut, Starnberg), *Prof. Dr. L. Graham* (MIT, USA), *Prof. Dr. K. Müller* (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Prag), *Dr. J. Nötzold* (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen), *Dr. P. Tamas* (Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest).
Nicht dokumentiert.

X. Datum: 5.-8.11.1981

Thema: *Analyse des Wissenschaftssystems in der DDR, seiner Interdependenz mit Politik und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen.*

– *Ein Untersuchungskonzept –*

Vortragende:

Dr. U. Beyer (Erlangen), *Dr. C. Burrichter* (IGW), *Dr. E. Förtsch* (IGW), *Dr. E. Hohlfeld* (IGW), *Dr. H.-J. Müller* (IGW), *Dr. H.-B. Nordhoff* (IGW), *Dr. E. Stölting* (Universität Erlangen-Nürnberg), *Prof. Dr. M. Wirth* (Universität Bremen).
Nicht dokumentiert.

XI. Datum: 28.-30.10.1982

Ort: Hotel Selau, Neunkirchen a. Brand.

Thema: *Wissenschaft und Entspannung.*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen): *Wissenschaft und Entspannung. Erfahrungen und Perspektiven;*

1. *Die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen – Kooperationsstrategien für Wissenschaft.*

Bredow, Wilfried von (Universität Marburg);

Fischer-Appelt, Peter (Universität Hamburg);

Kröber, Günter (ITW, Berlin/DDR).

2. *Berichte von Institutionen zum Wissenschaftleraustausch.*

3. *Die »Schulbuchrevision« als Fallbeispiel für die intersystemare Wissenschaftskooperation.*

Bachmann, Siegfried (Universität Braunschweig).

4. *Gesamteuropäische Zusammenarbeit der Wissenschaftler im Rahmen der ECE unter besonderer Berücksichtigung des Umweltbereichs.*

Bailey- Wiebecke, Ilka (UNO, Genf).

5. *Technologietransfer und Entspannungspolitik.*

Nötzold, Jürgen (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen).

6. *Können Wissenschaftler helfen, Störungen des politischen Entscheidungsprozesses zu überbrücken ?*

Gottstein, Klaus (MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Starnberg);

Lange, Harald (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin/DDR);

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen).

Dokumentiert (teilweise) in: *Wissenschaft und Entspannung*. Hrsg. v. *Clemens Burrichter*, IGW. abg H.2/1984, 92 S.

XII. Datum: 10.-13.11.1983

Thema: *Forschungspolitische Probleme und Strategien für die achtziger Jahre.*

Vortragende:

Jänicke, Martin (Freie Universität Berlin): Gesellschaftliche Probleme als Herausforderung für Forschungspolitik;

Leitterstorf, Reinhold (BMFT, Bonn): Forschungspolitik der 80er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland;

Kröber, Günter (ITW, Berlin/DDR): Zu Leitlinien der Forschungspolitik der DDR in den 80er Jahren;

Fiebiger, Nikolaus (Universität Erlangen-Nürnberg): Forschungspolitische Probleme und Strategien für die achtziger Jahre – aus der Sicht der Hochschulen;

Naumann, Jens (MPI für Bildungsforschung, Berlin): Zum Verhältnis von Politik und Forschung am Beispiel des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung;

Thurn, Georg (Wissenschaftszentrum Berlin): Forschungspolitische Ziele, wissenschaftliche Aufgaben, institutionelle Strukturen: Das Beispiel des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB);

Freyend, Eckart John von (BDI, Köln): Gesellschaftliche Interessen als Orientierung der Forschungspolitik – Erfahrungen und Erwartungen der deutschen Industrie;

Helfert, Mario (Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf): Gewerkschaften und technische Entwicklung;

Markiewicz, Wladislaw (Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau): Forschungspolitik in der Volksrepublik Polen;

Tamás, Pál (Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest): Wege und »Irrwege«. Die ungarische Wissenschaftspolitik in den achtziger Jahren.

Dokumentiert in: *Forschungspolitische Probleme und Strategien.* Hrsg. v. Clemens Burrichter, IGW. abg, H.4/1984, 227 S.

XIII. Datum: 8.-11.11.1984

Ort: Muggendorf.

Thema: *Spitzenleistungen in den Wissenschaften.*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen): Einführende Bemerkungen zum Konferenzthema;

Hondrich, Karl-Otto (Universität Frankfurt): Die Forderung nach Spitzenleistung – Bemerkungen zu einer wissenschaftspolitischen Forderung;

Kröber, Günter (ITW, Berlin/DDR): Die Forderung nach Intensivierung der wissenschaftlichen Arbeit in der Forschungspolitik der DDR;

Ronge, Volker (Universität Wuppertal): Nur »Orientierungswissen«? Zur forschungspolitischen Funktionsbestimmung der Sozialwissenschaften nach der »Wende«;

Wild, Wolfgang (Technische Universität München): Naturwissenschaftliche Spitzenforschung in der Bundesrepublik Deutschland;

Knoerich, Volker (BMFT, Bonn): Forschungspolitische Anmerkungen zur Forderung nach Spitzenforschung;

Catenhusen, Wolf-Michel (MdB, Bonn): Forschungspolitische Anmerkungen zur Forderung nach Spitzenleistungen;

Nießen, Manfred (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bonn): Forschungs-
politische Anmerkungen zur Forderung nach Spitzenleistungen.
Dokumentiert in: *Spitzenleistungen in den Wissenschaften*. Hrsg.
v. Clemens Burrichter, IGW. abg. H. 4/1985, 129 S.

XIV. Datum: 7.-10.11.1985

Ort: Muggendorf.

Thema: *Theorie und Praxis der Wissenschaftsforschung. Konzepte
und Programme.*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen): Theorie und Praxis der Wis-
senschaftsforschung;

Gethmann, Carl Friedrich (Universität Essen): Wissenschaftsfor-
schung: Auf Wiedervorlage;

Fisch, Rudolf und *Daniel, Hans-Dieter* (Universität Konstanz):
Probleme und Ergebnisse der empirischen Wissenschaftsforschung
am Beispiel der Produktivität von Wissenschaftlern;

Kröber, Günter (ITW, Berlin/DDR): Zur wissenschaftspolitischen
Relevanz der Wissenschaftsforschung;

Malecki, Ignacy (Polnische Akademie der Wissenschaften, War-
schau): Disciplinary and Problem approach to the Science of
Science and its future development;

Farkas, János (Ungarische Akademie der Wissenschaften, Buda-
pest): Science policy studies in Hungary – Scientific progress after
world war II.

Dokumentiert in: *Theorie und Praxis der Wissenschaftsforschung*,
IGW. abg. H.2/1987, 178 S.

XV. Datum: 6.-9.11.1986

Ort: »adidas« Sporthotel, Herzogenaurach.

Thema: *Wissenschaftsforschung im internationalen Vergleich.*

Vortragende:

König, Klaus (Bundeskanzleramt Bonn): Der Beitrag der Wissen-
schaftsforschung für Wissenschaftsentwicklung und Forschungspolitik;

Whitley, Richard (Universität Manchester): Wissenschaftswissen-
schaft in Großbritannien);

Elzinga, Aant (Universität Göteborg): Wissenschaftswissenschaft
in Schweden;

Leydesdorff, Loet (Universität Amsterdam): Wissenschaftswissen-
schaft in den Niederlanden;

Malecki, Ignacy (Polnische Akademie der Wissenschaften, War-
schau): Stand und perspektivische Entwicklung der Wissenschafts-
forschung in Polen;

Müller, Karel (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften,
Prag): Die Lage und Perspektiven der komplexen Erforschung
der Wissenschaft in der CSSR;

Farkas, János (Ungarische Akademie der Wissenschaften, Buda-
pest): Der Stand der Wissenschaftswissenschaft in Ungarn;

Krüger, Hans-Peter (ITW, Berlin/DDR): Begründungsnoté der
Wissenschaftsforschung in der BRD;

Burrichter, Clemens und *Müller, Hans-Joachim* (IGW, Erlangen):
Zur Kritik der marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie heute;

Sarlemijn, Andries (Technische Hochschule Eindhoven): Konvergenz in bezug auf Planung der Forschung?

Dokumentiert in: *Wissenschaftsforschung im internationalen Vergleich*. Hrsg. v. Clemens Burrichter und Günter Lauterbach, Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen, 1987, 286 S.

XVI. Datum: 5.-8.11.1987

Thema: *Moderne Informationstechnologien und die Gesellschaften in Ost- und Westeuropa.*

Vortragende:

Baitinger, U. G. (Universität Karlsruhe): Informationstechnik als Schlüsseltechnologie;

Belkina, Galya und *Gorochoy, Vitali* (Moskau): Soziale und methodologische Probleme der Informatik.;

Müller, Karel (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Prag): Zur Strategie der Entwicklung der Informationstechnologien in der CSSR;

Mey, H. (Universität Bern): Stand und Perspektive der Informationstechnologien in der Schweiz;

Malecki, Ignacy (Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau): Technology of Science-Technology Information in Poland;
Mai, Manfred (VDI, Düsseldorf): Die wechselseitige Abhängigkeit von Wertsystemen und Technik – Ein Problem der normativen Technikgestaltung;

Berger, Rolf (CIB Computer Infoart GmbH, Berlin): Information, Wissen und kollektive Intelligenz;

Rundtischgespräch: Informationstechnologie im Diskurs.

Dokumentiert in: *Moderne Informationstechnologien und die Gesellschaften in Ost- und Westeuropa*. Hrsg. v. Clemens Burrichter, IGW. abg H. 2/1988, 155 S.

XVII. Datum: 3.-5.11.1988

Ort: »adidas« Sporthotel, Herzogenaurach.

Thema: *Wissenschaft und Politik in der »Risikogesellschaft«.*

Vortragende:

1. Einführung

Klages, Helmut (Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer);

2. Forschungspolitische Problemstellungen in der »Risikogesellschaft«

Catenhusen, Wolf-Michel (MdB, Bonn);

Leitterstorf, Reinhold (BMFT, Bonn);

Kröber, Günter (ITW, Berlin/DDR);

3. Das Wissenschaftsverständnis in der Anwendungsforschung

Krupp, Helmar (ISI, Karlsruhe);

4. Das Wissenschaftsverständnis in der Industrieforschung

Gremmelmaier, R. (Siemens, Erlangen);

5. Problemdiskussion:

Perspektiven des Wissenschaftsdialogs zwischen den Systemen.

Nicht dokumentiert.

XVIII. Datum: 9.-11.11.1989

Ort: Muggendorf.

Thema: *Sozialgeschichte der Wissenschaften. Zur Methodologie*

einer historischen Wissenschaftsforschung.

Vortragende:

Rüsen, Jörn (Universität Bielefeld): Wissenschaftsgeschichte als Strukturgeschichte – einige Überlegungen am Beispiel der Verwissenschaftlichung des historischen Denkens in Deutschland;

Mehrtens, Herbert (Berlin): Geschichte und Geschichten der mathematischen Wissenschaften;

Stichweh, Rudolf (MPI für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt/M.): Systemtheorie und historische Wissenschaftsforschung;

Radkau, Joachim (Universität Bielefeld): Technikgeschichtliche Aspekte der ökonomischen Krise der DDR. Ein Entwurf;

Diskussion am 10. November 1989:

Offene Grenze – offenes Denken in der DDR.

Dokumentiert in: Sozialgeschichte der Wissenschaften. Zur Methodologie einer historischen Wissenschaftsforschung. Hrsg. v. Clemens Burrichter, IGW. abg H. 4/1991, 87 S.

XIX. Datum: 7.-9.11.1990

Ort: Bonn.

Thema: *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven.*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen): Zwischenbilanz: Der Fusionsprozeß der Wissenschaften in Deutschland – Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven;

Klinkmann, Horst (Akademie der Wissenschaften, Berlin): Die Situation der Akademie der Wissenschaften;

Wechsung, Gerd (Friedrich-Schiller-Universität Jena): Zur Situation der Hochschulen in den neuen Bundesländern;

Wessel, Karl-Friedrich (Humboldt-Universität, Berlin): Prozesse und Perspektiven der Wissenschaft in den neuen Bundesländern;

Knobloch, Jens (Zentrum Mikroelektronik Dresden GmbH): Probleme der Industrieforschung in den neuen Bundesländern am Beispiel der Mikroelektronik.;

Becher, Gerhard (ISI, Karlsruhe): Forschung und Entwicklung (FuE) in den neuen Bundesländern 1989 bis 1991;

Catenhusen, Wolf-Michael (MdB, Bonn): Die gesamtdeutsche Forschungspolitik aus der Sicht der SPD;

Schmidt, Frank (MdB, Bonn): Die gesamtdeutsche Forschungspolitik aus der Sicht der CDU;

Knoerich, Volker (BMFT, Bonn): Die gesamtdeutsche Forschungspolitik aus der Sicht des BMFT;

Stoehr, Jochen (Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Berlin): Die Regelungen im Artikel 38 des Einigungsvertrages;

Petersen, Peter (DFG, Bonn): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in einer gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft;

Fromm, Beatrice (MPG, München): Die Förderungsaktivitäten der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern;

Weber, Joachim (HRK, Bonn): Vorschläge der Hochschulrektorenkonferenz zur Reform der Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern;

Hergarten, Wolfgang (AIF, Köln): Aktivitäten der AIF zur Förde-

rung von FuE in der mittelständischen Wirtschaft der neuen Bundesländer;

Winter, Ekkehard (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft): Die Aktivitäten des Stifterverbands in Ostdeutschland.

Dokumentiert in: *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven.* Hrsg. v. Clemens Burrichter und Eckart Förtsch, IGW. abg H. 2/1991, 164 S.

XX. Datum: 6.-8.11.1991

Ort: Muggendorf.

Thema: *Transformation und Modernisierung. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven.*

Vortragende:

Burrichter, Clemens (IGW, Erlangen): Wissenschaft, Forschung und Technologie im Transformationsprozeß;

Haffner, Friedrich (Universität München): Die Genese von Märkten beim Abbau zentraler Planwirtschaften;

Szabó, Máté (Universität Budapest): Gesellschaft und Staat in Osteuropa im Systemwandel;

Klages, Helmut (Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer): Die gesellschaftliche Mentalitätsdynamik als strategische Komponente der Systemtransformation;

Erpenbeck, John (Berlin): Wissenschaft und Weltanschauung – statt »Wissenschaftlicher Weltanschauung«;

Krull, Wilhelm (Wissenschaftsrat, Köln): Neue Strukturen für Wissenschaft und Forschung. Ergebnisse und Perspektiven der Arbeit des Wissenschaftsrates;

Pompe, Wolfgang (Arbeitsgruppe Mechanik heterogener Festkörper der MPG, Dresden): Welche Rückwirkungen kann der Strukturwandel in Wissenschaft und Forschung der Neuen Bundesländer auf die Alten Bundesländer haben?

Voß, Rainer und *Hartmann, Frank* (ITW, Berlin): Umbruch in der Biotechnologielandschaft Ostdeutschlands – Probleme und Tendenzen;

Grübel, Hartmut (KAI-AdW, Berlin): Erfahrungen der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW).

Simeonova, Kostadinka (Bulgarische Akademie der Wissenschaften, Sofia): Das sich wandelnde Umfeld der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik in Bulgarien;

Pick, Milos (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, Prag): Ergebnisse und Alternativen der Transformationsstrategie in der CSFR;

Pokol, Béla (Eötvös Loránd Tudományegyetem Allam-Es Jogtudományi Kar, Budapest): Hochschulen und Wissenschaftspolitik in Ungarn. Dokumentiert in: *Transformation und Modernisierung. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven.* Hrsg. v. Clemens Burrichter und Michael Knogler, IGW. abg, H. 2/1992, 248 S.

REINHARD MOCEK

Alternative Wissenschaftskonzepte in der Debatte

Manchmal kann man den Eindruck haben, daß in unseren Tagen alles, was das Attribut des »Alternativen« im Schilde führt, als obsolet gilt. Und das nicht nur in politischer Hinsicht, wo es durch den in der Regel linken Anstrich, mit dem es einhergeht, den herrschenden Doktrinen besonders unangenehm ins Auge sticht – nein: auch im Bereich des akademischen Nachdenkens über die Veränderungen, die unsere Welt nötig hat. Hier hat es gar den Ruf des Undurchdachten und deshalb besonders Risikobehafteten.

Dabei zeigt ein Blick auf die Wissenschaftstheorien des nun ablaufenden Jahrhunderts, daß diese als Produkte eines kritischen wissenschaftsbewußten Zeitgeistes den Vertretern der erkennenden Vernunft im Grunde genommen stets alternative Angebote machten, zumindest das methodologische Selbstbewußtsein der Wissenschaft scharf aufs Korn nahmen; denken wir nur an Karl R. Popper oder Imre Lakatos. Oder sie brachen mit sämtlichen überkommenen Ansichten zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, was zuerst eindrucksvoll Robert K. Merton demonstrierte und nach ihm die britische Wissenschaftlerlinke um John D. Bernal.

Schaut man auf die Folgen all dieser Vorschläge für ein neues Selbstverständnis der Wissenschaft in kognitiver und sozialer Hinsicht, dann waren sie wohl zeitweise in fast aller Munde, aber haben realiter an der Wissenschaft selbst kaum etwas verändert. Jedoch haben sie sämtlich zur Selbstreflexion der Wissenschaft eine Menge beigetragen – und sind somit indirekt mitverantwortlich für die aktuelle politisch-kritische Literatur über die Wissenschaft und die Verantwortung der Gesellschaft ihr gegenüber. Erinnerung sei an Hans Jonas und Erich Fromm, Jürgen Habermas und Ulrich Beck, um nur die bekanntesten Namen zu nennen.

Und aus dieser Tradition flossen und fließen eine ganze Menge an Gestaltungsideen, aber auch Warnungen und ethische Überlegungen zu den Grenzen der Anwendbarkeit wissenschaftlicher Resultate. Doch derartige durchgreifende Vorstellungen zum sozialen Gestaltwandel der Wissenschaft, zur Umgestaltung ihrer Bewegungsform, zur teilweisen Neuformulierung ihrer Ziele sind in der neueren Literatur selten geworden. Was nicht heißt, daß sie ganz und gar fehlten, denn zu den Möglichkeiten einer demokratischen politischen Kultur im Wechselwirkungsrahmen von Wissenschaftlern, Politikern und engagierten Bürgern gibt es durchaus brauchbare Vorschläge.¹ Die werden jedoch von den politischen Parteien, wenn diese an die Ausarbeitung ihrer wissenschafts- und technikpoliti-

Reinhard Mocek – Jg. 1936, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker, Berlin. Veröffentlichungen u.a. Gesellschaftstheorien (1980), Neugier und Nutzen der Wissenschaftsgeschichte. Potentiale linken Denkens in Deutschland-Ost. Thesen zur Annäherung an ein schwieriges Problem, in: UTOPIE kreativ Heft 68 (Juni) 1996 S. 5-14.

1 Vgl. M. Linke: Demokratische Gesellschaft und öko-

schen Konzepte gehen, viel zu wenig berücksichtigt. Ich bin andernorts ausführlich auf diese Diskurskultur eingegangen.² In vorliegendem Gedankengang spielt sie insofern eine Rolle, als ich mich in schlagwortartiger Verkürzung mehrfach darauf beziehe. Allein: Im Vordergrund steht hier ein anderes Problem – das der Möglichkeiten und Chancen eines linken alternativen wissenschafts- und technologiepolitischen Konzeptes. Wie sieht es damit aus angesichts der pragmatischen Steuerungsaktivitäten der herrschenden Wissenschaftsadministration, die fraglos darauf abzielen, den gewaltigen Black-Box-Komplex von Wissenschaft und Technologie so optimal wie möglich auf die ökonomische Stabilität des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland auszurichten? Und angesichts der den marxistischen Theoretikern schon zu DDR-Zeiten geläufigen Tatsache, daß Produktivitätszuwachs, Verkaufschancen und Prosperität langfristig nahezu ausschließlich – sieht man von einigen Wirtschaftszweigen ab, die noch auf lange Sicht mit den traditionellen Technologien zurechtkommen – von der Einbeziehung neuester Wissenschaft abhängen?

Doch hier schon stößt man auf eine Grundfrage der Strategiediskussion sozialistischer Opposition hierzulande: Ist alternative Politik oppositionell dem ganzem System gegenüber, oder verwirft sie nur die vorherrschenden Gestaltungsmaximen? Auf die Wissenschaftspolitik gewendet könnte das heißen, ob sich linke Wissenschaftspolitik auf den vorhandenen Komplex von Wissenschaft und Technik orientieren soll oder aber Konzepte fördern müßte, die einen völlig neuen Wirtschafts- und Lebensrahmen auf der Basis sanfter oder gänzlich ökopolitisch verfaßter Technologien vorstellen?

Will man sich auf diese Frage einlassen, steht man urplötzlich inmitten grundsätzlicher gesellschaftstheoretischer Debatten. In diesen Konzepten ist die Wissenschafts- und Technologiepolitik zum Ausgangspunkt für eine grundlegende gesellschaftliche Erneuerung avanciert, denn das längerfristige Umformen des Wissenschafts- und Technikpotentials auf die strikte ökopolitische Dimension hat einschneidende Folgerungen für die künftige Gestaltung des Lebensalltags zur Folge, die hier nur angedeutet werden können. Allein die Struktur unserer Städte, der Arbeitswege, der Arbeitsplatzreservoirs etc. ist so eng an den hochflutenden Verkehr gekoppelt, daß eine Rückstrukturierung auf weniger Energieverbrauch, weniger Autos, kürzere Wege, sanfte Technologien etc. zu einer ungeahnten komplexen Umgestaltung des gesamten sozialen, ökonomischen und politischen Lebensrahmens zwingt, die weit über das hinausgeht, was eine Umgestaltung der Produktionsverhältnisse für eine solche Gesellschaft bedeuten würde! Pointiert ausgedrückt: Die sozialistische Revolution wäre ein Kinderspiel im Vergleich mit dem, was eine ökopolitische Rückstrukturierung der Produktivkräfte für diese Gesellschaft mit sich bringen würde!

Doch das soll hier nicht weiter verfolgt werden. Wichtig für meinen Gedankengang ist, daß sich alternative Wissenschaftspolitik zu allererst entscheiden muß, ob sie mit der aktuellen Wissenschaft und Technologie zu operieren gedenkt oder aber auf ein

logischer Sachverstand. Kann die Demokratie die ökologische Krise bewältigen oder brauchen wir eine Ökodiktatur? St. Gallen 1991; U. Beck: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt am Main 1993; H. Zillesen, P. C. Dienel, W. Strubelt (Hg.): Die Modernisierung der Demokratie. Internationale Ansätze, Opladen 1993.

2 R. Mocek: Interdisziplinarität über die Grenzen der Wissenschaft hinaus, in: Ökologie und Interdisziplinarität – eine Beziehung mit Zukunft? Herausgegeben von Ph. W. Balsiger, R. Defilla und A. Di Giulio. Basel, Boston, Berlin 1996.

neues Level von Wissenschaft und Technik hinauswill, also eine neue Wissenschaft und Technologie anstrebt, die mit den Bewegungsgesetzen und Strukturmerkmalen der modernen Erscheinungsform dieser beiden Grundkräfte moderner Produktionskultur nichts mehr gemein hat. Ich denke, daß man sich zu dieser Grundfrage klar äußern muß, will man alternative Wissenschaftspolitik machen.

Bleibt man bei der aktuellen Erscheinungsform von Wissenschaft und Technologie, wofür ich ohne Wenn und Aber votiere, dann bleiben linker alternativer Wissenschaftspolitik im Grunde zwei Wirkungsfelder: *das eine*, daß sie den Bewegungsgesetzen, die Wissenschaft und Technologie immanent sind (oder sein mögen), nachspürt und hierbei auf Wahrung von Substanz, auf Förderung sozial erwünschter Entwicklungen, Tendenzen und Faktoren sowie auf Beherrschbarkeit und Lenkung in einem wohlverstandenen Sinne aus ist (jedes objektive Gesetz ist lenkbar, d.h. im Rahmen seiner Wirkungsmechanismen gestaltbar); und *das andere* – und das ist das eigentlich Wichtige und politisch Relevante –, daß sie die Verfügungsgewalt über diesen mächtigen Sachapparat unter demokratische Kontrolle nimmt, gegebenenfalls neue Kontrollmechanismen schafft oder die Kontrollfunktionen neu verteilt.

Daß damit nicht gesagt ist, auf die Ausarbeitung von Modellen zu verzichten, mit denen künftige ökovertträgliche Funktionsgesamtheiten technologiegetragener Gesellschaften beschrieben werden, muß jedoch doppelt unterstrichen werden. Aber diese Modelle darf man nicht mit den Aufgaben verwechseln, die vor der Wissenschaftspolitik jetzt, hier und heute stehen.

Und damit bin ich bei dem Streitpunkt angelangt, der gegenwärtig in den Debatten um linke Wissenschafts- und Technologiekonzepte eine große Rolle spielt: Gemeint ist die Kontroverse um das im Januar 1997 vorgestellte Wissenschaftskonzept der PDS. Die erste öffentliche Stellungnahme zu diesem Papier lotete gleich mitten hinein in die schwierige Diskussionslage linker Denkangebote zu diesem Thema. Torsten Bultmann, seines Zeichens Bundesgeschäftsführer des BDWi und damit ein Mann aus einer für mich jedenfalls sympathischen Ecke, hat eine überaus heftige öffentliche Kritik an diesen »Wissenschafts- und hochschulpolitischen Grundsätzen« der AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik bei der PDS vorgelegt³, die durch die List und Last ihrer Argumente zu einer grundsätzlichen Betrachtung über die Möglichkeiten alternativer linker Konzepte zur Wissenschafts- und Technologiepolitik herausfordert. Da ich selbst 1994 in UTOPIE kreativ⁴ Überlegungen zu einem alternativen Wissenschaftskonzept publiziert hatte, deren Grundgedanke auch in dem PDS-Papier auftaucht, greife ich die Gelegenheit auf, um angesichts der Kontroverse zwischen Bultmann und dem PDS-Papier, die auch eine Ausarbeitung von Hubert Laitko einschließt⁵, diesen eigenen Vorstoß zu reflektieren. Eine Verteidigung des PDS-Papiers ist dabei meine Sache nicht, obwohl ich mehrfach darauf zu sprechen kommen werde.

Ich hatte seinerzeit vorgeschlagen, ein linkes Wissenschaftskonzept um die Idee einer »organischen Wende« in der Wissenschafts-

3 AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik bei der PDS: Wissenschafts- und hochschulpolitische Grundsätze der PDS, (Manuskript) Berlin Januar 1997. T. Bultmann: Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt. In: Forum Wissenschaft, 2/97, S. 34-37.

4 R. Mocek: Von der Möglichkeit einer »organischen Wende« in der Forschungs- und Technologiepolitik. In: Utopie kreativ, 47/48, 1994, S. 74-86.

5 H. Laitko: Wissenschaft und Gesellschaft. (Manuskript) Berlin 1997.

politik zu gruppieren. Danach sollte schrittweise *erstens* durch die Umgestaltung der forschungspolitischen Prioritäten, *zweitens* durch die Bildung außerparlamentarischer wissenschaftspolitischer Gremien, *drittens* durch die Neuorganisation des akademischen Studiums auf eine ökologisch konzipierte Einheit der Wissenschaften und der Technik, *viertens* schließlich durch den vorrangigen Ausbau von Wissenschaftseinrichtungen, die bereits auf diesem Wege gehen, längerfristig eine innere Umgestaltung des Wissenschaftssystems angestrebt werden. Diese vier Punkte waren von mir ausdrücklich als Ausschnitt einer weitaus umfangreicheren Liste von möglichen Veränderungen bezeichnet worden und sollten nur abstecken, daß auf diesen vier Feldern der vergesellschafteten Wissenschaft simultan vorgegangen werden müßte. Keine der vier Veränderungen würde zu abrupten Umsteuerungen und damit finanziellen Verlusten durch Abbruch bereits laufender Vorhaben nötigen. Die Verlagerung der Entscheidungskompetenz in parlamentarische und außerparlamentarische Gremien würde zudem der Allmacht der wissenschaftspolitischen Staatsexpertokratie wie auch der Großindustrie einen Riegel vorschieben. Der demokratiepolitische Ausdruck für den angestrebten Modus ist in einer steten Wechselbeziehung der Wissenschaft mit Politik und Bürgerschaft zu sehen.

Diese Umgestaltung scheint nötig zu sein, um zukunfts-gestaltende und -erhaltende Aufgaben in einem weit stärkerem Maße ins Auge zu fassen, als das bislang möglich ist – was gleichbedeutend ist mit einer Neuordnung der gesellschaftlichen – will heißen: politischen – Verfügung über die Wissenschaft. »Links« habe ich dieses Konzept genannt, weil es traditionell linken Grundwerten verpflichtet ist wie Gestaltung (und Erhaltung) einer humanen Lebenswelt, Gleichheit durch Gleichberechtigung, Wahrung des Gemeinwohls, Verteilungsgerechtigkeit und soziale Solidarität, gleichberechtigter Zugang zu den gesellschaftlichen Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, die Chance zur Mitgestaltung. In diesem Konzept wähne ich mich unbeeinflußt von dem wieder ins Gerede gekommenen pseudomarxistischen Konzept des technologischen Determinismus, denn ich traue der politischen Gestaltungskraft sehr viel zu, ohne allerdings momentan die gesellschaftlichen Kräfte ausmachen zu können, die ein solches alternatives Wissenschaftskonzept durchzusetzen vermögen. Ein für die »Volksexperten« gebildetes Gremium mit definierten Entscheidungsbefugnissen steht natürlich in den Sternen⁶, ist jedoch als Programmpunkt einer politischen Partei durchaus denkbar.

Doch bleiben wir bei dem Problem, was ein alternatives politisches Programm linker Provenienz sein sollte und sein könnte. Vom Inhalt her wären die oben bereits genannten Gesichtspunkte noch einmal – etwas verallgemeinert – aufzugreifen: die Ersetzung -forschung, hin zur ökologischen Forschung); Veränderungen im Organisationslevel, um demokratische Kontrolle und Mitgestaltungswege zu ermöglichen; eine schrittweise Korrektur von Verfügungsgewalten, so sich diese auf die Vernutzung von Forschung für wissenschafts- und technikgestützte Strategien der Kapitalverwertung ohne Rücksicht auf die Gesamtwohlfahrt richten; vorrangiger

6 Diesen Gedanken habe ich übrigens aus der Literatur entnommen, worauf hier noch einmal hingewiesen sei (Vgl.: H. Zillesen, P.C. Diemel, W. Strubelt in Anm. 1).

Ausbau bereits vorhandener alternativer Ansätze. Alle vier Punkte zusammen bilden den Kern einer gesellschaftlichen Umorientierung der Wissenschaft, was bedeutet, die Wissenschaft mit politischen Mitteln auf andere gesellschaftliche Ziele zu richten.

Alternativ heißt also, eine andere Politik gegenüber der Wissenschaft, nicht aber eine andere Wissenschaft anzustreben.

Jedoch: Diese gesellschaftliche Umorientierung der Wissenschaft ist auf zwei gänzlich unterschiedliche Weisen interpretierbar! Einmal, indem man davon ausgeht, daß diese Umorientierung den objektiven Prozessen der Technisierung des gesellschaftlichen Lebens zu folgen hat, die in den Herausforderungen der Informationsgesellschaft an die Neuorganisation des gesamten sozialen Lebens ihren Kernpunkt haben. Also: Man zielt darauf ab, die Wissenschaftspolitik als Steuerinstanz zu qualifizieren, um mit ihrer Hilfe die neuen Gegebenheiten einer wissenschaftlich-technisch strukturierten Arbeits- und Lebenswelt besser meistern zu können. In eine davon gänzlich unterschiedene Richtung weist die andere Interpretation! Sie orientiert darauf, eine gerechtere Gesellschaft herbeiführen zu helfen, eine demokratische Gesellschaft freier Gleicher – oder wie man das im traditionellen linken Vokabular immer ausdrücken mag. Natürlich müßte sich auch diese Strategie auf die neu heraufziehenden Gegebenheiten der Informationsgesellschaft einstellen – doch nicht mit »anpassender« Intention, sondern mit der erklärten Absicht, diese neuen Ströme der Entwicklung der Produktivkräfte in ein humanes Grundanliegen zu integrieren – eben das der Gestaltung einer gerechten humanen Sozialordnung. Wie diese konkret auszusehen hat, ist jedoch keine wissenschaftspolitische Frage und verweist auf einen möglichen gesellschaftstheoretischen Rahmen für eine solche linke Umgestaltung im Bereich der Produktivkräfte. Fest steht, daß eine solche Gesellschaftstheorie vor allem hinsichtlich der Verfügungsgewalten über die Wissenschaften und Technologien und die Wege zu einer nicht mehr kapitaldominierten demokratischen und gerechten Gesellschaft klare Aussagen vorlegen muß.

Der fehlende gesellschaftstheoretische Unterbau für Alternativen zur Wissenschafts- und Technologiepolitik bedingt natürlich die relative Unsicherheit in der Reichweite und faktischen Durchführbarkeit alternativer Wissenschaftskonzepte. Das wird auch durch Bultmanns Kritik nicht behoben, zumal dieses Defizit in seinen Darlegungen keine Rolle spielt. Aber den Finger legt er schon auf diese Wunde. Denn ohne gesellschaftstheoretische Basis ist die Verführung groß, den ersten der beiden oben genannten Interpretationswege zu beschreiten und damit schlicht und einfach den Anspruch zu erheben, die ganze Chose unter den gegebenen Bedingungen besser zu machen als die Rüttgers-Administration. Und das ist auch der politische Kern der Kritik Bultmanns an diesem PDS-Konzept zur Wissenschaftspolitik; und er vermutet, daß es eine Plattform sei, von der die PDS ihre Qualifikation für eine künftige Regierungs-Mitverantwortung ableiten würde. Man darf gespannt sein, was Bultmann schlußfolgern wird, wenn die nun in Gang kommenden PDS-Gremien dieses Papier von Grund auf umgestalten werden (wovon ich überzeugt bin). Denn daß die

Diskussionsvorlage einer AG der PDS bereits den Standpunkt der PDS ausdrückt, bevor das Ganze nicht durch die verschiedenen Gremien gelaufen ist – und das ist erfahrungsgemäß ein steiniger Weg –, sollte man nicht annehmen. Aber als Warnschuß vor den Bug der PDS kann man die schroffe Verortung dieses Papiers durch Bultmann sicher werten.

Nun scheint es tatsächlich so zu sein, daß die im Vorstehenden zuerst genannte Variante herzlich wenig von dem an sich hat, was man mit dem Gedanken eines alternativen linken Konzeptes zur Wissenschafts- und Technologiepolitik in Verbindung bringen würde. Jedoch: Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Selbstredend hat sich ein ernsthaftes linkes Konzept für eine alternative Wissenschafts- und Technologiepolitik in jedem Falle auch mit den sozialen Folgen der neuen technologischen Wirklichkeiten zu befassen – ein Ausblenden dieser Dimension würde das ganze Vorhaben in eine bedenkliche Nähe zu utopischen Konstruktionen bringen, die in ihrem Forderungskatalog beim Übermorgen ansetzen und meinen, das Heute und Morgen würde schon irgendwie in die Nähe des eigenen Ansatzes führen. Alternative Politik hat sich von ihrem ersten Schritt an zu bewähren, nicht aber erst nach dem hundertsten! Zeit zum Probieren wird nicht gewährt – weder vom aktuellen Sachwalter noch vom Wähler –, ganz abgesehen davon, daß die hochkomplexen sozialen Wissenschaftssysteme nicht als Experimentierfeld für irgendwelche neuen Einfälle erhalten können. Insofern ist die genaue Prüfung des status quo unabdingbar, wenn man alternative Überlegungen ins Spiel bringen will.

Unter diesem Aspekt ist es schon lehrreich, das PDS-Papier zu prüfen wie auch die Kritik Bultmanns. Auf den ersten Blick scheint in diesem Papier der erstgenannte Aspekt der beiden Interpretationsmöglichkeiten einer gesellschaftlichen Umorientierung von Wissenschaft und Technologie zu dominieren, d.h. die Hauptaufgabe wird darin gesehen, Wissenschaftspolitik auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft auszurichten. Als Ziel wird dabei ein hocheffektives Wissenschaftssystem formuliert, was – da der Hinweis auf die Verfügungsmacht zunächst ausgeblendet bleibt – das ganze Programm in eine bedenkliche Nähe zu den Effizienzwünschen der Rüttgers-Administration bringt. Denn die PDS betrachtet es als »ein erstrebenswertes Ziel, die Bundesrepublik Deutschland zu einer in prosperierende europäische und globale Austauschbeziehungen eingebetteten wissenschaftlichen Hochleistungsregion auszubauen« (S. 3). Diesen Satz muß man erst ein wenig auf sich einwirken lassen; es ist mir völlig verständlich, daß linke Wissenschaftstheoretiker mit einem erbitterten Aufschrei auf einen solchen Satz reagieren! Aber man darf eben den folgenden Satz nicht überlesen, der einen Absatz weiter unten steht: »Ihre [der PDS] Wissenschaftspolitik ist darauf gerichtet, die Bedingungen dafür zu schaffen und sichern zu helfen, daß die Wissenschaft in wachsendem Maße für die Gestaltung einer menschenwürdigen Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft im ganzen und jedes einzelnen ihrer Mitglieder wirksam wird und antihumane Fehlentwicklungen und Mißbräuche durch demokra-

tische Kontrolle zuverlässig verhindert werden.« (S. 3) Damit sind die beiden – wie man meinen könnte: schier unverträglichen – orientierenden Ausgangspunkte des PDS-Papiers zitiert. Ihre Gegenüberstellung zeigt, daß es ungemein schwierig ist, ein alternatives wissenschaftspolitisches Konzept vorzustellen, wenn man sich gleichzeitig einbringen muß in den Diskurs zur Lösung ganz aktueller Probleme der Wissenschaftsentwicklung. Das PDS-Papier ist in diesem Sinne eine Schimäre; es versucht beides und setzt sich so der Kritik von beiden Seiten aus.

Die Grundfrage, die sich letztlich dahinter verbirgt – und vor der auch die Ausarbeitungen von Hubert Laitko wie meine eigene stehen –, läuft auf das Selbstverständnis alternativen Denkens hierzulande hinaus. Denn bei genauerem Hinsehen lotet der Spagat des PDS-Papiers, sowohl ein Hochleistungssystem anzustreben als auch dessen humane und sozialgerechte Nutzung garantieren zu wollen, das Feld der zu beschreitenden Möglichkeiten nicht aus, ja, konzentriert sich zu sehr auf den ersten Aspekt und erschöpft sich in seinen Überlegungen zum zweiten Aspekt in allgemeinen Forderungen. Das Aussparen eines gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmens – natürlich in Ansehung des unbefriedigenden Vorliegenden – geht nicht spurlos an diesem Konzept vorüber; wen wundert es. Insofern ist, ich wiederhole es, Bultmanns Kritik nachvollziehbar.

Der theoretische Kern der Kritik Bultmanns an dem PDS-Papier, die aber alle Versuche betrifft, ein bestehendes Wissenschaftssystem in eine andere Wissenschaftspolitik zu übersetzen, besteht darin, daß sich die Autoren einem technologischen Determinismus ergeben hätten, wonach alle gesellschaftlichen Entwicklungen völlig, zumindest aber in den wichtigsten Punkten, durch die quasi naturgesetzliche Unabänderlichkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt würden. Es bedarf keines Beweises, daß mit einer solchen Annahme der Glauben an die Kraft des politischen Veränderungswillens schlichtweg untergraben wird. Eben das glaubt Bultmann für das PDS-Papier und die herrschende Wissenschaftspolitik feststellen zu können; er nennt es »ideologische Selbstunterwerfung« unter die herrschende wissenschaftspolitische Strategie.

Schauen wir auf das theoretische Problem, das in dieser Kritik Bultmanns enthalten ist: Wie steht es mit diesem technologischen Determinismus in seinem Verhältnis zu linker Wissenschaftspolitik? Oder, genauer gefragt, gibt es diesen eigengesetzlichen Entwicklungsverlauf der Wissenschaft, und ist adäquate Wissenschaftspolitik nur auf der Grundlage einer möglichst genauen Einsicht in diese Gesetze möglich?

Wohl jeder, der sich mit dem Ensemble der Theorien der Wissenschaftsentwicklung seit Fleck und Kuhn und dem Finalisierungskonzept usw. befaßt hat, weiß um die letztliche Unentscheidbarkeit bzw. Unsicherheit in dieser Frage. Daß sich so etwas wie eine Eigenlogik in diesem Fortschreiten (von Fortschritt der Wissenschaft will ich Bultmann zuliebe hier nicht sprechen) herausgebildet hat bzw. im nachhinein rekonstruktiv sichtbar zu machen ist, wird jedoch allgemein anerkannt. Um wieder pro domo zu sprechen, also in bezug auf das von mir vorgelegte Konzept, so

gehe ich davon aus, daß die Entwicklung der Wissenschaft von eigenen kognitiven Parametern gekennzeichnet ist. Es wäre jedoch völlig unangemessen anzunehmen, daß sich die Wissenschaft nur in diesem Rahmen bewege. Man kann sogar, auch wenn man mit nur wenig Wissenschaftstheorie im Rücken argumentiert, sagen, daß sich überall die Wissenschaft trotz oft eminenten äußerer Gegenwirkungen und diametraler Einflußfaktoren letztlich doch nach einem erkennbaren kognitiven Muster gestaltet. Darauf beruht beispielsweise das Mertonsche Programm, die gesellschaftlichen Umfelder so zu gestalten, daß sich diese Muster entsprechend auslegen können; also die Frage zu stellen, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muß, damit sich die Wissenschaft optimal entfalten kann.

Wenn eine bestehende Gesellschaft über ein hohes technologisches Potential verfügt, dem sie wirtschaftliche Prosperität, vor allem aber eine Menge an Kultur und Bildung und damit an Zivilisationswerten verdankt, dann wäre es im höchsten Maße irrational, wenn sie nicht behutsam mit diesem Potential umgehen würde. Diese Vorsorge und das Erkunden des empfindlichen Bedingungsrahmens für ein funktionierendes Wissenschafts- und Technologiesystem haben also zunächst nichts mit technologischem Determinismus zu tun, sondern sind nichts weiter als das Wahrnehmen einer gesellschaftlichen Sorgfaltspflicht – und mithin eine politische Aufgabe, die man von der herrschenden Wissenschaftspolitik erwarten und einfordern muß. Und das träfe auch auf eine von Sozialisten oder linken Reformern in einem kapitalistischen Staate realisierte Wissenschaftspolitik voll und ganz zu!

Dabei ist es völlig einsichtig, daß die Gesellschaft neue Ergebnisse aus Wissenschaft und Technik erwartet, ja in bestimmten Bereichen auf den Zustrom neuer Forschungsergebnisse angewiesen ist. Hat sie doch seit mindestens 250 Jahren – wenn ich mal den Blitzableiter herausgreife, der irgendwie am Anfang der gesellschaftlichen Nutzung der Naturwissenschaften stand – aus den Erfindungen von Wissenschaft und Technik auch bestimmte Verhaltensweisen entnommen, die sich bald zu dominierenden, ja strukturierenden sozialen Faktoren entfalteten; man denke nur an die Auto- und Fernsehkultur. Egal nun, ob man das positiv sieht oder nicht, wie Torsten Bultmann, der das Angewiesensein der Gesellschaft auf Wissenschaft und Technik als eine »grauenhafte Vorstellung« (S. 36) empfindet. Nun ja, es mag sein, daß wir inzwischen zuviel von diesem technikfolgenden Verhalten haben, aber an dem Sachverhalt ändert sich überhaupt nichts, wenn man ihn als grauenhaft reflektiert. Aber kann man aus dieser subjektiven Wertung eines Sachverhalts heraus den Autoren des Papiers den Vorwurf machen, sie würden »aus einem politisch gestaltbaren gesellschaftlichen Verhältnis eine Art naturwissenschaftlich-technische Determination« machen, um dann den metaphysischen Satz anzuhängen, der offensichtlich die neue Einsicht ausdrücken soll, wonach eine Gesellschaft nur in dem Grade frei sein kann, »wie sie sich von einer so verstandenen Wissenschaft emanzipiert« (S. 36/37)? Mit dem Verweis auf die Befreiung der Gesellschaft von irgendeinem Wissenschaftsaberglauben, den ich allerdings

weder bei Hubert Laitko noch in dem genannten Papier wiederfinden, kann ich schlechterdings nichts anfangen.

Und in Schutz nehmen muß ich Hubert Laitko von der ihm geradezu Dummlichkeit unterstellenden Behauptung Bultmanns, daß die Autoren von einer »kriterienlosen ... Expansion des Wissenschaftssystems ad infinitum« (S. 37) ausgehen würden. Hier überspannt Bultmann den Bogen der subjektiven Verortung der Autoren in unangemessener Weise. Ich ärgere mich immer darüber, wenn linke Autoren anderen linken Autoren derartige oder ähnliche Unsachlichkeiten an den Kopf werfen, und frage mich, wem damit eigentlich gedient ist. Daß es einen solchen Zustrom von Erkenntnissen aus Wissenschaft und Technik gibt, ist doch unbestreitbar, und auch, daß moderne Gesellschaften bereits auf einen solchen Zustrom angewiesen sind. Die Frage ist, wie man damit umzugehen hat, d.h. wie sich die Wirtschaft darauf einstellt und es versteht, solche Möglichkeiten innovativ zu nutzen, Arbeitsplätze zu schaffen etc. Und damit sind wir, ob wir es wollen oder nicht, in der hautnahen Realität, und alles egalitäre Gerede hat keinen Sinn, wenn es das einfachste Egalitäre, nämlich das Bewahren der Arbeitskultur hiezulande, nicht gewährleistet.

Alternative Wissenschaftspolitik darf sich nicht nur schönen Thesen verpflichtet fühlen, sondern sie muß stets die soziale Funktionalität der wissenschaftlich-technisch strukturierten Lebenswelt im Auge behalten. Und hier gibt es tatsächlich linke Prioritäten – Arbeitsplatzsicherung und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Innovationsbereich gehören dazu; ein die Entwicklungswelt fördernder Transfer, Reduktion der Rüstungstechnik und Schaffung alternativer Produktionen in den entsprechenden Betrieben (auch ein Arbeitsplatzproblem), ökologische Bilanzen, Einhaltung internationaler ökologischer Verpflichtungen etc. – all das und manches dazu betreffen den Bereich der sozialpolitischen Umsetzung des Zustroms von Wissenschaft und Technik in die Gesellschaft. Wenn sich die Gesellschaft davon emanzipiert – was das auch immer heißen kann –, wird sie vielleicht frei, aber irgendwie dann auch frei von Arbeitsplätzen im Bereich der technologischen Innovationen.

Insofern ist linke Wissenschaftspolitik ein verantwortungsvolles Geschäft. Die Autoren, denen Bultmann gar die »Abschaffung des Politischen« vorwirft, versuchen gerade, die Durchsetzung neuer politischer Prioritäten plausibel zu machen! Bei Laitko und in dem PDS-Papier ist zu lesen, daß Wissenschaftspolitik gegen alle Verhältnisse gerichtet sein müsse, »unter denen wissenschaftliche Erkenntnis und wissenschaftliche Arbeit zu menschenfeindlichen Zwecken mißbraucht werden, den vitalen Bedürfnissen der Gesellschaft fernstehen oder zur maßlosen Bereicherung privilegierter Schichten auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit dienen« (Laitko, S.1). Das muß doch auch Bultmann richtig finden; und ich bin ratlos, wenn ich Bultmanns Vorwurf lese, daß solche und vergleichbare Darlegungen »vollständig einer traditionellen patriarchalisch-technokratischen Wissenschaftsauffassung verhaftet« seien (S. 34). Andere Passagen in Laitkos Papier, die auf die kapitalistischen Verwertungsmechanismen von Wissenschaft zielen und keine Selbst-

unterwerfung, hingegen klare kritische Positionen zur herrschenden Wissenschaftspolitik auf den Begriff bringen, erspare ich mir hier; sie sind leicht nachzulesen und auch in das PDS-Papier übernommen worden.

Was allerdings nicht zu übersehen ist: Beide Papiere analysieren die Potentiale der BRD-Wissenschaft und bringen sie in Relation zu ihrer Leistungsfähigkeit. Aber diese Leistungsfähigkeit wird an keiner Stelle dieses Papiers als Ausdruck der Stärke dieses Systems, dieses Landes, gar als Zeichen einer nationalen Verantwortungsgemeinschaft zwischen Kapital und PDS dargelegt, wie man, gar nicht einmal böswillig, Bultmanns Vorwürfe zusammenfassen kann, sondern stets gewendet auf die Zurverfügungstellung der darin liegenden Ressourcen für das Wohl der Menschen, die das ja alles bewerkstelligen. Daß sich diese Analyse auch auf wissenschaftstheoretische Hypothesen aufsetzt und den Vorteil von Elitenbildungen anspricht, gehört sicher nicht in ein Wissenschaftspapier einer solchen Provenienz. Allein: Das rechtfertigt nicht die scharfe Abkanzlung. Laitkos Papier und die PDS-Grundsätze sind ersichtlich nicht auf ein Besserwissen gerichtet, sondern auf das Sichtbarmachen der sozialen Aufgabe Wissenschaft hierzulande.

Und worin besteht der rationelle Kern der Bultmannschen Kritik? Die Interpretation der These von der Produktivkraft Wissenschaft in ihrer fortschrittsdeterminierenden Rolle ist in der Tat ein Erbübel der in der DDR verbreiteten Charakteristik des Verhältnisses von wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt. Wir aus der marxistischen Tradition sind mitunter Gefangene der gelegentlich von Marx vorgebrachten Sentenz von der Entwicklung der Produktivkräfte als naturgeschichtlichem Prozeß. Wenn man diesen Satz ganz wörtlich nimmt (und nicht mehr die Marxschen Sätze im Gedächtnis hat, wonach nur der handelnde Mensch Geschichte macht), dann wird die Gesellschaft in die paternalistische Obhut durch Wissenschaft und Technik genommen, nicht aber das umgekehrte Verhältnis eingefordert, nämlich die Wissenschaft nach Maßstäben gesellschaftlicher Verantwortungen und Bedürfnisse zu leiten. Linke Politik darf nie übersehen, daß alles, was in Gesellschaften geschieht, das Ergebnis des menschlichen Umgangs mit den Dingen und Prozessen ist – was nicht durch eine Betrachtungsweise ersetzt werden darf, wonach alles nur ein kluges, aber eben nur sachzwangfolgendes Reagieren ist.

Daß der Realsozialismus in seinen letzten Jahren zu guten Teilen einem solchen technologischen Determinismus verfallen war, ist bekannt. Doch wenn man die Eigenlogik wissenschaftsgetragener Technologien akzeptiert, dann ist man nur dann in ein von der Theorie suggeriertes Abhängigkeitsverhältnis geraten, wenn man all das vergißt, was bei Marx schon recht früh eine große Rolle spielte – nämlich die Industrie nicht nur in einer »äußern Nützlichkeitsbeziehung« zu sehen, sondern »in ihrem Zusammenhang mit dem Wesen des Menschen«⁷. Die Industrie hat eminent praktisch – so Marx weiter – »in das menschliche Leben eingegriffen, dieses umgestaltet und die menschliche Emanzipation vorbereitet«, wie sie zugleich »unmittelbar die Entmenschung vervollständigen

7 K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: MEW, Ergänzungsband. Erster Teil, Berlin 1968.

8 Ebenda, S. 543.

mußte«. In der Industrie haben wir, so Marx, die vergegenständlichten menschlichen Wesenskräfte »unter der Form der Entfremdung ... vor uns«^{8!}

Doch hat sich Marx mit dieser Entmenschung – ein anderer Ausdruck für Entfremdung in dieser Schrift – etwa abgefunden? Seine ganze Theorie zielt auf die Überwindung dieser Entfremdung! Das kann ja nun für den Marxisten, vor allem den geschichtsgebeutelten, nichts anderes heißen, als sich eben nicht einem Naturprozeß der Produktivkraftentwicklung anzupassen! Die Wege zu dieser Überwindung freilich schreibt jeder Abschnitt der Geschichte neu; und Marxens Empfehlung von damals, daß allein die Abschaffung des privaten kapitalistischen Eigentums diese menschlichen Wesenskräfte von den Zwängen der Entfremdung befreien und auf diesem Wege mit der Entmenschung Schluß machen werde, hat heute einen anderen Kontext.

Auch hier begegnet uns das oben bereits bezeichnete Problem, daß wissenschaftspolitische Alternativen, linke zumal, einer tragfähigen Gesellschaftstheorie bedürfen, die sich in Marxens Denkwelt auskennen muß, diese aber nicht einfach nur zu rekonstruieren hat. So, wie Adam Smith die Idee von der wertschaffenden Natur der Arbeit hatte, ihr aber eine gänzlich privatkapitalistische Perspektive entnahm und durch Hegels Diktum von der Selbsterzeugung des Menschen, die als Vergegenständlichung und Entgegenständlichung ein Resultat seines tätigen Verhaltens sei, überwunden wurde, so hat Marx Hegels Auffassung, daß die Herausformung der menschlichen Gattungskräfte nur im entfremdeten Zustand überhaupt möglich sei, durch die These von der Aufhebung der Entfremdung als Grundlage menschlicher Emanzipation weitergeführt. Heute sucht die marxistische Bewegung nach dem nächsten Erkenntnissschritt, hat sich doch der Marxsche Weg zur Aufhebung von Entfremdung als dornenreich und neue Entfremdungen schaffend erwiesen.

Rein problemlogisch betrachtet könnte man nun nach neuen Formen der Aufhebung von Entfremdung suchen oder aber das Problem von Anfang an neu stellen, d.h. nicht im Werdeprozeß der Wesenskräfte in der Arbeit und ihrem historischen Schicksal den Schlüssel für die Befreiung der Menschheit suchen, sondern im Umgang mit den Früchten der Arbeit, die heute weniger als früher auf dem Modell des Arbeitsprozesses wachsen, das man in der Geschichte des gesellschaftstheoretischen Denkens früher einfach zugrundelegen mußte. Doch das ist, zitieren wir Fontane, »ein weites Feld« künftiger Anstrengung des (marxistischen?!) Begriffs.

Damit sind wir wieder bei der Frage nach der Notwendigkeit einer gesellschaftstheoretischen Fundierung alternativer sozialistischer oder linker Politik angelangt. Denn allein über eine solche Gesellschaftstheorie könne sich – so wird nicht selten argumentiert – das »Alternative«, was man konzeptionell abstrebt, bestimmen lassen. Sonst hieße »alternativ« nichts anderes, als etwas – eben die Wissenschaftspolitik – »anders« zu machen, als es die herrschende Wissenschaftsadministration bereits tut. Das Gegenargument ist auf den ersten Blick schwach, denn es verweist nur auf die schiere Unmöglichkeit, eine solche gesellschaftliche Alternative zur ver-

fassungsdemokratischen marktwirtschaftlichen kapitalistischen Gesellschaft von heute auf morgen aus der Tasche zu ziehen. Aber die Linken sollten sich um alles in der Welt nicht darauf einlassen, erst dann konzeptionell in die aktuellen Debatten einzugreifen, wenn sie sich gesellschaftstheoretisch entsprechend neu gerüstet haben. Das würde bedeuten, sich zunächst aus allem auszuklinken – und das kann man sich nicht leisten, wenn man politische Ansprüche stellt.

Doch das soll keinem Theorienihilismus Vorschub leisten! Denkangebote zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft gibt es genügend! Und wenn auch der ganze sozialphilosophische Rahmen des Marxismus-Leninismus zerbrochen scheint, so wäre es geradezu fatal, würden sich die marxistischen Theoretiker auch von den punktuellen Ansätzen verabschieden, die in der marxistischen Theorie solide gewachsen sind und auch heutzutage im gesellschaftstheoretischen Konzert mitzuspielen vermögen – ich meine hier vor allem das Konzept der Produktivkrafttheorie, das eben gerade deshalb, weil es den Wirkungsrahmen der Produktionsverhältnisse einbezieht, vom modernisierungstheoretischen Konzept nicht nur grundlegend verschieden ist, sondern mit diesem auch keinen Vergleich zu scheuen braucht.

Was die Produktivkrafttheorie nämlich leistet – auch wenn ihr dieser Aspekt in früheren Diskussionen nicht selten kuptert worden war –, das ist eben die unbedingte Beachtung des jeweiligen sozialen Bodens, der für die Produktivkräfte selbst strukturierend wirkt. Von einer Unterordnung aller gesellschaftlichen Belange unter die Dominanz der Produktivkräfte kann im marxistischen Verständnis keine Rede sein. Wir haben in der Vergangenheit nicht selten die »Verwissenschaftlichung der Gesellschaft« zur alleinigen (und zugegeben bewußt vereinfachenden) Maxime für diesen Vorgang erklärt, ohne stets mitzudenken, daß dieser in der genannten Formel ausgedrückte Sachverhalt im Grunde genommen nur denkbar ist unter der Voraussetzung der gleichzeitigen Vergesellschaftung der Wissenschaft. Das heißt ins Wissenschaftspolitische übersetzt, daß man sich eben nicht auf ein Nachschreiben der Tendenzen der modernen Produktivkräfte beschränken darf, denen man dann alles optimal anzupassen hat, sondern daß man vor allem die gesellschaftlichen Anforderungen an diesen Prozeß der Produktivkräfteentwicklung sichtbar machen muß, weil man die (theoretisch zu-gebilligte) Chance hat, die Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft zu formen.

Damit will ich selbstredend der nötigen Theoriedebatte unter den Marxisten zu diesem Thema nicht das Wort abgeschnitten haben; allein der Hinweis darauf, daß linkes alternatives Denken auf Dauer der Theorie nicht entraten kann – ohne daß sie sich erneut an ein theoretisches Gerüst klammern darf – ist unter den gegebenen Bedingungen wichtig genug.

Kommen wir abschließend noch zu einem Begriff, der in einer ähnlichen Spannung zwischen »naturgesetzlich« und »handlungsgestaltet« steht und der von der Wissenschaftsforschung unserer Tage genau zu prüfen ist, weil er auf den neuen Trends der Pro-

duktivkräfteentwicklung aufzusitzen scheint – die Globalisierung. Streng betrachtet würde, wenn der Globalisierungsprozeß tatsächlich eine objektive sachzwanghafte Erscheinung wäre, jeder Widerstand gegen ihn sinnlos sein, weil ohne Erfolgsaussichten, oder direkt schädlich, weil man mit einem Gegensteuern auch die eventuellen positiven Erträge, die das Ganze ja durchaus haben könnte, verpaßt. Die Alternative zu dieser Deutung der Globalisierung als naturgesetzlichen Vorgang wäre, daß man die Globalisierung als einen vom internationalen Kapital erstrebten Vorgang betrachtet, der mit allen zur Verfügung stehenden politischen, ökonomischen, informationellen und ideologischen Mitteln durchgesetzt wird.

Schaut man auf beide Versionen, dann könnte man meinen, daß der Unterschied allenfalls ein semantischer sei – die Globalisierung setzt sich durch bzw. wird durchgesetzt. Doch die politische Dimension dieser Unterscheidung ist bedeutend, nicht nur für eine allgemeine Grundlinienentscheidung in der Politik, sondern auch für die Wissenschaftsforschung. Geht man davon aus, daß der Globalismus von Wissenschaft und Technologien getragen wird, also einer unausweichbaren Logik der Produktivkräfteentwicklung entspricht, dann hat man tatsächlich kaum eine andere Möglichkeit (neben der absoluten Verweigerung, die aber in der PDS keine Lobby hat), als diesen Prozeß gedanklich und politisch zu befördern. In marxistischer Terminologie heißt das, man muß der Entwicklung der Produktivkräfte die ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse schaffen – diese wären der Form nach kapitalistisch, dem Inhalte nach – ja was: etwa vernünftig? Eine für linkes politisches Traditionsbewußtsein gewiß problematische Schlußfolgerung. Aber: Sie ist aus den Analysen der weltweiten Vernetzung der kommunikativen, produktiven und reproduktiven Strukturen, auf denen die Informationsgesellschaft aufbaut und denen sie ihren Namen verdankt, durchaus zu ziehen!

Man könnte sich in einen Kompromiß flüchten und annehmen, daß der Globalismus beides ist, naturhistorischer Prozeß und politische Strategie des Kapitals zugleich. Ziehen wir dann den Hut vor soviel Übereinstimmung des Kapitalismus mit den Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte? Das ist eine schwierige Frage, obwohl sie zunächst einfach abzublocken ist mit dem Hinweis, daß ein Prozeß mit gleichsam naturgeschichtlicher Logik stets nur in zweiter Hinsicht auch Strategie sein kann – prozeßfolgende nämlich. Also: Dann wäre es kein »Sowohl-als-auch«, sondern Naturgesetz, dem das kluge Kapital jedoch kompromißlos folgt.

Beim zweiten Hinsehen allerdings mahnt uns die marxistische Theorie, daß die Entwicklung von Produktivkräften nicht unabhängig von den gegebenen Produktionsverhältnissen gesehen werden dürfe. Zwar bringen die Produktionsverhältnisse keine technologischen Neuerungen aus sich heraus zustande – sie saugen solche aus der Logik der Produktivkräfte hervorgebrachten Neuerungen aber begierig auf, wenn sie profitabel umzusetzen sind. Insofern bilden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse Geburtshelfer und Applikationsdruck zugleich für neue Erkenntnisse und Technologien, aber auch – ebenso im ABC des Marxismus nachzulesen –

für die stets kursierenden Destruktivkräfte, die derselben Logik entstammen.

Insofern ist es seit jeher marxistischer Kapitalismuskritik eigen, die destruktiven Tendenzen des Kapitals aufzudecken und zu bekämpfen. Über die Tatsache, daß sich in der Globalisierung auch derartige destruktive Tendenzen durchsetzen werden, wenn sie im Kapitalinteresse liegen, kommt man zu der gewiß überraschenden Einsicht, daß die in der medialen Propagandawelt angezielte Globalisierung die Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung im Sinne kapitalistischer Produktionsverhältnisse umreißt, jedoch niemals einen gesellschaftsneutralen Vorgang meint!

Was auf uns zukommt, ist also keine kapitalfern nur der Logik der Technologien folgende Gesellschaftsneuerung, sondern ist ganz abbildlich das, was aus der Gesellschaft wird, wenn die kapitalistische Verfügungsgewalt über die sozialprägenden Faktoren der Technologien ungehemmt ist und keine politisch-alternativen und nationalen Bremspotentiale mehr auszumachen sind. Das ist allerdings ein düsteres Bild der Globalisierung; ein naheliegendes ist es allemal. Das alles deutet darauf hin, daß Globalisierung kein Naturereignis ist, sondern eine die Potentiale der modernen Produktivkräfte zielstrebig nutzende und auf die Gegebenheiten der kapitalistischen Produktionsweise projizierende gesellschaftliche Strategie.

Doch jetzt taucht die entscheidende Frage auf: Wenn das so ist, daß man Potentiale der modernen Produktivkräfte zielstrebig in den Dienst der Gesellschaft – also auch des emanzipatorischen Anliegens der Linken – stellen kann, dann ist auch ein alternativer Globalismus möglich! Bislang jedoch fehlen – so wie ich das sehe – hierfür die nötigen Denkansätze, denn auch im Programm der Zivilgesellschaft Antonio Gramscis spielt eine solche technologieunterbaute sozialistische Globalisierung keine Rolle. Insofern aber scheint sich der Disput um die Globalisierung nicht zu einer Kontroverse zwischen Zustimmung oder Ablehnung zuzuspitzen, sondern es geht um die sozialen Wertmaßstäbe, mit denen man das Ganze in den Griff zu bekommen versucht, um es in ein menschliches Gehäuse zu bringen und der Entmenschung vorzubeugen. Damit ist nicht nur eine linke alternative Wissenschaftspolitik angesagt, sondern, eigentlich viel grundlegender, eine linke alternative Gesellschaftspolitik, die sich nicht allein auf das nationale Umsteuern konzentriert, sondern diese globale Perspektive moderner Gesellschaften voll in den Blick nimmt!

Doch unabhängig von diesem perspektivischen Problem im eigenen Selbstverständnis: Linke Programme zu Wissenschaft und Technik müssen neue Wege erkennbar machen, neue Entwicklungen entwerfen und vielleicht schon einleiten. Utopisch sind sie allein deshalb nicht, weil sie solche Entwicklungen als reale Chance umreißen, ja belegen können, auch, wenn dabei noch so manche Nuß zu knacken ist.

»Ave, communisme, Morituri te salutant!« Nikolai Bucharins »Letztes Wort«

Vor 60 Jahren – vom 2. bis 12. März 1938 – fand in Moskau vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR der Schauprozess gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten« statt. Es war der dritte jener drei großen Schauprozesse der Jahre 1936/38, mit denen Stalin sein auf Terror gegründetes System der Alleinherrschaft in der Sowjetunion äußerst wirkungsvoll zementierte. In allen drei saßen prominente Mitbegründer und führende Funktionäre der kommunistischen Partei und der Komintern auf der Anklagebank: beim ersten Prozeß im August 1936 G. Sinowjew, L. Kamenew und andere; beim zweiten im Januar 1937 G. Pjatakow, G. Sokolnikow, L. Serebrjakow, K. Radek und andere; beim dritten im März 1938 schließlich N. Bucharin, A. Rykow und andere.

Erst in den Jahren seit 1989 ist es möglich geworden, in jene Berge von Akten Einsicht zu nehmen, die das ganze Instrumentarium dieser für die weitere Entwicklung des Sozialismus so verheerenden Schauprozesse enthüllen. UTOPIE kreativ hat sich an der Publikation entsprechender neuer Forschungsergebnisse mehrfach beteiligt: unter anderem mit Arbeiten von Wladislaw Hedeler in Heft 76 (Februar 1997) und Heft 81/82 (August 1997) und von Alexander Watlin im gleichen Heft 81/82.¹

Das im folgenden erstmals in dieser Form in deutscher Sprache publizierte Dokument gewährt – trotz alles bereits Erkannten – noch einmal eine neue Dimension der Einsicht in den Mechanismus der Schauprozesse. Denn es handelt sich um das »Letzte Wort« des Hauptangeklagten des dritten Schauprozesses, Nikolai Bucharin – und die Art, wie in dieses »Letzte Wort« von verschiedener Seite eingegriffen und wie es dann mit Verfälschungen veröffentlicht wurde, ist in sich selbst ein eigenständiges Prozeßkapitel.

Um diesen Vorgang eines vielfältigen Eingreifens und Verfälschens in den ursprünglichen Text komplex nachlesbar machen zu können, haben wir uns zu einer Satztechnik entschließen müssen, die dem Leser über die ohnehin nicht geringen Mühen mit der bedrückenden Problematik hinaus noch erhebliche zusätzliche Anstrengungen abverlangt. Dafür bitten wir um Verständnis.

Erarbeitet hat unsere Druckfassung der Historiker Wladislaw Hedeler, der seit vielen Jahren eng mit der Materie der Schauprozesse vertraut ist. Was lag ihm bereits gedruckt vor, wo hat er Zusätze vorgenommen bzw. sich zu Anmerkungen veranlaßt gesehen?

Zunächst: Eine Originalfassung des »Letzten Wortes« ist auch heute nicht verfügbar. Verfügbar sind: (1) die Fassung des »Letzten

Wortes« im bereits im März 1938 veröffentlichten offiziellen Prozeßbericht²; (2) ein davon abweichendes Stenogramm des »Letzten Wortes«, das aber ebenso wie der offizielle Bericht von den Mitgliedern des Militärkollegiums, vom Staatlichen Ankläger Wyshinski und von Stalin selbst »redigiert« wurde; (3) ein von all dem abweichender, im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation aufbewahrter, von Bucharin angefertigter handschriftlicher Entwurf des »Letzten Wortes«. Diese drei Texte hat Hedeler in eine Beziehung zueinander gebracht. Zu berücksichtigen hatte er dabei aber außerdem, daß die offizielle deutsche Übersetzung des Prozeßberichtes von 1938 Abweichungen gegenüber der offiziellen russischsprachigen Fassung des Prozeßberichtes aufweist (wobei beide Fassungen vom Volkskommissariat der Justiz der UdSSR autorisiert worden sind).

Zur weiteren Erläuterung des Verhältnisses der drei Texte (1), (2) und (3) zueinander nutzte Hedeler eine Veröffentlichung in »Istotschnik« Nr. 4, 1996 und Materialien aus seinem eigenen Archiv. All dies ist in unserer Druckfassung durch Fußnoten ausgewiesen – so, wie auch jede einzelne Änderung im Satz durch Fußnote erklärt ist.

Zu lesen sind also auf den folgenden Seiten:

a) in normalem Satz der Text des »Letzten Wortes«, wie er im offiziellen deutschsprachigen Prozeßbericht von 1938 (1) veröffentlicht wurde;

b) in Fettsatz und in Kursivsatz der Text von Passagen, die sich von diesem offiziellen Prozeßbericht in dieser oder jener Weise unterscheiden – und also aus (2) oder (3) stammen, was im einzelnen durch Fußnoten erläutert wird;

c) in den Fußnoten die Erläuterungen zur Begründung der Wahl eines anderen Schriftsatzes sowie der Herbeiziehung weiterer Hilfsmittel.

Das Verfahren ist zwangsläufig kompliziert. Aber es ist unumgänglich. Denn das Ganze fügt sich zu einem so noch nicht gezeigten Dokument der Schauprozesse – und der sich anschließenden jahrzehntelangen Manipulation der Öffentlichkeit.

DIE REDAKTION

BUCHARIN: Bürger Vorsitzender und Bürger Richter³, gestatten Sie mir mein letztes Wort aus Anlaß und im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit vorzutragen, über deren tatsächlichen Inhalt ich bereits während der Voruntersuchung und auf dem Prozeß ausgesagt habe und auf die wichtigsten Anklagepunkte einzugehen, die vom Staatsanwalt gegen mich vorgebracht worden sind.⁴

I(i)ch bin mit dem Bürger Staatsanwalt vollständig einverstanden bezüglich der historischen⁵ Bedeutung des Prozesses, auf dem unsere ruchlosen⁶ Verbrechen aufgedeckt wurden, die der »Block der Rechten und Trotzisten« verübte, einer dessen Führer ich war und für dessen ganze Tätigkeit ich die Verantwortung trage.

Dieser Prozeß, der in der Serie der anderen Prozesse den Abschluß bildet, deckt alle Verbrechen, deckt die verräterische Tätigkeit auf, den historischen Sinn und die Wurzel unseres Kampfes gegen die Partei und die Sowjetregierung.⁷

Ich sitze schon mehr als ein Jahr im Gefängnis⁸ und weiß deswegen nicht, was in der Welt vorgeht, aber aus den zufälligen Bruchstücken der Wirklichkeit, *die manchmal bis zu mir gelangen, sehe, fühle und verstehe ich, daß die Interessen, die wir so verbrecherisch verraten haben, in eine neue Phase ihrer gigantischen Entwicklung eintreten, jetzt bereits in die internationale Arena hinaustreten, als größter Machtfaktor der internationalen proletarischen Phase.*⁹

Wir Angeklagten *sitzen* auf der anderen Seite der *Barriere*, und diese Barriere trennt uns von Ihnen, Bürger Richter¹⁰. **Das ist ein Symbol der Front in diesem großen Kampf und!** Wir fanden uns in den verfluchten Reihen der Konterrevolution, wir waren Verräter an der sozialistischen Heimat geworden.

Gleich zu Anfang des Prozesses antwortete ich bejahend auf die Frage des Bürger Vorsitzenden, ob ich mich schuldig bekenne.¹² **Ich habe mich auch während der Gespräche während der Voruntersuchung schuldig bekannt.**

Auf die mir vom Bürger Vorsitzenden gestellte Frage, ob ich die von mir gemachten Aussagen bestätige, antwortete ich, daß ich sie voll und ganz bestätige.

Als ich am Ende der *Voruntersuchung* zum Verhör zum Staatlichen Ankläger gerufen wurde, der das gesamte Material der *Voruntersuchung* kontrollierte, da resümierte er diese Gesamtheit auf folgende Weise (Band 5, Seite 114, vom 1. 12. 1937)¹³:

»Frage: Waren Sie Mitglied des Zentrums der konterrevolutionären Organisation der Rechten? Ich antwortete: Ja ich gebe das zu.

Zweite Frage: Gestehen Sie, daß das Zentrum der *sowjetfeindlichen Organisation*, dessen Mitglied Sie sind, eine konterrevolutionäre Tätigkeit betrieb und sich den gewaltsamen Sturz der Parteiführung und der Regierung zum Ziel gesetzt hat? Ich antwortete: Ja, ich gestehe das.

Dritte Frage: Gestehen Sie, daß dieses Zentrum eine terroristische Tätigkeit betrieb, Kulakenaufstände organisiert und weißgardistische Kulakenaufstände gegen die Mitglieder des Politbüros, gegen die Führung der Partei und der Sowjetmacht vorbereitet hat? Ich antwortete: Das ist richtig.¹⁴

Vierte Frage: Bekennen Sie sich der verräterischen Tätigkeit schuldig, die sich in der Vorbereitung einer Verschwörung mit dem Ziele eines Staatsumsturzes ausdrückte? Ich antwortete: Auch das ist wahr.«

Folgende Frage: Bekennen Sie sich der Organisation von Kulakenaufständen gegen die Führung der Partei und der Sowjetregierung schuldig? Gehören Sie der antisowjetischen Untergrundorganisation der Rechten an? Ich antwortete: Ich bekenne mich in allen diesen Punkten der Anklage schuldig.

Am 10. Januar 1938 verhörte mich der Bürger Staatsanwalt über den Tod von A. M. Gorki. Ich machte dazu Aussagen. Schließlich, am 20. Februar, unmittelbar einige Tage vor Prozeßbeginn, verhörte mich der Bürger Staatsanwalt zum »*linken Kommunismus*«, organisierte fünf Gegenüberstellungen¹⁵ und warf erneut die Frage nach der Ermordung A. M. Gorkis auf. Im Verhör vom 10. 1. erhob der Bürger Staatsanwalt gegen mich keine juristisch formulierte Anklage.¹⁶

M. P. Tomski (1880-1936)
1934-36 Kandidat des ZK,
Leiter des Staatsverlages,
beging nach der Veröffentlichung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen Selbstmord.

G. F. Grinko (1890-1938)
Volkskommissar für Finanzen, verhaftet am 17. August 1937, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

W. F. Scharangowitsch, auf dem 17. Parteitag als Mitglied der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU(B) gewählt, 1. Sekretär des ZK der KP Belorußlands, verhaftet am 29. Juni 1937, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

W. A. Maximow-Dikowski (1900-1938) verhaftet am 11. Dezember 1937, Mitarbeiter im Volkskommissariat für Verkehrswege, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

D. D. Pletnjow (1872-1941) Arzt, im 3. Moskauer Schauprozeß zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, 1941 hingerichtet.

I. N. Kasakow (1891-1938) Arzt, verhaftet am 13. Dezember 1937, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

Ch. Rakowski (1873-1941) Vorsitzender des Gesamtrossischen Roten Kreuzes, verhaftet am 27. Januar 1937, im 3. Moskauer Schauprozeß zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, 1941 hingerichtet.

I. A. Selenski (1890-1938) Vorsitzender der Leitung des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften

Vor Gericht bekannte und bekenne ich mich der Verbrechen schuldig, die ich begangen habe und die mir vom Bürger Staatlichen Ankläger am Ende der gerichtlichen Untersuchung und auf Grund des dem Staatsanwalt vorliegenden Untersuchungsmaterials zur Last gelegt wurden. Vor Gericht erklärte ich auch und unterstreiche und wiederhole es jetzt, daß ich mich politisch für die Gesamtheit der vom »Block der Rechten und Trotzlisten« verübten Verbrechen **auch für jene, von denen ich nicht wußte und von denen ich nicht die geringste Vorstellung hatte**, schuldig bekenne.

Ich bekenne mich sogar schuldig für jene Verbrechen, deren mich der Bürger Staatlicher Ankläger in Anwendung der Strafprozeßordnung beschuldigte, d.h. jener Artikel im Hinblick auf die ich meine im engeren Sinne juristische Schuld zugebe.¹⁷ Ich unterliege dem strengsten Strafmaß, und ich bin mit dem Bürger Staatsanwalt einverstanden, der einige Male wiederholte, daß ich an der Schwelle meiner Todesstunde stehe.

*Nichtsdestoweniger halte ich mich für berechtigt, einige Anklagen zu bestreiten, die auftauchten:*¹⁸ a) in der gedruckten Anklageschrift, b) während der Untersuchung vor Gericht, c) in der Anklagerede des Bürgers Staatsanwalt der UdSSR.

Ich halte es für notwendig, daran zu erinnern, daß während meines Verhörs durch den Bürger Staatlichen Ankläger letzterer in äußerst kategorischer Form erklärt hat, *daß ich als Angeklagter*¹⁹ nicht mehr auf mich nehmen soll als ich auf mich genommen habe, daß ich nicht Tatsachen ausdenken soll, die nicht stattgefunden haben, und daß er die Eintragung dieser **seiner Rede**, seiner Erklärung ins Protokoll verlangt hat.

Mein letztes Wort vor Gericht wird wahrscheinlich mein letztes Wort überhaupt sein, aber ich halte es nicht, um mehrmalige Behauptungen und Schlußfolgerungen des Bürgers Staatsanwalt zu bestreiten, nicht um mein Strafmaß zu mildern. Es ist nicht eine Frage meines persönlichen Schicksals.²⁰

Ich wiederhole noch einmal, ich bekenne mich schuldig des Verrats an der sozialistischen Heimat, des schwersten Verbrechens, das überhaupt möglich ist, der Organisierung von Kulakenaufständen, der Vorbereitung terroristischer Akte, der Zugehörigkeit zu einer illegalen sowjetfeindlichen Organisation. Weiter bekenne ich mich der Vorbereitung zu einer Verschwörung, zu der »Palastrevolution«, der **Vorbereitung eines Staatsstreichs**²¹ schuldig. Daraus ergibt sich übrigens auch die Unrichtigkeit aller jener Seiten der Anklagerede des Bürgers Staatlichen Anklägers, wo er die Sache so darstellt, daß ich die Pose eines reinen Theoretikers, die Pose eines Philosophen usw. annahm. Das sind Sachen, die von Grund aus praktisch sind. Ich sagte es und wiederhole es jetzt, daß ich ein Führer und nicht ein Weichensteller der konterrevolutionären Sache war. Daraus ergibt sich, wie jedermann versteht, daß ich viele konkrete Dinge auch nicht wissen konnte, daß ich sie wirklich nicht wußte, aber das enthebt mich nicht der Verantwortung.

Ich bekenne mich sowohl in politischer wie in juristischer Hinsicht für die defätistische Orientierung verantwortlich, denn sie herrschte im »Block der Rechten und Trotzlisten« obwohl ich betone:

a) persönlich stand ich nicht auf dieser Position,

b) die Phrase über die Öffnung der Front stammte nicht von mir, sondern war das Echo meines Gesprächs mit Tomski,

c) wenn Rykow zum erstenmal die Phrase von mir gehört hat, so war diese, ich wiederhole es, ein Echo des Gesprächs mit Tomski²².

Die Eröffnung der Front hielt ich für eine dumme antipatriotische Orientierung. Aber ich betrachte mich als verantwortlich für das größte und ungeheuerlichste Verbrechen an der sozialistischen Heimat und am ganzen internationalen Proletariat. Ich betrachte mich ferner sowohl politisch als auch juristisch für die Schädlingstätigkeit verantwortlich, obwohl ich persönlich mich nicht erinnern kann, daß ich Direktiven über die Schädlingstätigkeit gegeben hätte. Nicht davon sprach ich. Ich habe positiv über dieses Thema einmal mit Grinko gesprochen. Ich sprach schon in meinen Aussagen davon, daß ich seinerzeit Radek²³ erklärt habe, daß ich dieses Kampfmittel für wenig zweckmäßig halte²⁴. *Indessen*²⁵ stellt mich der Bürger Staatlicher Ankläger in der Rolle eines Leiters der Schädlingstätigkeit dar.

Jetzt gehe ich zum zweiten Teil meines letzten Wortes über, nämlich zur Begründung der Anklage.

Ich bestreite vor allem die angebliche Tatsache meiner Zugehörigkeit zur Gruppe, die auf der Anklagebank sitzt, da es eine derartige Gruppe als solche nicht gegeben hat und es nicht zutrifft, daß diese angebliche Gruppe die Bezeichnung »Block der Rechten und Troztkisten« trug.²⁶

Der Bürger Staatsanwalt hat in seiner Anklagerede auseinandergesetzt, daß die Mitglieder einer Räuberbande an verschiedenen Stellen rauben können und doch einer für den anderen verantwortlich ist. Das letztere ist gerecht, aber die Mitglieder einer Räuberbande müssen einander kennen, um eine Bande zu sein und miteinander in mehr oder minder enger Verbindung zu stehen. Aber ich sah zum erstenmal in der Anklageschrift den Namen Scharangowitsch und ihn selbst sah ich zum erstenmal vor Gericht. Zum erstenmal erfuhr ich von der Existenz Maximows. Niemals war ich mit Pletnchow bekannt, niemals war ich mit Kasakow bekannt, niemals sprach ich mit Rakowski über konterrevolutionäre Angelegenheiten, niemals sprach ich darüber mit Selenski, niemals im Leben sprach ich mit Bulanow usw. Übrigens hat auch der Staatsanwalt mich nicht mit einem Worte über diese Personen befragt.

Der »Block der Rechten und Troztkisten« ist vor allem ein Block Rechter und Troztkisten. Wie kann dazu überhaupt Lewin²⁷ gehören, der hier vor Gericht ausgesagt hat, daß er auch jetzt noch nicht weiß, was Menschewiki sind? Wie können dazu Pletnchow, Kasakow und andere gehören?

Folglich sind die auf der Anklagebank Sitzenden nicht irgendeine Gruppe, sie sind auf verschiedenen Linien Mitbeteiligte der Verschwörung, aber nicht eine Gruppe im strengen juristischen Sinne dieses Wortes. **Und da das so ist, ist klar, daß diese nicht existierende Gruppe im Unterschied zur Anklageschrift nicht auf Weisung von Geheimdiensten gebildet wurde.²⁸** Alle Angeklagten waren so oder anders mit dem »Block der Rechten und Troztkisten« verbunden, einige auch mit Spionagediensten, und weiter nichts. Aber das gibt keinerlei Grund den Schluß zu ziehen, daß

der UdSSR, verhaftet Anfang August 1937, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

P. P. Bulanow (1895-1938) Sekretär der Sonderberatung des NKWD, verhaftet am 19. März 1937, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

L. G. Lewin (1870-1938) Arzt, verhaftet am 2. Dezember 1937, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

Wyschinski erläuterte unter Hinweis auf Bucharins Verteidigungsstrategie die Weiterentwicklung der sowjetischen Rechtstheorie »Bucharin hatte augenscheinlich gerade die alte juristische Doktrin im Auge, als er in seinem letzten Wort versuchte, gegen die These der Anklage über seine Verantwortlichkeit auch für alle von diesem »Block« begangenen Verbrechen zu polemisieren, an denen er, Bucharin, nicht persönlich und unmittelbar teilgenommen hatte. Bucharin sagte: [Darauf folgt das Zitat von »Der Bürger Staatsanwalt erklärte in seiner Anklagerede, daß die Mitglieder einer Räuberbande auf verschiedenen Stellen plündern können und trotzdem füreinander verantwortlich sind, bis Kasakow und andere gehört-]. Bucharin argumentierte folglich so: 1. die Mitglieder der Bande müssen einander kennen, um eine Bande zu sein; 2. die Mitglieder der Bande müssen in einer mehr oder weniger engen Verbindung miteinander stehen; 3. er, Bucharin, war weder mit Scharangowitsch bekannt noch mit Maximow, mit Pletnew oder Kasakow, 4. er, Bucharin hatte sich niemals über konterrevolu-

tionäre Dinge mit Rakowski, Rosenholz, Selenski, Bulanow unterhalten. Hieraus sollte man den Schluß ziehen, daß hier keinerlei Gruppe vorhanden war, daß hier keine Bande besand. ... Unserer Meinung nach muß ein Teilnehmer einer verbrecherischen Gruppe als für jegliches konkrete Verbrechen verantwortlich betrachtet werden, wenn dieses Verbrechen aus der allgemeinen verbrecherischen Haltung dieser Gruppe hervorgeht oder sich in den Plan einer allgemeinen verbrecherischen Tätigkeit einfügt. ... Man muß die Teilnahme vielmehr im weiteren Sinne des Wortes auffassen, d.h. als Gesamtheit der Handlungen vieler oder einiger Personen, die nicht nur das betreffende verbrecherische Resultat hervorgerufen haben, sondern auch in diesem oder jenem Maße oder Grad, auf direkte oder indirekte Weise, mittelbar oder unmittelbar das Eintreten des verbrecherischen Resultats, das das Endziel der verbrecherischen Tätigkeit ist, vorherbestimmt oder erleichtert haben. Im Fall des rechtstrotzkistischen Blocks haben wir es gerade mit einer solchen Teilnahme im weiteren Sinne dieses Wortes zu tun. Für alle Teilnehmer dieses „Blocks, waren der Sturz der Sowjetmacht und die Machtergreifung durch das rechtstrotzkistische Zentrum das gemeinsame Ziel. ... Der Umstand, daß die einen von ihnen als Mörder, die anderen als Spione, die dritten als Diver santen usw. tätig waren, ändert ihre Lage vom Standpunkt ihrer juristischen Verantwortlichkeit aus nicht. ... Für den Begriff der Teilnahme ist nicht das Vorhandensein eines Kausalzusammenhanges, sondern eines

diese Gruppe den »Block der Rechten und Trotzlisten« darstellt **und das diese Gruppe als Gruppe auf Weisung ausländischer Spionagedienste organisiert wurde.**²⁹

Zweitens: der »Block der Rechten und Trotzlisten«, der wirklich bestand und von den Organen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten zertrümmert wurde, hat sich historisch herausgebildet. Er war wirklich eine Realität, solange ihn die Organe des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten nicht zertrümmerten. Er entstand historisch. Ich hatte ausgesagt, daß ich erst im Jahre 1928, während des VI. Kongresses der Komintern, die ich damals leitete, zum erstenmal mit Kamenew³⁰ gesprochen habe.

Wie kann man behaupten, daß der Block im Auftrage des faschistischen Spionagedienstes organisiert wurde? Und das eben im Jahre 1928! Übrigens wurde ich damals beinahe von einem Agenten der polnischen Defensive getötet, was allen, die der Parteiführung nahestanden, ausgezeichnet bekannt ist.

Drittens bestreite ich kategorisch, daß ich mit ausländischen Spionagediensten verbunden war, daß sie meine Herren waren, und daß ich handelte, indem ich ihren Willen ausführte. **Es wäre törricht, irgendwelche Absprachen mit ausländischen Spionagediensten zu treffen, denn was hätten wir, die Verschwörer letztlich von einer solchen Abmachung? Nur nackte Versprechungen.**³¹ Der Bürger Staatsanwalt versichert, daß ich ebenso wie Rykow einer der bedeutendsten Organisatoren der Spionage war. *Warum findet sich darüber kein Wort in dem Untersuchungsmaterial zu meinem Fall, mit Ausnahme der Aussagen des Provokateurs Iwanow. Warum befragte mich der Bürger Staatsanwalt während des Verhörs nicht zu diesem Punkt? Wie kann man denn, Bürger Staatsanwalt das erst während des Prozesses fragen, wo ich doch länger als ein Jahr im Gefängnis gesessen habe? Offensichtlich deshalb, weil es dafür nicht genug begründetes Material gab.*³²

Was wird mir jetzt vorgehalten? Scharangowitsch, von dessen Existenz ich bis zur Anklageschrift nichts gehört habe. (Was für Beweise gibt es dafür? Die Aussagen Scharangowitschs, von dessen Existenz ich bis zur Anklageschrift nichts gehört habe.)³³

Mir wird ein Kontext von Scharangowitsch vorgehalten, aus welchem hervorgeht, daß ich sogar den Plan der Schädlingarbeit **zur Herstellung von Schulheften in Weißrußland** ausgearbeitet haben soll. **Diese Tatsache, scheint mir, spricht für sich selbst. Scharangowitsch...**³⁴

SCHARANGOWITSCH: Hören Sie auf zu lügen, wenigstens einmal im Leben, **zum Teufel noch mal.**³⁵ Sie lügen auch jetzt noch vor Gericht.

VORSITZENDER: Angeklagter Scharangowitsch, stören Sie nicht.

BUCHARIN: Iwanow. Über seine Aussagen muß ich überhaupt folgendes sagen. Die entsprechenden Personen, die in der Vergangenheit mit der Ochrana verbunden waren, sagen aus, daß sie aus Furcht vor einer Entlarvung beschlossen haben, den Kampf gegen die Sowjetmacht zu führen, und deswegen zu den Rechten gingen, zur illegalen Organisation, die sich auf den Terror orientierte. Aber wo ist da die Logik? Eine ausgezeichnete Logik, aus Furcht vor ei-

ner möglichen Entlarvung in eine terroristische Organisation zu gehen, wo man morgen schon erwischt **und aufgehängt**³⁶ werden kann. **Hinzu kommt, daß Selenski aktiv am Oktoberumsturz teilgenommen hat, und wenn ich mich nicht irre, auch Iwanow. Also haben sie zunächst beide am Oktoberumsturz teilgenommen, um nicht verdächtigt zu werden, und sich dann an der Verschwörung beteiligt, aus Angst, entlarvt zu werden.**³⁷ Man kann sich das schwer vorstellen. Ich wenigstens kann mir das nicht vorstellen. Aber der Bürger Staatsanwalt hat ihnen geglaubt, obwohl all dies offenbar nicht überzeugend klingt. **Wenn es in einer solchen Frage offensichtliche Ungereimtheiten gibt, was kann man dann in allem anderen erwarten, und ist es nicht vielleicht so, daß Iwanow und Scharangowitsch an ihrer alten Taktik festhalten?**³⁸

Chodshajew behauptet, daß ich ihm geraten habe, mit dem englischen Residenten in Verbindung zu treten, und Ikramow sagt, daß ich ihm erklärt hätte, Turkestan stelle einen Leckerbissen für England dar. In Wirklichkeit war die Sache durchaus nicht so. Chodshajew sagte ich, daß man die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten ausnützen muß und ich unterstützte andeutungsweise den Gedanken der Unabhängigkeit Turkestans. Über irgendwelche Residenten fiel kein einziges Wort. **Man muß mich als irgendeinen Trottel hinstellen, um mir alle diese Dinge zuzuschreiben. Ich bin ein Verbrecher, aber noch niemand hielt mich für einen Trottel, der sich dafür einsetzt, verschiedene Teile des Landes an ausländische Staaten zu verhökern. Wofür brauchten wir dann die Macht, die wir an uns reißen wollten, wir die Teilnehmer der Verschwörung des »Blocks der Rechten und Troztkisten« und dazu noch mit derart verbrecherischen Methoden?** Der Bürger Staatlicher Ankläger **erkennt in all dem eine sehr originelle Logik. Er**³⁹ fragte – aber haben Sie Chodshajew gesehen? Ich habe ihn gesehen. War das in Taschkent? Das war in Taschkent. Sprachen Sie mit ihm von Politik? Von Politik. Also haben Sie mit ihm vom Residenten gesprochen. **Das hat doch nichts mit der sogenannten mathematischen Induktion zu tun.** Solche Schlußfolgerungen figurieren **hier**⁴⁰ nicht nur einmal, aber wenn ich gegen **solcher Art** Schlußfolgerungen protestierte, dann beschuldigte mich der Bürger Staatsanwalt, daß ich die Unwahrheit sage, Finten mache, die Wahrheit zu verheimlichen wünsche usw., und er wurde dabei von einer ganzen Reihe meiner Mitangeklagten unterstützt. Aber mir scheint, daß in diesem Fall die wirkliche Logik vollkommen auf meiner Seite ist. Auf der Grundlage dieses **völlig ungenügenden**⁴¹ Materials erklärt der Bürger Staatlicher Ankläger – alle Spionageverbindungen gingen über (den Kanal)⁴² Rykow und Bucharin. Und dabei sagte der Bürger Staatsanwalt, daß hier jedes Wort wichtig sei, **d.h. rief zum überdachten Gebrauch von Worten und Tatsachen auf. Keine einzige Tatsache war in der Rede des Bürgers Staatsanwalt richtig begründet.** (In der Rede des Bürgers Staatsanwalt) **In dieser Rede** gab es Hinweise auf zwei japanische Zeitungen, **(nicht verstanden)**⁴³ aber wo geht aus diesen Mitteilungen hervor, daß gerade von mir und den Rechten die Rede ist?

Zusammenhanges der gegebenen Person mit dem begangenen Verbrechen überhaupt erforderlich.«
A. Wyschinski: Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht. Gekürztes Stenogramm eines Vortrags auf der ersten Unionskonferenz über Fragen der Wissenschaft des Sowjetrechts und des Sowjetstaates am 16. Juli 1938. In: Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie. Berlin 1953, 36. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, S. 102-105.

F. Chodshajew (1896-1938) bis 17. Juni 1937 Mitglied des ZK der KP Usbekistans, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

A. Ikramow (1898-1938) auf dem 17. Parteitag als ZK-Mitglied gewählt, bis September 1937 1. Sekretär der KP Usbekistans, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

G. G. Jagoda (1891-1938) bis zu seiner Verhaftung am 18. 3. 1937 Vorsitzender des NKWD, im 3. Moskauer Schauprozeß zum Tode verurteilt.

A. S. Jenukidse (1877-1937) 1935 Ausschluß aus dem ZK und der KPdSU(B).

Aus keiner dieser Mitteilungen geht hervor, daß gerade von mir oder gar den Rechten die Rede ist. Und wie sollten die Japaner öffentlich Andeutungen auf ihre unverdeckten Agenten machen, wenn die entsprechende Gruppe oder der betreffende Mensch ihr tatsächlicher Agent wäre? Eine seltsame Position. Und wo gibt es, Bürger Staatsanwalt, auch nur eine einzige Tatsache für meine Verbindung mit ausländischen Geheimdiensten? Und wiederum, warum hat der Bürger Staatsanwalt mich dazu nicht beim Abschluß der Voruntersuchung verhört, als er mir Kontrollfragen zum gesamten Material der Voruntersuchung stellte?⁴⁴

Ich bekenne mich jedoch schuldig des ruchlosen Planes der Zerstückelung der UdSSR, denn Trotzki schloß Vereinbarungen über territoriale Abtretungen, und ich stand mit den Trotzkiisten im Block. Das ist Tatsache, und das gestehe ich.

Viertens,⁴⁵ ich bestreite kategorisch die Beteiligung an der Ermordung Kirows, Menshinskis, Kujbyschews, Gorkis und Maxim Peschkows. Kirow wurde nach den Aussagen Jagodas auf Grund eines Beschlusses des »Blocks der Rechten und Trotzkiisten« ermordet. Ich habe das nicht gewußt. **Ryrow sagt vor Gericht aus, daß ich davon nicht wußte. Außerdem verfügt das Gericht über die Aussagen Rykows über meine Aussagen und die Aussagen Jagodas, der sich seinerseits auf die Zeugenaussagen von Jenukidse beruft, den man nicht man nicht mehr verhören kann und die mir nicht bekannt sind, weil sie mir nicht vorgelegt wurden.**⁴⁶ Aber hier kommt dem Bürger Staatsanwalt das zu Hilfe, was den faktischen Inhalt bildet und was er Logik nennt. Er fragt, [*warum sich Bucharin und Rykow abseits halten, und antwortet, daß sie nicht abseits stehen können, weil sie davon wußten*⁴⁷] ob Bucharin und Rykow mit diesem Mord nichts zu tun hatten, weil sie davon gewußt haben. Aber mit einer Sache zu tun haben und von ihr wissen – das ist ein und dasselbe⁴⁸. **Wenn man jedoch zuerst eine Frage stellt und dann die bejahende Antwort umformuliert, kann man zu jeder Schlußfolgerung gelangen. Aber**⁴⁹ Das ist das, was man in der elementaren Logik eine Tautologie nennt, d.h. das für beweisen annehmen, was man beweisen muß. Wie ist es aber wirklich zu erklären? Man kann fragen – aber gestatten Sie, wie erklären Sie Übeltäter denn diese Tatsachen hier, können Sie bestreiten, **daß es sie gegeben hat**, daß es irgendeinen Beschluß irgendeines Teiles mit Wissen Jenukidses und Jagodas gab oder bestreiten Sie auch das? Ich kann das nicht bestreiten, Bürger Richter. Aber wenn ich es nicht bestreiten kann und es gleichzeitig auch nicht behaupten kann, dann kann ich eine gewisse Annahme machen. Sie müssen den konspirativen Charakter der Arbeit im Auge haben, **dank dem sich eine ganze Gruppe von Verbrechern halten konnte**⁵⁰. Das Zentrum hatte keine Sitzungen, man sprach von Fall zu Fall, und bei solchen konspirativen Methoden des Verkehrs und der Verbindungen miteinander war eine solche Sache durchaus möglich.

Ich frage aber noch weiter – warum gibt es in meinem Untersuchungsmaterial nichts dazu, warum hat mich der Bürger Staatsanwalt mit keinem einzigen Wort gefragt, er sah mich

P. P. Krjutschkow (1889-1938) Sekretär von M. Gorki, verhaftet am 19. Dezember 1937, im 3. Moskauer Schauprozess zum Tode verurteilt.

doch zum letzten mal einige Tage vor Prozeßbeginn. Wie kann eine so schwerwiegende Anschuldigung im Laufe einiger Stunden auftauchen, wo doch ihr Gewicht offensichtlich ist.⁵¹

Maxim Peschkow. Jagoda selbst erklärt, daß dies *eine Sache ist*,⁵² (ein Mord ist, der) *die* ihn persönlich angeht. Ich habe keinerlei Recht, in dieses Gebiet einzubrechen. Aber dies ist eine Erklärung Jagodas, unterstützt durch eine solche fundamentale Tatsache wie seine Bitte, diese Frage in die geschlossene Sitzung des Gerichtes zu übertragen, das heißt durch eine genügend wägbare Größe. **Da bei ist vom politischen Gesichtspunkt aus, sogar vom Standpunkt des teuflischen weißen Terrors aus dieser Mord völlig sinnlos, und dennoch beginnt**⁵³ Krjutschkow auszusagen aber sagt, daß dies deswegen getan wurde, um den lebensfrohen Tonus Maxim Gorkis zu schwächen. Und sogar, wenn ich nicht irre, stellte sich auch einer der Bürger Verteidiger auf diesen Standpunkt. Das ist grob eingefädelt. **Das läßt sich nicht geraderücken, das bleibt ungereimt, um so mehr, als**⁵⁴ Gegen eine solche Argumentation steht eine Tatsache von solchem kolossalen Gewicht, wie die persönliche Erklärung Jagodas, die durch die Tatsache der Übertragung dieses Punktes in die geschlossene Verhandlung bekräftigt wird.

Menshinski. Bulanow hat genau ebenso über persönliche Motive ausgesagt. **Die Frage politisch gestellt, wieder unter dem Blickwinkel der verbrecherischen Praxis des weißen Terrors** – Menshinski war schon krank, er konnte dem »Block der Rechten und Trotzlisten« in keiner Weise mehr schaden. **Wenn man sich auf eine solche Angelegenheit eines solchen Zieles wegen einläßt – so ist das absoluter Unsinn, ganz einfach ein Unsinn vom Standpunkt der rationellen Taktik des Verbrechertums.**⁵⁵ Wie kann dies denn als wahrscheinlich gelten?

VORSITZENDER Gen. ULRICH: Jagoda sagt das Gegenteil aus.⁵⁶

BUCHARIN: Ich spreche nicht von Jagoda, sondern von den Aussagen Bulanows, und vor Gericht habe ich laut der Erklärung des Vorsitzenden das Recht, daß zu sagen, was ich für notwendig erachte.⁵⁷

Ich verweile bei den Aussagen Bulanows.⁵⁸

Der schwerste und schrecklichste Fall, das ist der Tod Alexej Maximowitschs. Was habe ich ausgesagt, wie unter welchen Umständen habe ich ausgesagt? Man fragte mich (offensichtlich hatte man schon gewisses Untersuchungsmaterial über diese Sache), ob ich mich nicht an etwas erinnere, was auf die feindliche Einstellung des rechten und trotzkistischen Teiles des Blocks zu Gorki Licht werfen würde. **Ich bin in Gedanken alles durchgegangen, an das ich mich in diesem Zusammenhang erinnern konnte.**⁵⁹ Ich erinnere mich an das Gespräch mit Tomski, von dem ich hier bei Gericht berichtet habe und über das mich der Staatsanwalt befragte. Dieses Gespräch bestand darin, daß Tomski mir flüchtig sagte, daß die Trotzlisten gegen den Stalinisten Gorki **oder etwas in dieser Art**⁶⁰ feindliche Akte vorbereiten. Ich dachte damals im Augenblick durchaus nicht, daß die Rede von irgendeinem Terrorakt sein könne. **Warum kam es mir nicht in den Sinn? Wahrscheinlich deshalb, weil diese Idee selbst mir als teuflisch gegenüber Ale-**

xej Maximowitsch erschienen wäre, der kein Politiker ist, sondern ein Kulturfunktionär, der im Falle der Machtergreifung an die Öffentlichkeit treten könnte usw., auf diesen Gedanken wäre ich nicht gekommen.⁶¹ Ich ließ dies unbedacht. Beim Verhör erinnerte ich mich an das Gespräch mit Tomski. Auf die beharrlichen Fragen des Bürgers Staatsanwalt antwortete ich die ganze Zeit, daß es damals in meinem Bewußtsein keinen Gedanken an irgendeinen Terrorakt gegeben hat. Aber hier vor Gericht sagte ich eine der Fragen des Bürgers Staatsanwalt: »Ich sehe jetzt, daß gerade davon die Rede war.« Da macht der Bürger Staatsanwalt daraus das folgende – er sagt: »Aber was ist das anderes, als ein verschleiertes Geständnis?« Worin besteht denn dieses verschleierte Geständnis? ?« Worin besteht denn dieses Geständnis? Darin, daß ich bei Gericht von einer ganzen Reihe neuer Tatsachen erfuhr, die mir nicht bekannt gewesen waren, und daß ich deswegen retrospektiv auf dieses Gespräch zurückblicken kann, das ich mit Tomski in einer ganz anderen Perspektive hatte? Ich bin der Meinung, daß hier die Argumentation des Bürgers Staatlichen Anklägers nicht als ausreichend betrachtet werden kann **und ich behauptete, daß ich denke, was ich denke, und nicht denke, was ich nicht denke.**⁶²

Das Jahr 1918. Der Bürger Staatsanwalt hat **mit Nachdruck** erklärt, daß ich 1924 genötigt war, ein Geständnis über ein gewisses Gespräch im Smolny zu machen. Ich wurde **von niemandem zu nichts genötigt** nicht genötigt. Auf mich wurde absolut keinerlei Druck ausgeübt. Niemand außer mir ließ darüber auch nur ein Wort fallen, und ich veröffentlichte dieses Beispiel deswegen, um damals, in den Jahren 1923-1924, die ganze Schädlichkeit des Fraktionskampfes und wozu er führt zu zeigen. So daß ich vor allem dieses Mißverständnis beseitigen möchte.

Der Bürger Staatliche Ankläger sagte, daß Bucharin nichts gegen die Aussagen der fünf Zeugen angeführt habe, die hier vor allen, vor den Bürgern Richtern in dieser Sache, vorübergezogen, **defiliert** sind und behaupteten, daß ich die Absicht, den Gedanken, die Idee gehabt und beharrlich gepredigt hätte, Lenin zu verhaften und physisch zu vernichten, wobei zu Lenin noch die Gestalten der zwei anderen hervorragenden Führer der Partei, Stalin und Swerdlow, **hinzugefügt worden sind** hinzukamen. Aber es ist unrichtig, daß ich keinerlei Argumentation vorgebracht habe. Der Bürger Staatsanwalt kann sie als unrichtig, schwach, nicht überzeugend betrachten, aber man kann nicht sagen, daß ich nichts vorgebracht habe. Ich habe eine ganze Reihe von Erwägungen vorgebracht.

Die Hauptzeugin war Warwara Nikolajewna Jakowlewa. Warwara Nikolajewna Jakowlewa verlegt diesen ganzen Vorfall, die Vorbereitung der Verschwörung gemeinsam mit den »linken« Sozialrevolutionären gegen Lenin, Stalin und Swerdlow, die Vorbereitung ihrer Verhaftung und angenommenen Tötung usw. – all das verlegt sie in ihren Aussagen, dann bei der Konfrontierung, dann bei der gerichtlichen Untersuchung in die Periode des Brester Frieden. Ich habe sowohl bei der Konfrontierung und Voruntersuchung als auch vor Gericht *auf die offensichtliche Sinnlosigkeit dieser Behauptung hingewiesen* gesagt, daß dies unrichtig ist. **Und diese Be-**

W. N. Jakowlewa wurde am 12. 9. 1937 verhaftet, am 14. Mai zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt und am 8. September 1941 erschossen.

hauptung ist unsinnig. *Es ist unsinnig, zu behaupten,* Es ist unrichtig, daß die »linken Kommunisten« und Trotzlisten vor dem Brester Frieden einen Staatsstreich mit gewaltsamen Mitteln ausführen wollten, unrichtig deswegen, weil die Trotzlisten und die sogenannten »Linken« die Mehrheit im Zentralkomitee bildeten, und wenn die Trotzlisten im entscheidenden Moment der Abstimmung über die Frage des Brester Friedens nicht kapituliert hätten, so hätten die Trotzlisten und »Linken« damals die Mehrheit im Zentralkomitee gehabt. Wie kann man also annehmen, daß sie in einer solchen Situation kapitulierten, um zu den Methoden der Verschwörung ihre Zuflucht zu nehmen. Jeder, der jene Zeit miterlebt hat, weiß ausgezeichnet, daß die »linken Kommunisten« vor dem Brester Frieden in solcher Stimmung waren, daß sie darauf hofften, auf dem nächsten Parteitag die Parteimehrheit zu erobern, **daß diese damalige Gruppe, an deren Spitze ich stand, die Hälfte der Mandate auf dem Parteitag besaß. Das weiß doch jeder, das ist doch jedem bekannt. Darum sagen Sie bitte,**⁶³ Wie konnte also unter solchen Umständen die Rede davon sein, wovon jetzt die Zeugin Warwara Nikolajewna Jakowlewa spricht. Aber ich habe ein anderes Beispiel angeführt. Warwara Nikolajewna Jakowlewa hat behauptet, daß die Sache darin bestand, daß bei uns das Fraktionszentrum der »linken Kommunisten« das Moskauer Gebietsbüro war. Da habe ich mir erlaubt, einige Namen, einige geachtete Parteimitglieder zu nennen. Ich wollte damit bloß das Argument von Warwara Nikolajewna Jakowlewa kompromittieren. Es ist bekannt, daß eine ganze Reihe hervorragender Männer – Kuibyschew, J. Jaroslawski, Menshinski und andere – damals Anhänger der »linken Kommunisten« waren, zu dieser meiner »linken« Gruppe gehörten. Sie, diese Leute, standen durch ihr spezifisches Gewicht bedeutend höher als die Manzew, Stukow und alle möglichen anderen, und sie waren ihrem politischen Temperament nach und ihrer politischen Aktivität tätiger als die erwähnten Personen. Deswegen schloß in Wirklichkeit die zentrale Gruppe in Leningrad in der Frage des Brester Friedens die erwähnten Positionen ein. Ich frage Sie also: Wie wäre ein Aufstandsplan möglich gewesen, wenn diese Leute den wichtigsten Platz in der zentralen Gruppe einnahmen. **Es ist doch klar, daß dies ausgesprochener Unsinn ist,**⁶⁴ Das ist undenkbar, das ist unmöglich. Und die Hauptzeugin gegen mich, Warwara Nikolajewna Jakowlewa, bringt hier vollständig die Sache mit der anderen Periode nach dem Brester Frieden, mit der Moskauer Periode, durcheinander. **Aber wenn man über die Moskauer Periode sprechen muß und kann, dann stürzt die ganze Angelegenheit mit den Protokollen, mit den Direktiven, die ich Stukow gegeben haben soll, mit den Reden Stukows in sich zusammen. Und wenn solche Reden dennoch gehalten wurden, wenn es dennoch derartige Protokolle gibt, dann ist es möglich, daß ich damit nichts zu tun hatte, denn ich war im damaligen Petersburg und konnte diese Direktiven nicht geben.**⁶⁵

Ich entschuldige mich (bei Ihnen) sehr, Bürger Richter, daß ich Ihre Aufmerksamkeit bei dieser Sache aufhalte, aber da dies ein außerordentlich schweres Moment und von außerordentlichem In-

Manzew wurde am 22. Oktober 1937 verhaftet und am 25. 12. 1937 zum Tode verurteilt. Nachdem er bereit war, gegen Bucharin auszusagen, wurde die Todesstrafe ausgesetzt.

teresse ist und ihm vom Gericht eine so große Aufmerksamkeit gewidmet wurde, so habe ich mir erlaubt, über diesen Punkt zu wiederholen, was ich schon gesagt habe. Der Bürger Staatlicher Ankläger aber hat behauptet, daß ich diesbezüglich nichts zu meiner Rechtfertigung vorgebracht habe.

Ich werde bei den anderen Sachen, auf die Widersprüche in den Aussagen von Kamkow und Karelin und im Hinblick auf eine Reihe anderer Dinge⁶⁶ nicht verweilen, weil ich Ihre Zeit nicht in Anspruch nehmen will. Ich gebe die Tatsache zu, daß ich mit Karelin und Kamkow ein Gespräch hatte, wobei die Initiative in bezug auf die Verhaftung Lenins auf 24 Stunden und das Fortbestehen des Blocks mit den »linken« Sozialrevolutionären von den »linken« Sozialrevolutionären ausging. Aber beim ersten Gespräch war die Antwort darauf eine grob ablehnende, und was das anbelangt, daß in der Folgezeit Verhandlungen mit den »linken« Sozialrevolutionären durch Vermittlung Pjatakows geführt wurden, was man, wie wohl der Bürger Staatsanwalt formulierte, als einen Versuch zum gewaltsamen Sturz der Sowjetmacht ansehen kann – so gestehe ich: Einen solchen Moment gab es. Die Absicht der physischen Vernichtung bestreite ich kategorisch, und hier hilft keineswegs jene Logik, von der Bürger Staatlicher Ankläger gesprochen hat, daß gewaltsame Verhaftung physische Vernichtung heißt.

Die Konstituierende Versammlung wurde verhaftet, indessen hat dabei niemand physisch gelitten. Die Fraktion der »linken« Sozialrevolutionäre wurde verhaftet, hat aber nicht physisch gelitten. Und ich sage – und dies wurde in der Rede des Staatlichen Anklägers ausgelassen –, daß in diesen verbrecherischen und ruchlosen Gesprächen speziell davon gesprochen wurde, daß um keinen Preis auch nur ein Haar auf dem Haupte der bezeichneten Personen gekrümmt werden dürfe. Dies mag scheinen, wie es einem beliebt, aber gerade so verhielt es sich in der Wirklichkeit.

Das ist eine Episode nach dem Brester⁶⁷ ... sie nahm überhaupt zeitlich einen ungewöhnlich kleinen Platz ein, da bald darauf die »linken« Sozialrevolutionäre ihre Aktionen unternahmen. Wir mußte die Fraktion der »linken« Sozialrevolutionäre verhaften, und ich nahm selbst an dieser Operation teil, ich nahm selbst an der Leitung der Verhaftung der »linken« Sozialrevolutionäre teil. Danach hatten wir überhaupt nichts mehr mit den »linken« Sozialrevolutionären zu tun. Ich fuhr nach dem Ausland, dann kam ich von dort zurück, nachher, ich wiederhole es, wurde ich durch eine Bombe der »linken« Sozialrevolutionäre verwundet.⁶⁸ Ich bestreite nicht, daß diese nicht persönlich gegen mich gerichtet war, wie der Zeuge Manzew aussagte, aber ich will sagen., daß allen bekannt war, daß ich im Hause des Moskauer Komitees ein Referat halten sollte. Damals wurde auch das Attentat verübt, wobei ich leicht verwundet wurde. Eine ganze Reihe damaliger Parteifunktionäre wurde getötet. Dieses Attentat wurde bekanntlich von(m Block der) »linken« Sozialrevolutionäre⁶⁹ mit Tscherepanow und seiner Frau Tamara an der Spitze und von sogenannten illegalen Anarchisten ausgeführt.

Ich habe Manzew deswegen genannt, weil der »linke Kommunist« Manzew den Tscherepanow verhaftete, da er nicht ein Bun-

B. D. Kamkow wurde Anfang Februar 1937 verhaftet und am 29. August 1938 erschossen.

desgenosse dieses Tscherepanow war. Die Behauptung, daß Bela Kun die »linken« Sozialrevolutionäre anspornte, ist unrichtig.⁷⁰

Ich will sagen, daß es einen Augenblick lang eine verbrecherische Verschwörung der »linken Kommunisten« mit den »linken« Sozialrevolutionären gegeben hat, die nach der Aktion, an deren Unterdrückung eine ganze Reihe »linker Kommunisten« aktiven Anteil nahm, rasch in die Brüche ging.

Der Bürger Staatsanwalt hat in seiner Anklagerede, wenn ich mich in der Sprache der Juristen ausdrücke, dann heißt das (gebraucht ein Fremdwort) wogegen ich protestiere.⁷¹

Zur Bekräftigung seiner Rede hat der *Staatliche*⁷² Ankläger eine ganze Reihe von Momenten angeführt, **die faktische Tatsachen betreffen und die** die für diesen Abschnitt **illustrieren sollen. Ich möchte einen Schlußstrich unter** für den schwarzen Abschnitt meines Lebens, ziehen.⁷³ die Basis bilden sollen.

Hier gab es einige Fehler.⁷⁴ Erstens war ich niemals ein Otsowist⁷⁵, wie dies der *Staatliche* Ankläger gesagt hat. **(Bewegung im Saal). Der Bürger Staatsanwalt behauptet daß ich 1909 ein Otsowist war, aber das Gegenteil ist der Fall, ich war im ZK der Beauftragte der Partei mit besonderen Aufgaben zum Kampf gegen die Otsowisten.**

Der Staatliche Ankläger rechnet mir, ich weiß nicht aus welcher Richtung, den Artikel »Weltwirtschaft«⁷⁶ als Schuld an. Dieser Artikel wurde von Lenin redaktionell bearbeitet und in einer Zeitschrift mit einem Vorwort⁷⁷ von Lenin veröffentlicht.⁷⁸

Der Staatliche Ankläger rechnet es mir als Schuld an, daß ich als Redakteur zusammen mit Trotzki an der Zeitschrift »Nowi Mir« arbeitete, daß ich einen Block mit Trotzki hatte.⁷⁹ Ich wende mich dagegen. **Ich konnte die Redaktion nicht verlassen, weil ich eine entsprechende Weisung des Zentralkomitees der Partei erhielt. In dieser Zeitschrift führte ich einen hartnäckigen Kampf gegen Trotzki, da ich der Parteigruppenorganisator der Parteigruppe war, die wir in Amerika gegründet hatten. Wir führten einen entschiedenen Kampf gegen Trotzki. Eine Reihe von Artikeln »Nieder mit der Fraktionsmacherei«⁸⁰ wurde veröffentlicht. Der Staatliche Ankläger rechnet mir das als Schuld an. Ich erkläre, daß die Artikel von mir in der Wohnung von Gen. Stalin geschrieben wurden und sie nach der redaktionellen Bearbeitung durch Gen. Stalin als Direktive des Zentralkomitees der Partei veröffentlicht wurden.⁸¹**

Der Staatliche Ankläger beschuldigt mich, daß ich 1924 gegen Stalin war. An einen solchen Fall erinnere ich mich nicht. Ich beende *meine Einwendungen gegen einzelne Anklagen*⁸², die der **Bürger Staatliche Ankläger**⁸³ während der Gerichtsverhandlung gegen mich erhoben hat, und kehre zu den von mir wirklich begangenen Verbrechen zurück. Ich habe sie schon zweimal aufgezählt. Die Schwere dieser Verbrechen ist riesengroß. Mir scheint, daß es nicht angebracht ist, hier noch zu wiederholen, es auch ohnedies klar, wie groß diese Verbrechen sind.

Ich wollte nur sagen, daß der trotzkistische Teil oft separat Aktionen durchgeführt hat, und es ist möglich, daß einzelne Teile des Blocks in der Art von Jagoda ebenfalls einzeln Aktionen durch-

geführt haben, weil Jagoda nach den Aussagen Bulanows Rykow und mich als seine Sekretäre ansah und mich hier einen Schwätzer genannt hat, der idiotische Massenaufstände organisierte, während es sich um einen *Staatsstreich*⁸⁴ handelt.

Man kann also nicht sagen, daß dieses rechte Zentrum, das in den Augen Jagodas über genügend Autorität verfügte, in unterschiedlichen Richtungen aktiv war.⁸⁵ Aber ich bin mit dem »Block der Rechten und Trotzlisten« verbunden, und es ist ganz natürlich, daß ich politisch für alles ohne Ausnahme die Verantwortung trage.⁸⁶

Der äußerst schwere Charakter des Verbrechens ist offensichtlich, die politische Verantwortung ist grenzenlos, die juristische Verantwortung ist eine solche, daß sie jedes, selbst das härteste Urteil rechtfertigt. Das härteste Urteil wird gerecht sein, weil man für solche Dinge zehnmal erschießen kann. Dies gestehe ich ganz kategorisch und ohne allen Zweifel.

Ich möchte **nicht nur dem Gericht, sondern der breiten internationalen Öffentlichkeit**⁸⁷ kurz die Tatsachen meiner verbrecherischen Tätigkeit und meine Reue über meine Verbrechen darlegen.

Ich habe schon beim Beginn der Hauptaussagen in der gerichtlichen Untersuchung darauf hingewiesen, daß uns, die konterrevolutionären Verschwörer, nicht die nackte Logik des Kampfes in diese übelriechende Illegalität gestoßen hat, die während dieses Prozesses in ihrer Nacktheit aufgedeckt wurde. Diese nackte Logik des Kampfes war von einer Entartung der Ideen, einer Entartung der Psychologie, einer Entartung unserer selbst, einer Entartung der Menschen begleitet. Historische Beispiele solcher Entartungen sind bekannt. Es genügt, die Namen Briand, Mussolini usw. zu erwähnen. (Auch) Bei uns gab es eine Entartung, die uns **von einer vielleicht nicht immer orthodoxen Form des Bolschewismus**⁸⁸ in ein Lager führte, das nach seinen Positionen, nach seiner Eigenart einem kulakischen Prätorianerfaschismus sehr nahestand. Da dieser Prozeß bei uns die ganze Zeit unter den Verhältnissen des sich entwickelnden Klassenkampfes sehr schnell vor sich ging, so war eben dieser Kampf, seine Geschwindigkeit, sein Vorhandensein, jener Beschleuniger, jener Katalysator des Prozesses, der seinen Ausdruck in der Beschleunigung des Entartungsprozesses gefunden hat.

Aber dieser Prozeß der Entartung der Menschen, darunter auch meiner, ging durchaus nicht in jenen Verhältnissen vor sich, in denen der Prozeß der Entartung der internationalen Arbeitervertreter in Westeuropa vor sich ging. Er ging vor sich in Verhältnissen des gigantischen sozialistischen Aufbaus mit unermesslichen Maßstäben, Aufgaben, Siegen, Schwierigkeiten, Heldentum...

Und auf dieser Grundlage scheint es mir wahrscheinlich, daß bei jedem von uns, die hier auf der Anklagebank sitzen, ein eigenartiger Zweispalt des Bewußtseins bestand, keine Vollwertigkeit des Glaubens, an seine konterrevolutionäre Sache. Ich sage nicht, daß dieses Bewußtsein nicht vorhanden war, aber es war nicht vollwertig. Daraus ergab sich eine gewisse halbe Lähmung des Willens, Hemmung der Reflexe. Mir scheint, daß wir bis zu einem gewissen Grade Leute mit gehemmten Reflexen darstellen. Und dies ergab sich nicht aus dem Fehlen eines konsequenten Denkens, sondern

»Angesichts der Materialien, die durch den Prozeß gegen den antisowjetischen, rechtstrotzkistischen Block ans Licht gebracht wurden, erlangt das bucharinsche Schema vom Absterben des Staates nach dem Sieg der sozialistischen Revolution eine besonders unheilvolle Bedeutung und weist auf den ganz bewußt provokatorischen, verräterischen Charakter dieser ›Theorie‹ hin. ... Stalin zeigte die ganze Schädlichkeit dessen, daß einige Genossen fälschlicherweise die These von der Aufhebung der Klassen, von der Schaffung der klassenlosen Gesellschaft und vom Absterben des Staates als Rechtfertigung der konterrevolutionären Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes und von der Abschwächung der Staatsmacht auffassen. Menschen, die solche Auffassungen vertreten, bezeichnete Stalin als Entartete oder Doppelzüngler, die man aus der Partei jagen muß.«

A. Wyschinski: Fragen des Rechts und des Staates bei Marx. Referat auf der Sitzung der Abteilung Gesellschaftswissenschaften der AdW der UdSSR am 27. April 1938, in: Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, Berlin 1953, 36. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, S. 48.

aus der objektiven Größe des sozialistischen Aufbaus. Jener Widerspruch, der zwischen der Beschleunigung unserer Entartung und dieser Hemmung der Reflexe eintrat, drückt die Lage eines Konterrevolutionärs oder eines sich entwickelnden Konterrevolutionärs unter den Verhältnissen des sich entwickelnden sozialistischen Aufbaus aus. Es entstand eine doppelte Psychologie. Jeder von uns kann das in seiner eigenen Seele konstatieren, obwohl ich mich nicht mit einer weitgehenden psychologischen Analyse beschäftigen werde...

VORSITZENDER. Angeklagter Bucharin, reden Sie über sich, darüber, was Sie empfinden, die anderen werden für sich sprechen, werden von ihren Entartungen berichten usw. Was Sie vortragen ist kein letztes Wort des Angeklagten.

BUCHARIN. Entschuldigen Sie, daß wußte ich nicht. Ich dachte, ich kann im letzten Wort über alles reden.⁸⁹

Manchmal riß es mich selbst mit, daß ich zum Ruhme des sozialistischen Aufbaus schreibe, obwohl ich morgen schon durch meine praktischen taten verbrecherischen Charakters ableugne. Hier bildete sich das heraus, was in der Philosophie Hegels das unglücklichste Bewußtsein genannt wird. Dieses unglückliche Bewußtsein unterschied sich von dem gewöhnlichen nur dadurch, daß es gleichzeitig ein verbrecherisches Bewußtsein war.

Für einen starken Staat ist es nicht schwer, eine Zahl seiner Feinde auf die Anklagebank zu setzen und jeder Staat tut das mit mehr oder weniger Erfolg.⁹⁰ (Aber) Die Macht des proletarischen Staates äußert sich nicht nur darin, daß er **physisch**, [ein Wort unleserlich], **politisch**⁹¹ die konterrevolutionären Banden zerschlagen hat, sondern auch darin, daß er seine Feinde desorganisiert hat. Dies gibt es nirgends und dies kann es in keinem einzigen kapitalistischen Lande geben.

Mir scheint, daß, wenn bezüglich der in der UdSSR vor sich gehenden Prozesse in einem Teil der westeuropäischen und amerikanischen Intelligenz verschiedene Zweifel und Schwankungen beginnen, diese in erster Linie deswegen auftreten, weil dieses Publikum nicht jenen grundlegenden Unterschied versteht, daß in unserem Lande der Gegner, der Feind, gleichzeitig dieses gesplante, doppelte Bewußtsein hat. Und mir scheint es, daß man dies in erster Linie verstehen muß.

Ich gestatte mir bei diesen Fragen zu verweilen, weil ich im Ausland mit dieser qualifizierten Intelligenz bedeutende Verbindungen hatte, insbesondere unter den gelehrten, und ich mußte auch ihnen das erklären, was bei uns in der UdSSR jeder Pionier weiß.

Oft erklärt man die Reue mit verschiedenen vollständig unsinnigen Sachen wie etwa mit tibetanischen Pulvern usw. Von mir will ich sagen, daß ich im Gefängnis, in dem ich etwa ein Jahr gesessen habe, arbeitete, studierte, den Kopf bewahrte.⁹² Das ist eine tatsächliche Widerlegung aller Märchen und unsinnigen konterrevolutionären Dummheiten.

Man spricht von Hypnose. Aber ich habe vor Gericht auf dem Prozeß auch juristisch meine Verteidigung geführt, habe mich an Ort und Stelle orientiert, mit dem Staatlichen Ankläger polemisiert, und jeder auch nicht besonders in den entsprechenden Zweigen der

Medizin erfahrene Mensch wird zugeben müssen, daß es eine solche Hypnose überhaupt nicht geben kann.

Sehr oft erklärte man diese Reue mit Dostojewskitum, mit spezifischen Eigenschaften der Seele (der sogenannten »L'ame slave«)⁹³, was man über Typen etwa in der Art wie Aljoscha Karamasow, der Helden des »Idioten« und der anderen Gestalten Dostojewskis sagen kann, die auf die Straße hinaustreten und schreien: »Schlagt mich, Rechtgläubige, ich bin ein Missetäter.«

Aber hier liegt die Sache ganz und gar nicht darin. In unserem Lande ist die sogenannte »L'ame slave« und die Psychologie der Helden Dostojewskis eine längst vergangene Zeit, ein Plusquamperfectum. Solche Typen existieren bei uns nicht, sie existieren, es sei denn in den Hinterhöfen kleiner Provinzhäuser, aber auch dort existieren sie kaum. Umgekehrt aber gibt es eine solche Psychologie in Westeuropa.

(VORSITZENDER. Sie schweifen in Ihrem letzten Wort zu sehr ab. Egal, was es für Typen in unserer und der westlichen Literatur gibt. Vergessen Sie nicht, daß Sie das letzte Wort haben.)

BUCHARIN. Ich fragte Sie, Bürger Vorsitzender des Gerichts, ob ich über alles sprechen kann und sie antworteten bejahend...)⁹⁴

VORSITZENDER. Das bedeutet aber nicht, bis ins Absurde abzuschweifen.

BUCHARIN. Ich füge mich natürlich, aber wenn der Staatliche Ankläger sogar Tacitus zitiert, dann verstehe ich nicht, warum ich nicht sprechen darf.

Ich wollte sagen, daß man damit nicht die Reue erklären kann, weil selbst wenn man von Slawen spricht, was kann man dann von Chodshajew, Ikramow und Rakowski sagen.⁹⁵ Ich werde hier von mir selbst sprechen, von den Ursachen meiner Reue. Natürlich muß man sagen, daß auch die Beweisstücke eine sehr große Rolle spielen. Ich habe ungefähr drei Monate gelehnet, **wenn ich mich nicht irre.**⁹⁶ Dann begann ich Aussagen zu machen. Aber ich muß hier in meinem letzten Wort sagen, daß sich nicht alles in Beweisen erschöpft. Warum? Die **wirklichen**⁹⁷ Ursache lag darin, daß ich im Gefängnis **in dem man lange Zeit sitzen muß und ständig zwischen Leben und Tod schwankt, Fragen auftauchen, die in anderen Dimensionen daherkommen, als im gewöhnlichen praktischen Leben.**⁹⁸ (meine ganze Vergangenheit umgewertet habe.) Denn wenn man sich fragt: wenn du stirbst, wofür stirbst du **noch dazu in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung der UdSSR, die in breiter Front die internationale Arena des proletarischen Kampfes betritt?**⁹⁹ Dann *tut sich*, **wenn man das gespaltene Bewußtsein berücksichtigt,**¹⁰⁰ ergibt sich plötzlich mit erschütternder Deutlichkeit eine absolut schwarze Leere. Es gibt nichts, wofür man sterben müßte, wenn man sterben wollte, ohne bereit zu haben. Und umgekehrt, nimmt all dies im Bewußtsein des Menschen andere Ausmaße an. Dies hat *mich*¹⁰¹ letzten Endes endgültig entwaffnet, dazu getrieben **und gezwungen**¹⁰², meine Knie vor der Partei und dem Lande zu beugen. Und wenn man sich fragt: nun gut, du stirbst nicht, wenn du durch irgendein Wunder leben bleibst, dann wieder wofür? Isoliert von allen, ein Feind des Volkes in einer nicht menschlichen Lage, in

voller Isolierung von allem, was das Wesen des Lebens ausmacht... Und sofort bekommt man auf diese Frage diese Antwort. Und in solchen Momenten, Bürger Richter, fällt alles Persönliche, aller persönliche Niederschlag, die Überbleibsel der Erbitterung, Eigenliebe und eine ganze Reihe anderer Sachen weg und verschwinden. Und wenn zu einem dann noch das Echo des weiten internationalen Kampfes gelangt, so tut all dies in seiner Gesamtheit seine Wirkung, und es ergibt sich ein voller innerer moralischer Sieg der UdSSR über ihre kniefälligen Gegner. Aus der Gefängnisbibliothek bekam ich zufällig das Büchlein Feuchtwangers¹⁰³, in dem von dem Prozeß der Trotzlisten die Rede war. Es machte auf mich einen starken Eindruck. Aber ich muß sagen, daß Feuchtwanger nicht bis zum Wesen der Sache drang, er blieb auf halbem Wege stehen, für ihn ist nicht alles klar, in Wirklichkeit aber ist alles klar. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Eine Gruppenreihe der Führer des Trotzismus hat bankrott gemacht und wurde auf den Kehrlichthausen geworfen. Das ist richtig. Aber man kann es nicht so machen, wie es Feuchtwanger besonders in bezug auf Trotzki macht, wenn er ihn mit Stalin auf eine Linie stellt. Das ist eine vollständig falsche Betrachtung bei ihm. Denn in der Wirklichkeit steht hinter Stalin das ganze Land, er ist die Hoffnung der Welt, **ih** **Sprachrohr**,¹⁰⁴ der Schöpfer. **Bei Heine heißt es an einer Stelle, daß in derartigen Fällen die Geschichte ihre kolossale Entscheidung trifft...**¹⁰⁵

Es geht auch in der Politik um psychologische Besonderheiten.¹⁰⁶ Napoleon bemerkte einmal – Schicksal ist Politik. Das Schicksal Trotzki ist konterrevolutionäre Politik, **das Schicksal Stalins ist...**¹⁰⁷

VORSITZENDER. Die Bücher sind uns bekannt, warum Zitate daraus anführen? Sie schweifen wieder ab.

BUCHARIN. Ich komme rasch zum Ende. **Aber, Bürger Vorsitzender,**¹⁰⁸ Ich spreche vielleicht das letzte mal in meinem Leben, **ich bitte mir zu gestatten, meine Rede zu beenden.**¹⁰⁹

Ich will erklären, auf welche Weise ich zur Notwendigkeit gelangte, vor der Untersuchungsbehörde und vor Ihnen, Bürger Richter, zu kapitulieren. Wir sind gegen die Freude des neuen Lebens mit den verbrecherischsten Kampfmethoden aufgetreten. Ich lehne die Anklage des Anschlages auf das Leben Wladimir Iljitsch ab, aber meine konterrevolutionären Komplizen und ich an der Spitze versuchten das Werk Lenins, das von Stalin mit gigantischem Erfolg fortgesetzt wird, zu zerschlagen. Die Logik dieses Kampfes hat uns von Stufe zu Stufe in den schwärzesten Sumpf hinabgestoßen. Und noch einmal ist es bewiesen, daß das Abgehen von der Position des Bolschewismus den Übergang zum politischen konterrevolutionären Banditentum bedeutet. Jetzt ist das konterrevolutionäre Banditentum zerschmettert, wir sind zerschlagen, wir haben unsere furchtbaren Verbrechen bereut.

Es geht natürlich nicht um diese Reue und darunter auch nicht um meine persönliche Reue. Auch ohne sie kann das Gericht sein Urteil fällen. Die Geständnisse der Angeklagten sind nicht obligatorisch. Die Geständnisse der Angeklagten sind ein mittelalterliches juristisches Prinzip. Aber hier liegt auch ein innerer Zusam-

menbruch der Kräfte der Konterrevolution vor. Und man muß ein Trotzki sein, um nicht die Waffen zu strecken.

Ich muß hier sagen, daß in dem Parallelogramm der Kräfte, aus welchem sich die konterrevolutionäre Taktik herausbildete, Trotzki der **spiritus rector, d.h. der Hauptbewegungsmotor**¹¹⁰ war. Und die allerschärfsten Positionen – Terror, Spionage, Zerstückelung (der UdSSR)¹¹¹, Schädlingstätigkeit, – gingen in erster Linie von dieser Quelle aus.

Jetzt richtet sich mein persönlicher Zorn gegen meine eigene Vergangenheit.¹¹² Ich kann a priori annehmen, daß sowohl Trotzki wie auch meine anderen verbündeten im Verbrechen wie auch die II. Internationale, um so mehr, als ich darüber mit Nikolajewski gesprochen habe, versuchen werden, uns, namentlich und besonders mich, zu verteidigen. Ich lehne diese Verteidigung ab, denn ich beuge meine Knie vor dem Lande, vor der Partei, vor dem ganzen Volk. Die Ungeheuerlichkeit meiner Verbrechen ist grenzenlos, besonders in der neuen Etappe des Kampfes der UdSSR. Möge dieser Prozeß die letzte schwerste Lehre sein und mögen alle sehen, daß die konterrevolutionäre These über die nationale Begrenztheit der UdSSR in der Luft hängt wie ein klägliches Fetzen. Alle sehen die weise Führung des Landes, die durch Stalin gesichert wird.

Mit diesem Bewußtsein erwarte ich das Urteil. Es geht nicht um die persönlichen Erlebnisse eines Feindes, der bereut hat, sondern um die Blüte der UdSSR, um ihre internationale Bedeutung.¹¹³

1 Vgl. im einzelnen: Hedeler, W.: Pressestimmen zum Prozeß gegen das »rotzkistische parallele Zentrum« 1937, in: UTOPIE kreativ, Heft 76 (Februar 1997), S. 36-38; Derselbe: Die Szenarien der Moskauer Schauprozesse 1936-1938, in: UTOPIE kreativ, Heft 81/82 (Juli/August 1997), S. 58-75; Watlin, A.: Die Technologie stalinistischen Terrors. Neue Aspekte, in: UTOPIE kreativ, Heft 81/82 (Juli/August 1997), S. 96-102. Die beiden zuletzt genannten Texte sind der Abdruck von Beiträgen, die auf einer Geschichtskonferenz der PDS zum Thema »Realsozialistische Kommunistenverfolgung – Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« am 21. Juni 1997 in Berlin gehalten wurden. Die Gesamtheit der auf dieser Konferenz gehaltenen Beiträge siehe auch im gleichnamigen Sonderdruck von UTOPIE kreativ.

2 Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen »Blocks der Rechten und Trotzkiisten«, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2. bis 13. März 1938. Vollständiger stenographischer Bericht, Moskau 1938, S. 834-848. – Ein Nachdruck der in diesem Prozeßbericht enthaltenen Fassung des »Letzten Wortes« findet sich in: Nikolai Bucharin. Das letzte Wort des Verurteilten am 12. März 1938. Mit einem Essay von Stefan Reinecke, Hamburg 1996.

3 Der handschriftliche Entwurf des »Letzten Wortes« (3) trägt die Überschrift »Bürger Richter!«
4 Das Fettgedruckte markiert eine Passage des handschriftlichen Entwurfs (3), die durch die »Redakteure« (Militärkollegium, Wyschinski, Stalin) des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen wurden.

5 Im handschriftlichen Entwurf: »allgemeinhistorischen«. Fehlt in der deutschen Ausgabe des »Prozeßbericht«.

6 Im handschriftlichen Entwurf: »ruchlosesten«.

7 Im handschriftlichen Entwurf: *Dieser Prozeß, der in der Serie der anderen Prozesse den Abschluß bildet, deckt alle Verbrechen, deckt die Kernpunkte der verbrecherischen und verräterischen Tätigkeit, den historischen Sinn und die Wurzel unseres konterrevolutionären Kampfes gegen die Partei und die Sowjetregierung in einer Reihe von aufeinanderfolgenden Etappen dieses Kampfes auf.*

8 N. Bucharin wurde am 27. Februar 1937, während des Plenums des ZK der KPdSU(B), verhaftet.

9 Im handschriftlichen Entwurf: *die manchmal (durch Mitgefangene – von Bucharin gestrichen) bis zu mir gelangen, sehe (ich, daß unsere UdSSR – von Bucharin gestrichen), fühle und verstehe ich, daß die Interessen, die wir so verbrecherisch verraten haben, in eine neue Phase ihrer gigantischen Entwicklung eintreten, jetzt bereits in die internationale Arena hinaustraten, als größter Machtfaktor der internationalen proletarischen Phase.* – Bucharin wurde von als Gefangene getarnten Spitzeln des NKWD observiert.

10 Im handschriftlichen Entwurf: *Wir sitzen auf der anderen Seite der Barrikade. Die Barriere, die uns von Ihnen und dem Publikum trennt, ist ein Symbol der Front in diesem großen Kampf, wir fanden uns in den Reihen der Gegner des Sozialismus, in den verfluchten Reihen der Konterrevolution als Verräter an der sozialistischen Heimat wieder.*

11 Vom Redakteur gestrichen. Gestrichen auch die daran anschließende Zwischenüberschrift: »Worin ich schuldig bin«.

- 12 Im handschriftlichen Entwurf: »... bejahend im Umfang der von mir während der Voruntersuchung gegebenen Aussagen.«
- 13 Im Verlauf der Voruntersuchung wurden 55 Bände mit den Aussagen der Untersuchungsgefangenen und Zeugen angelegt. Band 5 (Umfang 130 S.) enthält die Bucharin betreffenden Materialien.
- 14 Die »Redakteure« strichen den in den Marginalien enthaltenen Text und empfahlen, folgende Passage aufzunehmen: *»Ich wiederhole noch einmal, daß ich mich schuldig bekenne des Verrats an der sozialistischen Heimat, des schwerwiegendsten Verbrechens, daß es gibt.« Stalin war damit nicht einverstanden und vermerkte am Rand: »Wiederherstellen. Drucken«. Im handschriftlichen Entwurf lautet die Passage: Auf die mir vom Bürger Vorsitzenden des Gerichts gestellte Frage, ob ich meine Aussagen bestätige, antwortete ich: »Ich bestätige sie voll und ganz. Worin bekenne ich mich juristisch schuldig, d.h. schuldig vom Standpunkt der Artikel der Strafprozeßordnung der UdSSR?«*
- 15 Darunter Gegenüberstellungen mit Jakowlew und Manzew sowie Karelin und Kamkow.
- 16 Die »Redakteure« hatten diese Passage gestrichen. Stalin war zunächst nicht einverstanden, strich aber später seine Forderung nach Wiederherstellung und Veröffentlichung des Bucharinschen Urtextes.
- 17 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 18 Bearbeitung des ursprünglichen Textes durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1): *»Aber gerade deshalb halte ich es für mein Recht, mich gegen eine ganze Serie mir völlig neuer und für mich völlig unerwarteter Anklagepunkte zu verteidigen, die auftauchten...«.*
- 19 Bearbeitet durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1).
- 20 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen. *»Wenn ich in mein letztes Wort vor Gericht [unleserlich] daß mein letztes Wort überhaupt ist, Momente der juristischen Verteidigung aufnehmen, dann nur, um falsche Behauptungen tatsächlicher Art und falsche Schlußfolgerungen zu bestreiten, aber nicht, um mein Strafmaß zu mildern. Meine Verbrechen sind ohnehin so gewaltig, daß ich überhaupt nicht daran denken kann. Außerdem ist es nicht eine Frage meines persönlichen Schicksals.«* Siehe hierzu auch N. Bucharins Abschiedsbrief an J. W. Stalin vom 10. Dezember 1937. In: *IKW 29(1993)1*, S. 20-25.
- 21 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 22 Bucharin brachte den Satz nicht wie im handschriftlichen Entwurf zu Ende: *»der mich über den Blickwinkel der Militärverschwörer informierte, worauf ich vorschlug, sie vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie wirklich die Front eröffnen, denn ich hielt das für eine dumme antipatriotische Orientierung.«*
- 23 Gemeint ist Bucharins Aussage in der Vormittagssitzung vom 7. März 1938.
- 24 Weiter im handschriftlichen Entwurf: *»In der Anklagerede räumte der Staatsanwalt der Schädlingstätigkeit sehr viel Raum ein, meine Rolle dabei nannte er eine führende Rolle. Auf welcher Grundlage? In der Hauptsache auf der Grundlage der Aussagen Scharangowitschs. Aber hier gehe ich zu einem anderen Abschnitt meines letzten Wortes über, zur Widerlegung einer Reihe von Anschuldigungen. II. Was ich bestreite.«*
- 25 Handschriftlich von den »Redakteuren« des offiziellen Prozeßberichtes (1) eingefügt.
- 26 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 27 Gemeint ist Lewins Aussage in der Vormittagssitzung vom 8. März.
- 28 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 29 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 30 Der VI. Weltkongreß der Komintern tagte vom 17. Juli – 1. September 1928 in Moskau. Bucharins Treffen mit Kamenew fand am 11. Juli 1928 statt, als das Plenum des ZK der KPdSU(B) in Moskau tagte. Über die Begegnung siehe: N. Bucharin: 1929 – das Jahr des großen Umschwungs. Berlin 1991. Herausgegeben, kommentiert und übersetzt von Wladislaw Hedeler und Ruth Stoljarowa.
- 31 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 32 Gestrichen und von den »Redakteuren« des offiziellen Prozeßberichtes (1) bearbeitet.
- 33 So in der deutschen Ausgabe des »Prozeßbericht«.
- 34 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 35 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 36 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 37 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 38 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 39 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 40 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 41 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 42 Fehlt in der deutschen Ausgabe.
- 43 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen. Im handschriftlichen Entwurf: *»Auf dieser Grundlage erklärt der Bürger Staatlicher Ankläger – alle Spionageverbindungen gingen über den Kanal Rykow und Bucharin! Sogar alle! Keine einzige Tatsache über mich, egal wie viele Begründungen es auch gab! Zur Absicherung ein Hinweis auf zwei japanische Zeitungen, in denen von Spionage und von gegenüber der Regierung oppositionell eingestellten Elementen die Rede ist.«*
- 44 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 45 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 46 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 47 Von den »Redakteuren« des offiziellen Prozeßberichtes (1) bearbeitet.
- 48 Von den »Redakteuren« des offiziellen Prozeßberichtes (1) bearbeitet.
- 49 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 50 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 51 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 52 Von den »Redakteuren« des offiziellen Prozeßberichtes (1) bearbeitet.
- 53 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 54 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 55 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.

- 56 Von Stalin gestrichen.
- 57 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 58 Dieser Satz nur in der deutschen Ausgabe des Prozeßberichts.
- 59 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 60 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 61 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 62 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 63 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 64 Von Stalin gestrichen.
- 65 Von Stalin gestrichen.
- 66 Von Stalin gestrichen.
- 67 Ungenaue Übersetzung in der deutschen Ausgabe. Die Rede ist von einer Episode, die sich nach dem Brester Frieden ereignet hat.
- 68 Am 25. September 1919 verübten die linken Sozialrevolutionäre ein Bombenattentat im »Leontjewski pereulok«.
- 69 Stalin fügte an dieser Stelle »vom Block der ‚linken‘ Sozialrevolutionäre« ein.
- 70 Bela Kun u.a. Kominternfunktionäre sollten im darauffolgenden, aber nicht stattgefundenen Prozeß verurteilt werden.
- 71 Von Stalin gestrichen.
- 72 Im handschriftlichen Entwurf »gesellschaftliche«.
- 73 Von Stalin gestrichen.
- 74 Ungenaue Übersetzung in der deutschen Ausgabe. Es muß heißen: »Hier gibt es eine Reihe gravierender Fehler.«
- 75 Bucharin meint die Fraktion in der SDAPR, die sich für eine Abberufung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus der Duma ausgesprochen hat. Unter Hinweis auf diesen Sachverhalt hat Bucharin stets den Bruch mit seinem Lehrer Bogdanow erläutert, der dieser Fraktion angehörte.
- 76 Bucharin meint den 1915 geschriebenen Artikel »Imperialismus und Weltwirtschaft«.
- 77 Zur Entstehungsgeschichte siehe: W. Hedeler, R. Stoljarowa: Nikolai Bucharin – Leben und Werk. Mainz 1993.
- 78 Von Stalin gestrichen.
- 79 Vgl. hierzu: W. Hedeler: L.D. Trotzki und N.I.Bucharin im amerikanischen Exil. In: W. Hedeler: Stalin, Trotzki, Bucharin. Studien zum Stalinismus und Alternativen im historischen Prozeß. Mainz 1994.
- 80 Bucharin meint die 1925 geschriebene Artikelserie »Nieder mit der Fraktionsmacherei«.
- 81 Von Stalin gestrichen.
- 82 Ursprünglich: »meine Anklage«, von Stalin geändert.
- 83 Von Stalin gestrichen.
- 84 Ursprünglich »Palastrevolution«, von Stalin geändert..
- 85 Von Stalin gestrichen.
- 86 Ursprünglich: *»Der ‚Block der Rechten und Trotzkiisten‘ wies eine innere Verbindung auf, und es ist völlig natürlich, daß ich politisch gesehen für alles die Verantwortung trage, sogar dafür, ich wiederhole es, wovon ich nichts wußte.«* Von Stalin gestrichen.
- 87 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 88 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 89 Von Stalin gestrichen.
- 90 Von Stalin gestrichen.
- 91 Von Stalin gestrichen.
- 92 Unter dem Eindruck des Prozesses gegen Tuchatschewski (Mai 1937) erklärte Bucharin am 1. Juni 1937, ein Geständnis ablegen zu wollen. Von Juli bis Ende September 1937 wurde er fast jede Nacht verhört.
- 93 Slawische Seele.
- 94 Die in Klammern gesetzte Passage fehlt in der deutschen Ausgabe des »Prozeßberichts«.
- 95 Von Stalin gestrichen.
- 96 Vom Redakteur gestrichen und bearbeitet.
- 97 Vom Redakteur gestrichen und bearbeitet.
- 98 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 99 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 100 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 101 Ursprünglich: »Das entwaffnet ihn letzten Endes...« Vom Redakteur geändert.
- 102 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 103 Bucharin meint Feuchtwangers Buch »Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde.«
- 104 Von Stalin gestrichen.
- 105 Von Stalin gestrichen.
- 106 Von Stalin gestrichen.
- 107 Von Stalin gestrichen. Im handschriftlichen Entwurf endet der Satz: *»... die große neue Welt. Maßlos sind die Gestalten, die Aufgaben, die Maßstäbe, die Rolle, die Klassen, die Welt. Der Verrat an Stalin – dessen ich schuldig bin – ist Verrat an der sozialistischen Heimat – eins ist mit dem anderen verschmolzen, ein Verrat am internationalen Proletariat. Diese neue Welt ist nicht nur ein Stück Brot, im Unterschied zur Freiheit, ein Gedanke, der bei Feuchtwanger oft andeutungsweise auftaucht. Hier gibt es sowohl das Stück Brot und deshalb die Freiheit der Entwicklung der Massen, ihrer Persönlichkeit usw. in ungeahnten Dimensionen.«*
- 108 Von Stalin gestrichen.
- 109 Von Stalin gestrichen.
- 110 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 111 Vom Redakteur hinzugefügt.
- 112 Durch die »Redakteure« des offiziellen Prozeßberichtes (1) gestrichen.
- 113 Der letzte Satz im handschriftlichen Entwurf lautet: *»In diesem Bewußtsein erwarte ich das Urteil. Es geht nicht um das persönliche Schicksal der reumütigen Feinde, sondern um den siegreichen Kampf des großen proletarischen Staates und seiner internationalen Verbündeten. Ave, communisme, Morituri te salutant!«*

»Eher geht ein Kamel durch's Nadelöhr...« Briefwechsel zwischen Hermann Klenner und Dieter Kraft

Lieber Doktor Kraft,
guter, radikaler Mitmarxianer!

Natürlich komme ich wieder einmal mit einem Anliegen zu Ihnen. Aber Theologen sind ja von Berufungs- und Berufswegen zum Seelentrösten verpflichtet. Freilich handelt es sich weniger um meine Seele, als um mein Wissen. Also:

Nachdem UTOPIE kreativ im Oktoberheft mein Leipziger Kirchentagsreferat (zum Thema: Marxens Religions- und Rechtskritik) abgedruckt hat, wendete sich ein Leser (kein Christ) an mich mit der Frage, ob ich wohl wisse, daß das von mir eingeflochtene Kamel-Nadelöhr-Verschen aus Matthäus 19,24 (ich hatte es in einer Heinrich-Heine-Version zitiert) auf einem Übersetzungsfehler beruhe? Er verwies dabei auf das »Handbuch des nutzlosen Wissens« von Hans-Wilhelm Haefs (zu meiner Verwunderung hat es nur drei Bände), in dem Bd. 1, S. 88, (Augsburg 1996) behauptet wird, daß die alten irischen Mönche, als sie die Bibel abschrieben, der alten griechischen Seefahrtsterminologie nicht mächtig waren und in der Annahme Kamilos (Schiffs- oder Ankertau) sei ein Schreibfehler des griechischen Wortes Kamelos, also Kamel, genommen hätten. Nun ändert das zwar gar nichts am Sinngehalt von Mt 19,24 (leider entwertet 19,26 die Passage ohnehin ein bißchen), aber als professioneller Krümelkacker möchte ich es ganz genau wissen. Das von mir häufig herangezogene (weil von mir auch »besessene«) Bibel-Lexikon von Herbert Haag, St. Benno, Leipzig 1986, vermerkt auf Seite 913 unter dem Kamelleitmotiv, daß die Lesung Kamilos statt Kamelos vielleicht als Korrektur der Kamel-Passage entstanden sei, als beide Worte in der byzantinischen Zeit in gleicher Weise ausgesprochen wurden. Das ist ja nun keine Bestätigung der seefahrtsentwöhnten Iren, eher im Gegenteil, aber wenn etwas wacklig ist, kann es auch nach der anderen Seite kippen. Könnten Sie das Füllhorn Ihres Wissens über mich auskippen? Die Sache ist nicht eilig. Ich wills halt nur wissen. Ganz wie es sich für einen unverbesserlichen Aufklärer gehört.

Herzlich grüßt
Hermann Klenner

Verehrter Herr Professor, lieber Halbbruder Klenner,

wie können ausgerechnet Sie als ein gestandner Aufklärer von mir als einem der Theologie erlegenen Dogmatiker gesichertes Wissen abrufen wollen, zudem in einer exegetischen Angelegenheit, von der Dogmatiker in der Regel selbst dann nicht viel verstehen, wenn sie kokett einzuräumen bereit sind, viel von Exegese zu halten! Unsere historisch-kritische Unbildung hat natürlich eine Vorgesichte, zu der vor allem auch der permanente Vorwurf der Exegeten gehört, Dogmatiker seien zumeist unbelehrbare Ignoranten der historisch-kritischen Methode. Und so haben wir uns halt irgendwann einmal damit abgefunden, höchstens noch als theologische Belletristen zu gelten. Und wir haben natürlich jeglichen exegetischen Ehrgeiz verloren. Den dürfen nun ausschließlich die Kollegen von der theologischen Wissenschaft ausleben – mit dem wundersamen Ergebnis, daß sie fast nur noch damit beschäftigt sind, sich gegenseitig zu widerlegen – und dadurch eine solche Fülle von Thesen, Vermutungen und Spekulationen auf den Markt zu bringen, daß wir armen Dogmatiker nun erst recht nicht wissen, wem wir eigentlich was und warum glauben sollen. Und da beginnt nun das ganze Spiel wieder von vorn. Denn nun müssen wir selber in die Exegese steigen, mit dem unvermeidbaren Ergebnis, wieder einmal als beschränkte Dilettanten von uns reden zu machen. Dabei reicht es uns doch völlig aus, Belletristen sein zu dürfen.

Aber nun zur Sache, die – wie sollte es anders sein – etwas schwierig ist, weil die lieben Exegeten wieder einmal mehrere Interpretationen anbieten, unter denen tatsächlich auch die Verschreibung von kamilos in kamelos diskutiert wird. Für völlig unwahrscheinlich wird diese Lesart nicht gehalten, zumal sie natürlich Sinn macht und zunächst auch weit plausibler ist. Das Schiffs-tau paßt einfach besser zum Nadelöhr als das Kamel. Doch plausibel ist nun auch die zweite Lesart, die davon ausgeht, daß es sich bei dem Nadelöhr gar nicht um ein solches handelt, sondern um den volkstümlichen Namen für eines der Tore in der Jerusalemer Stadtmauer. Das soll so klein gewesen sein (wie ein Nadelöhr!), daß die Kamele hier nicht passieren konnten. Na, ist das nicht auch eine hübsche Erklärung?! Jedenfalls hat sie die Sprachgeschichte auf ihrer Seite, wenn man davon ausgeht, daß die Wendung »eng wie ein Nadelöhr« älter ist als die Jesus-Logion. So richtig begeistern können sich die Exegeten an dieser Interpretation aber doch nicht. Sie wissen nämlich nicht, ob es denn ein solches Tor in Jerusalem überhaupt gegeben hat. Unwahrscheinlich wäre es freilich nicht. Ich selber habe in Damaskus den Rest eines Stadtores gesehen, das tatsächlich so niedrig ist, daß selbst ich Kleinling meinen Kopf einziehen mußte. Aber auch das besagt letztlich gar nichts. Aber keine Bange: tertium datur! Und die dritte Lesart lautet also: die Wendung vom Kamel und Nadelöhr hat ausschließlich metaphorischen Charakter und in der rabbinischen Literatur sogar eine Analogie. In bBer 55b und bBM 38b geht gar ein Elefant durch ein Nadelöhr, und auch MidrHL kennt das Bild vom Nadelöhr als einer kaum passierbaren Öffnung. Und dann wäre da noch der Koran, der ja in seinem Bezug zum NT von apokryphen Überliefe-

rungen lebt, also nicht von hauptamtlichen Übersetzungen und ihren Übersetzungsfehlern. Da heißt es in Sure 7,40: »Nicht gehen die (Ungläubigen) in das Paradies ein, ehe ein Kamel durch ein Nadelöhr geht.«

So, nun können Sie sich aussuchen, was Sie künftig als gesichertes Wissen ausgeben möchten. Mir persönlich gefällt die Geschichte vom Stadttor am besten. Es muß ja nicht unbedingt die Jerusalemer Stadtmauer gewesen sein. Aber ein Metapher hat »irgendwie« doch immer einen Sitz im Leben. Und in unserem Zusammenhang machen da Kamele ebenso Sinn wie Elefanten. Letztere jedenfalls entkräften die kamilos-These, und auch der Koran hat hier Gewicht. Aber wenn ich es genau bedenke – eigentlich ist ja auch ein Schiffstau ein recht nützlich Ding.

In diesem Sinne grüße ich Sie sehr freundlich
Ihr Dieter Kraft

UWE-JENS HEUER

Eine Glosse zum Avantgardismus

Bekanntlich war in einem Beschluß der ersten Sitzung des 4. Parteitages der PDS vom Januar 1995 der Avantgardismus scharf verurteilt worden. Im ND vom 7. November hat jetzt Angela Marquardt sich noch einmal gegen jeglichen Avantgardismus gewandt.

Um so mehr überrascht es mich, im Heft 84 der Zeitschrift UTOPIE kreativ einen Artikel von Eva Sturm und Eberhard Schmidt »Ein Kommentar zur Programmatik der PDS oder das Problem der Diskursunfähigkeit« zu lesen, der geradezu ein Paradebeispiel des Avantgardismus ist.

Er läuft letztlich darauf hinaus, daß einer Gruppe von bedauernswerten Parteiführern eine vollständig diskursunfähige, will sagen unbelehrbare Masse der PDS gegenübersteht. Die Verfasser des Artikels sind bisher in der Diskussion nicht aufgetreten. Vielleicht sind es Pseudonyme eines der an der Partei verzweifelnden Führer?

Worin besteht nun das Elend der PDS?

Erst einmal habe die Partei den Fehler begangen, das 1993 nach langer, gründlicher Diskussion mit überwältigender Mehrheit vom Parteitag beschlossene Programm ernstzunehmen und mit der Verwirklichung zu beginnen. Das ist ja wohl der Sinn von Programmen. Statt dessen hätte sie dieses Programm sofort in Frage stellen und ein überarbeitetes Programm für 1997/1998 anvisieren sollen. Das Buch von Michael Brie/Dieter Klein *Der Engel der Geschichte* (1993), das *Ingolstädter Manifest* Gregor Gysis (1994) und das kritische Stern-Interview von André Brie (1996), alles das wollte die uneinsichtige Parteimasse nicht zur Kenntnis nehmen (S. 84).

Nach Meinung von Sturm und Schmidt verfolgten die hier angeführten Genossen also unmittelbar nach Beschlußfassung über das Parteiprogramm das Anliegen, dieses Programm zu »überwinden«. Woran aber scheiterten sie denn nun? Sie scheiterten an »der offensichtlichen Unwilligkeit der PDS, wissenschaftliche Diskursangebote anzunehmen« (S. 84). Die Kräfte, »die von einer orthodoxen Sozialismusvorstellung herkommen« (Zitat von R. Land und R. Posekel auf S. 82), lassen sich nicht überzeugen, weisen Kritik einfach zurück, waren und sind diskursunfähig (S. 84).

Der Weg eines von manchen sogenannten »konspirativen Avantgardismus« (S. 83) war fatalerweise gescheitert. Das galt besonders für die »mißlungene Inszenierung einer Auseinandersetzung mit »stalinistischen Kräften« Anfang 1995 (S. 85).

Trotz alledem merkten die Mitglieder der PDS nicht, daß ihre Führung – wenn man den Verfassern folgt – dieses Programm

Uwe-Jens Heuer – Jg. 1927,
Prof. Dr., Jurist, MdB.
Veröffentlichungen u.a.:
Rechtsordnung der DDR.
Anspruch und Wirklichkeit,
1995.

eigentlich gar nicht wollte. Vielleicht waren (und sind) die Mitglieder einfach der naiven Vorstellung, daß die führenden Genossen ebenso wie sie dieses Programm für richtig halten und ihre Kräfte gleich ihnen auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner richten.

Die Verfasser sehen nun in dem Programmatikkommentar von sieben Autoren, darunter vier Mitglieder des Parteivorstandes, einen verspäteten, aber um so unentbehrlicheren Versuch, das zurückgebliebene Parteivolk zu erziehen.

Es handle sich, heißt es gleich einleitend, nicht um eine nennenswerte Weiterentwicklung der Theorie, »sondern primär um eine didaktische Vermittlung von Theorie und Praxis«, um ein Lehrbuch für Laien (S. 81). Dabei machen sie auch noch »taktisch zu rechtfertigende Zugeständnisse« (S. 82). Man muß sich nämlich beim Leser sowohl »auf seine ideologische Vorprägung, als auch auf sein intellektuelles Niveau einstellen« (S. 82). Das Schlimme sei, daß das alles heute noch notwendig ist, um den rückständigen Leser mitnehmen zu können (S. 83).

Aber es ist noch nicht zu spät, vor allem, wenn der Kommentar jetzt zur Grundlage des Wahlprogramms gemacht wird (S. 84) und wenn dann bis 2001 ein anderes Programm vorliegt (S. 86).

Was aber ist es eigentlich, was die PDS immer noch nicht begreift, obwohl es ihr doch schon so lange erklärt wird? Sie begreift nicht die Notwendigkeit des »Bruchs mit dem Stalinismus als System« (S. 85), also der Totalabsage an die DDR. Wer diese Totalabsage nicht mitmacht, ist dann Stalinist.

Die PDS werde kritischer beobachtet als andere Parteien. »Einem Wähler, für den das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu einer *conditio sine qua non* für eine Wahlentscheidung gehört, ist es nicht zuzumuten, eine Partei zu wählen, deren Pluralismus stalinistische Positionen einschließt« (S. 84). Für diese aber soll die Partei jegliche Attraktivität verlieren (S. 65).

Es ist nur ein kurzer Weg von der Didaktik gegenüber der diskursunwilligen Mitgliedschaft zur Repression, zur Aufkündigung des Pluralismus. Der Keule der Herrschenden (»Ihr mißachtet das Grundgesetz«) wird die Spezialkeule der PDS (»Ihr seid Stalinisten«) hinzugefügt. Das eine ist so unsinnig wie das andere.

Wenn die Verfasser und ihre Freundinnen und Freunde endgültig am Erfolg ihrer Umerziehungsversuche verzweifeln sollten, kann man ihnen in Anlehnung an eine Bemerkung von Bert Brecht aus dem Jahre 1953 an die Adresse des Dichters Kuba nur den Rat geben: »Wenn diese Partei nicht mehr Euer Vertrauen genießt, dann löst sie auf und wählt Euch eine andere«.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Mitte Februar spielte sich Berlin mittels Berlinale wieder einmal Hauptstadt vor. Allen voran die Medien. Und Berliner spielten selbstredend auch mit in der Inszenierung. aber längst nicht so viele, wie wir denken könnten, wenn wir das Medientrara für das *wahre Leben* nähmen. Und hatte sich eben die Berliner Schickeria und die von außerhalb noch an dem 100. Geburtstag des berühmten Opportunisten in Gestalt eines Dialektikers (oder umgekehrt) BB delektiert, marschierte nun die gleiche Sippschaft, diesmal allerdings in Gala und tittentfrei, an den Berlinale-Buffets auf. Eine Grosz-Figuren-Parade erster Güte! Doch, oh Jammer, es hat ja heutzutage keinen Sinn, nach dem bissigen und entlarvenden Polit-satiriker Georg Grosz zu rufen. Wenn ich mit meinen analytischen Unfähigkeiten nicht ganz daneben liege, dann wäre Grosz von den »Figuren« heutzutage sowohl zu den Brecht-Feierlichkeiten, als auch zu den Filmfestspielen eingeladen gewesen. Und zwar als Ehrengast für die Erste Reihe. Und der Mann hätte, heutigem Verhaltensstandard folgend, angenommen!

Der Journalist Helmut Höge (über den mir übrigens unlängst zugetragen wurde, ich sei von ihm in der taz lobend erwähnt worden, so daß ich jetzt quasi in der moralischen Pflicht bin, mich zu revanchieren...) schrieb in der Wochenzeitung *Freitag* über *Die Filmfestspiele als Kulisse des Hauptstadt-Kasperletheaters*. Da Höge in dieser Kolumne seinem Affen Pfeffer gibt, gelangen ihm herzhaft Passagen – *Das von den Meinungsführern gepushte »Starverlangen« ist in Deutschland nur noch etwas für hoffnungslos-reaktionäre Dumpfbacken* ist nur eine davon. Das wird selbstredend weder H.H., noch den *Freitag* daran hindern, Filme der

Berlinale rezensierend zur Kenntnis zu nehmen. Das möchte sein!

Kommen wir zum Ernst des Lebens. Der heißt für etliche Politikmensen derzeit schon *Wahlkampf*. Und da die PDS – Logik hin, Logik her – nach wie vor darauf besteht, gesamtdeutsch oder gar nicht sein zu wollen, hatte sie sich eines frühlingshaften Mitfebruarsonnabends zum westberliner Breitscheid- und zum ostberliner Alexanderplatz aufgemacht. Es war vorherzusehen, wie diese beiden Informationsveranstaltungen ablaufen würden (ND zum Breitscheidplatz: *Eine Kundgebung kam nicht zustande*). Und es war vorherzusagen, wie der Parteivorsitzende Bisky die Abläufe kommentieren würde: *Wir machen darauf aufmerksam, daß wir hier sind*. Na, toll. Ebenso toll die Berichterstattung des längst wieder in parteifromme Gangarten verfallenen *Neuen Deutschland* über diesen (republikweiten!) Aktionstag der PDS: Wir müssen schon wieder zwischen den Zeilen lesen, wenn wir einen Flop als Flop erkennen wollen. So richtige, bittere oder schmerzhaft Niederlagen oder gar totale politische Fehleinschätzungen oder gar falsche Beschlüsse oder – Gott behüte! – etwa lächerliche Entscheidungen: Das alles gibt es in der PDS schon lange nicht mehr. Eine Partei hat in die Normalität gefunden. So richtig Spaß kann das eigentlich nicht machen, das ist doch, mit Verlaub, eine echte *Bundesscheiße*. Aber die Genossen werden sich schon was dabei gedacht haben. (Ich gehe – hoffentlich nicht zu leichtsinnig – davon aus, daß Wolf Biermann die von ihm für Peter-Michael Diestel erfundene Verbalinjurie »B.sch.« nicht hat urheberrechtlich schützen lassen...)

In einer Fernseh-Talkshow auf N 3 (»Hermann und Tietjen«) war dieser Tage auch eine (nach Selbstauskunft) 52jährige Schlagersängerin zugange, die schon zu DDR-Zeiten einschlägig bekannt war und auch jetzt längst wieder kräftig mitsingt. Diese Frau erzählte in der Talkshow, sie sei vor Jahren für den bayerischen Chefredakteur des ostdeutschen Zentralorgans »Super Illu« die erste Ossi gewesen, mit der der sich damals länger als zehn Minuten unterhalten habe. Da kann ich nur sagen: Strafe muß sein!

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien:
Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation, Jahrbuch 1996/97,
Carl Hanser Verlag München und Wien 1997, 424 S. (49,80 DM)

Rund sieben Jahre, nachdem der gescheiterte Systemwandel in Mittel- und Osteuropa in einen – wie sich inzwischen zeigt – längeren Transformationsprozeß mit dem expliziten Ziel des erfolgreichen Systemwechsels übergegangen ist, hat sich die ursprüngliche, neoliberal und modernisierungstheoretisch inspirierte Selbstsicherheit weitgehend verflüchtigt. Statt der großen Strategieentwürfe mit universellem Anspruch, die ihre direkte Verwandtschaft mit den, einst für die »Dritte Welt« ersonnenen Strukturanpassungsprogrammen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank nie verleugnen konnten, hat mittlerweile offenbar überall (wirtschafts)politischer Pragmatismus Einzug gehalten. Auch der große Glaubenskrieg zwischen den Verfechtern gradualistischer Ansätze und den Protagonisten schocktherapeutischer Konzepte hat sich schneller als Scheingefecht entpuppt – von gewissen kleineren, landesspezifischen Arabesken abgesehen wurde in Mittel- und Osteuropa überall »grundsätzlich dasselbe Transformationskonzept verfolgt« (Götz: 258). Die »heilige Dreifaltigkeit« von Privatisierung, Liberalisierung und monetärer Stabilisierung hat sich auf wirtschaftspolitischem Gebiet als genauso alternativlos erwiesen wie der Übergang zur parlamentarischen Konkurrenzdemokratie (mit oder ohne mehr oder weniger autokratischen Präsidenten). Auch in bezug auf andere auffällige Ähnlichkeiten der mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften – etwa hinsichtlich der sozial prekären Lage großer Bevölkerungsschichten oder bezüglich der Rekrutierungsformen politischer und wirtschaftlicher Eliten – ist der im Titel des vorliegenden Jahrbuches angesprochene Differenzierungsprozeß wohl eher ein relativer.

Im ersten Teil, der »Gesellschaft und Poli-

tik« gewidmet ist, versucht zunächst *Eberhard Schneider*, ein schlüssiges Paradigma zu Begriffen und theoretischen Konzepten der Transformation zu entwerfen. »Gescheiterter Systemwandel löst Transition aus, die nach einiger Zeit in Transformation übergeht und mit dem Systemwechsel endet« (Schneider: 18). Vor dem Hintergrund dieses Basisprozesses werden dann Demokratiekriterien erörtert und Teilprozesse und Ebenen der Transformation beschrieben. Wie eine Reihe anderer Autoren auch (insbesondere Altmann, Bingen, Ignatow, Oschlies, Simon und Walter), kann es sich Schneider gegen Ende jedoch nicht verkneifen, den Reformern im Osten einige, unübersehbar an den Normen des Westen (der offenbar als alleiniger Maßstab für Transformation gelten darf) ausgerichtete »Empfehlungen« mit auf den steinigten Weg zu geben – nicht zu viele Parteien, vor allem keine Anti-System-Parteien (vgl. Schneider: 20f.) und natürlich einen »echten Elitewechsel« (Schneider: 24). Das ist der Stoff, aus dem die offenbar den Verläufen in der Ex-DDR entlehnten Wunschträume der Transformationsastrologie gemacht sind...

In einem sehr lesenswerten Aufsatz, der ausgezeichnet durch die Beiträge von *Bernd Knabe* zu politischen Interessengruppen und von *Hans-Henning Schröder* zur Formierung der russischen Wirtschafts- und Gesellschaftseliten ergänzt wird, wendet sich *Gerhard Simon* dem »patriotischen Konsens« als gemeinsamer ideologischer Plattform der »neuen« Oberschicht in Rußland zu. Dieser durch Supermachtanspruch, das Recht auf politisch-ökonomische Einflußsphären im »nahen Ausland«, die Herausbildung eines spezifischen politischen Modells und die Beibehaltung einer starken ökonomischen Rolle des Staates charakterisierte parteiübergreifende »Konsens« stützt nach Simon »die enge Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit von staatlicher Bürokratie und wirtschaftlicher Elite; ... erschwert ... den Kampf gegen die Mafia« (Simon: 30) und ist schließlich mit verantwortlich für politische Stagnationserscheinungen.

In den sich anschließenden Aufsätzen zur politischen Situation in der GUS-Region (Ukraine, Belarus, Kaukasien, Zentralasien und Litauen) wird deutlich, daß faktisch über-

all ähnliche Transformationsprobleme und -muster auftreten. Der Hang zu autoritären Machtstrukturen verstärkt sich; auf allen Ebenen der Macht sind »Rechtsnihilismus und Nichterfüllung der Gesetze« (Timmermann/Ott: 99) anzutreffen; »nationalstaatliche Mythenbildung« (Halbach: 109) verschärft die Probleme bei der Integration von Minderheiten; Korruption und Kriminalität sowie eine schlechte Steuermoral sind allgegenwärtig, und das Ausmaß der Schattenwirtschaft ist beträchtlich. Omnipräsent sind zudem Verarmungstendenzen – sie reichen von extremen 85 Prozent in Tadschikestan bis zu »moderaten« 25 Prozent der Bevölkerung in Litauen, wobei überall eine extreme Polarisierung der Einkommen zu konstatieren ist. Der »klassische« Mittelstand existiert nicht oder ist im Verschwinden begriffen – »die Situation des größten Teils der Gesellschaft (ist) nur als Armut zu bezeichnen« (Tauber: 113). Als ausgesprochen bedrohlich erweist sich darüber hinaus die Auszehrung des akademischen Personals, deren volles Ausmaß erst in den kommenden Jahren zutage treten wird. Es zeichnet sich eine dramatische Bildungskrise ab, die einige Transformationsgesellschaften auf das Niveau von klassischen »Dritte-Welt-Ländern« zurückwerfen könnte.

Nicht weniger unbefriedigend als der bisherige Verlauf des sozioökonomischen Großexperiments »Systemwechsel« vor allem im Bereich der ehemaligen Sowjetunion sind allerdings auch die von den westlichen Experten präsentierten Erklärungsmuster, die vom vermuteten Mangel »an Kompetenz und Willen« (Timmermann/Ott: 95) bis zur bemerkenswerten Einsicht reichen, daß sich die meisten Länder nicht mit der Elle westlicher Demokratievorstellungen messen lassen (vgl. Halbach: 107).

Wer nun glaubt, daß die Transformationsgesellschaften in unmittelbarer Nähe des EU-Raumes aufgrund ihrer beeindruckenden Erfolge bei der demokratischen Umgestaltung vor westlicher Besserwisseri und antikommunistischen Abrechnungs- wie Bekehrungseifer gefeit seien, der wird in den Beiträgen zu Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Bulgarien eines Besseren belehrt. Was die vermeintlich überall in den Startlöchern kauern »Gegner der Systemtransformation«

(Oschlies: 143) aber tatsächlich verderben oder auch nur anders machen könnten, das wird – vermutlich nicht ganz ohne Absicht – im Dunkel spekulativ geschürter Ängste gelassen.

Einen bedauerlichen Tiefpunkt erreicht die Belehrungshaltung ausgerechnet in dem Beitrag, in dem es um »Wertewandel und Wertekonflikte im Transformationsprozeß« geht. Wenn ein so sensibles Sujet erörtert werden soll, wären vor allem fundierte Aussagen dazu wünschenswert, was Wertewandel eigentlich ist, wodurch er determiniert wird, wie er vor sich geht und schließlich was in Anbetracht alldessen die potentiellen Resultate sein könnten. Geboten wird dem Leser zu dieser Thematik von *Assen Ignatow* jedoch nichts als apodiktische Schwarz-Weiß-Malerei, die darin gipfelt, daß es eine »kuriose offizielle philosophische These« der Sowjet-Ideologie sei, »nicht die großen welthistorischen Individuen, sondern »die Volksmassen« schufen die Geschichte« (Ignatow: 42). Aus solchen und anderen »Kuriositäten« sollte wahrscheinlich besser geschlossen werden, daß es Ignatow selbst ist, der hochgradig »infantilisiert« ist – jedenfalls weit mehr als jene Bürger der ehemaligen Sowjetunion, von denen er dies behauptet (vgl. Ignatow: 43).

Im zweiten Teil des Buches, der sich mit den Transformationen im Bereich der Wirtschaft befaßt, stellt *Hans-Hermann Höhmann* einleitend einige Überlegungen zu »Gemeinsamkeiten und Divergenzen im Prozeß der osteuropäischen Wirtschaftstransformation« vor. Dabei entwickelt er jenes, bereits im Politik-Teil angelegte Grundmuster fort, das auch den gesamten Ökonomie-Abschnitt dominiert. In den Gesellschaften Mittel- und Osteuropa kann es demnach nur eine Entwicklungsdichotomie geben: Entweder konsolidiert sich im europäischen Osten eine »unternehmerische Marktwirtschaft« westlichen Typs, oder es kommt zur Herausbildung »einer monopolistischen und interventionistischen Marktwirtschaft mit korporativistischen Zügen, wenig Wachstumsdynamik, Effizienz und strukturellem Wandel, bescheidener Rolle in der Weltwirtschaft sowie ausgeprägt rentenorientiertem Verhalten der ökonomischen Akteure« (Höhmann: 202); mit anderen Worten: eine typische »Dritte-Welt-Ökonomie«.

Damit diese Transformationsackgasse vermieden wird, bedarf es nach *Franz-Lothar Altmann* unbedingt der Herstellung einer privateigentümlich verfaßten Wirtschaftsordnung, deren Überlegenheit sich zwar forsch behaupten läßt, aber theoretisch kaum konsistent begründet werden kann (vgl. dazu u.a.: Jens Hölscher et al.: Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa, Bd. 4, Marburg 1996, S. 97ff.). Und überhaupt sollten sich die Transformationsökonomien gefälligst widerstandlos den oft ›bedauerlicherweise‹ wiederholt notwendigen »Aufforderungen und Ermahnungen seitens des IWF« (Altmann: 219) fügen. Wenn derartige ›Big-Bang-Rezepturen‹ dann noch zu Reallohnsenkungen im öffentlichen Dienst (vgl. Hishow: 231) und anderswo führen, löst dies wahre Freude im Kreise neoliberaler Ökonomen aus. Denn Wirtschaft wird nicht nur in der Wirtschaft gemacht, sie ist sich auch selbst genug. Wenn »die maximale Verringerung der Budgetdefizite als unbedingtes Gebot« gesetzt wird, dann kann die Verarmung großer Teile der Bevölkerung natürlich nur als »weitere technische Schwierigkeit« (Hishow: 233) wahrgenommen werden. Und falls die genauso radikal liberalisierten wie monetär stabilisierten Wirtschaften dann hartnäckige Tendenzen zur Ausdehnung der Schattenwirtschaft und zur Stagnation zeigen, sollten die Reformer auf gar keinen Fall in »strukturpolitischen Aktionismus« verfallen, sondern sich einer »soliden Transformationspolitik« (Lagemann: 255) zuwenden, die natürlich nur in einem Modell nachholender Entwicklung gipfeln kann. Aber selbst wenn die Zumutungen der empfohlenen Modelle, die sämtlich auf neoklassischen Ansätzen – also auf wirtschaftlicher Liberalisierung in Verbindung mit einer Reduzierung der Staatsausgaben (vgl. Lavigne: 302) – beruhen, von der Bevölkerung hingenommen werden, sieht ein »jahrzehntelanger Aufholprozeß« (Lagemann: 244) ins Haus, dessen Ausgang durchaus ungewiß ist.

Der zweifellos auch theoretisch gehaltvollste Beitrag dieses Buch-Teils stammt aus der Feder von *Carsten Herrmann-Pillath*, der sich mit der Frage nach den bisherigen Defiziten und zukünftigen Aufgaben einer ökonomischen Transformationstheorie befaßt. Seinen argumentativen Ausgangspunkt bildet die Pa-

radoxie der Transformationsforschung, daß sie erst zu einem Zeitpunkt in das Wissenschaftsleben getreten ist, als ihre möglichen Ergebnisse als Handlungsanweisung für konkrete Reformstrategien bereits dringend benötigt wurden. Von daher rührt dann auch die fast zwangsläufige Dominanz neoliberaler Ansätze, die nicht nur universelle Geltung beanspruchen, sondern in der »Dritten Welt« (in Form von Strukturanpassungsprogrammen) ohnehin gerade ›en vogue‹ waren. So manifestiert sich in der Dominanz neoliberaler Konzepte vor allem die »Pfadabhängigkeit der Forschung über Transformation« (Herrmann-Pillath: 204). Unterdessen hat der Transformationsverlauf jedoch die ursprünglich vorherrschende Frage nach dem Weg zur Marktwirtschaft obsolet gemacht. Das entscheidene Problem besteht heute vielmehr darin zu erkennen, zu »welcher Marktwirtschaft« die mittel- und osteuropäische Transformation führt. Es geht nach Herrmann-Pillath darum, neben der Anerkennung der bisher unterschätzten Rolle des Staates zu ergründen, »welche institutionellen Arrangements sich langfristig etablieren werden und welche Determinanten wirksam sind« (Herrmann-Pillath: 212). Dazu bedürfte es vor allem der Analyse jener kulturellen Faktoren, gesellschaftlichen Strukturen und politischen Prozessen, die »außerhalb der Kontrolle der Transformationspolitik« (Herrmann-Pillath: 213) wirksam sind.

Der dritte Teil des Buches zu den internationalen Beziehungen, befaßt sich überwiegend mit Rußland, seinen Problemen mit der beabsichtigten NATO-Osterweiterung, seinen Beziehungen zur GUS, zu Indien und China sowie zur islamischen Welt. Die Substanz der meisten Beiträge bildet eine doch recht fade Einheitssauce aus westlicher Selbstgefälligkeit, außenpolitischer Chronologie und mehr oder weniger gewagten Spekulationen auf die zukünftigen »Staateninteressen« in Europa. Positiv aus diesem Rahmen fällt lediglich der Aufsatz von *Manfred Sapper*, der nachdrücklich dafür plädiert, nicht nur die regionalspezifischen Ursachen von Konflikten in der Transformation Osteuropas, sondern auch ihre historisch und kulturspezifische Austragungsformen stärker in Rechnung zu stellen (Sapper: 326).

Insgesamt ist es den 29 Autorinnen und Autoren in 32 meist prägnanten Artikeln gelungen, eine sehr informative – mitunter allerdings auffällig Rußland-lastige – Gesamtschau der mittel- und osteuropäischen Transformationsverläufe zu präsentieren. Wie bei derartigen Sammelbänden unvermeidlich, unterscheiden sich die einzelnen Beiträge nicht nur hinsichtlich der Herangehensweisen und Argumentationslinien, sie transportieren auch immer subjektive Positionen der Autorinnen und Autoren – wie Rezensionen übrigens auch.

ARNDT HOPFMANN

Valentin Falin: Konflikte im Kreml.
Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion.
Aus dem Russischen
von Helmut Ettinger,
Karl Blessing Verlag GmbH.
München 1997, 318 S. (42,80 DM)

Wenn einstige politische Macher zu viel Zeit haben, über sich und die Welt nachzudenken, dann erinnern sie sich verbittert an verpaßte Chancen und an diejenigen, die eigene Absichten durchkreuzten, damit vielleicht verantwortlich für das eigene Scheitern waren. Verbitterung ist ein schlechter Ratgeber, das belegen leider auch die jüngsten Memoiren Valentin Falins. Das Haupt der Moskauer »Germanisten«, jener Spezialisten im Moskauer ZK-Apparat und im Außenministerium, die sich besonders gründlich mit der deutschen Materie auseinandersetzten, hat eine über dreißigjährige Karriere in der sowjetischen Außenpolitik hinter sich. Als Verhandlungspartner Egon Bahrs trägt der Moskauer Vertrag von 1970 seine Handschrift; ebenso wie das Vier-Mächte-Abkommen. Acht Jahre war er Botschafter in Bonn, von einer Zwischenstation als Direktor der Nachrichtenagentur APN verschlug es ihn 1988-91 auf der Posten des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU. Zuletzt war er auch ZK-Sekretär, bis der »Putsch« gegen Gorbatschow ihn aus der Politik drängte. Heute besetzt er mit Schreiben¹ seinen Lebensunterhalt im deutschen Ruhestand auf.

Seine Haltung zum letzten Jahrzehnt der Sowjetunion ist widersprüchlich. Kritisch und eigenwillig wie er war und ist, hatte er schon früh keinen Zweifel, daß die sowjetische Politik aus den festgefahrenen Bahnen ausbrechen müsse. Seine außenpolitischen Bemühungen zum Aufbrechen der Konfrontation mit der Bundesrepublik belegen das ebenso wie sein klares Bekenntnis zur Abkehr vom stalinistisch geprägten Sozialismus. Das wird auch in seinen angeführten Denkschriften zur Perestroika deutlich.

Sein heutiges Fazit dieser Jahre in der Sowjetunion ist denn aber doch vernichtend. »Welches Ziel die Initiatoren der Perestroika auch immer vor Augen gehabt haben mögen, das Ergebnis liegt auf der Hand: Das dritte Rom ist nicht mehr. Weder jenes, dem man ein menschliches Antlitz zu verleihen versprach, noch irgendein anderes. Man wollte dem Stier die Hörner geradebiegen und hat ihm dabei den Hals umgedreht – könnte ein Japaner dazu sarkastisch anmerken.« (S. 9)

Neben dieser streitbaren Position zur realisierten Perestroika, nicht zu ihrer Notwendigkeit, ist das zentrale Thema Falins eine vernichtende Kritik Gorbatschows als Generalsekretär des KPdSU und Staatsoberhaupt. Vor allem ihn persönlich macht er für das Scheitern der Perestroika und den Untergang des sozialistischen Blocks, vor allem aber der Sowjetunion verantwortlich.

Seine Positionen sucht Falin mit einem umfangreichen Anhang zu untermauern, in dem er vor allem an Gorbatschow gerichtete Memoranden und Thesenpapiere aus den Jahren 1986 bis 1990 abdruckt, die sich in seinem Besitz befinden. Dabei posiert er in der Rolle eines »Ketzer«, der zumindest in den Memoranden von 1986 bis 1988 auch von einer Anklageschrift bedroht und als »eine sowjetische Version des Falles Rudolf Bahro« hätte enden können. (S. 53)

Nun, aus dem einstigen »Ketzer« mit zu vielen Reformideen ist unter dem Eindruck der gescheiterten Perestroika und mit der Erfahrung des aus seiner Sicht selbstsüchtigen Perestroika-Erfinders ein zorniger und machtloser Kritiker geworden, der im nachhinein seine vermeintlich besseren Ideen vertritt. Dabei fällt seine Kritik an Gorbatschow, so interessant im Detail und so entlarvend für

den Moskauer Charismatiker ohne Fortune, doch ungerecht aus. Denn die von Falin vehement vorgebrachte Kritik an der Person Gorbatschow ist eigentlich eine an der Dauerwirkung des administrativ-zentralistischen Sozialismus. »Von unten bis oben war alles auf den ›Ersten‹ zugeschnitten und hingebogen, der auf einem Thron oder gleich mehreren Thronen saß. Unsere(n) Götter(n) ... genügte es nicht, Statthalter der Vorsehung zu spielen. Häufig kaum in der Lage, in einer Vielzahl von Tatsachen einen elementaren Sinn zu erkennen, beanspruchten sie, alles zu wissen, alles zu verstehen und alles vorauszu-sehen.« (S. 11) Genau das konnte und wollte Gorbatschow eben nicht brechen. Er begriff sich als Führer, der nach gut russischer Manier eine »Revolution von oben« einleiten wollte. Gleichzeitig blieb er trotz allem demokratischen Wortgeprassel genau dieser Denk- und Machtstruktur des aufgeklärten Zarentums verhaftet.

Insofern relativiert sich Falins Kritik angesichts der historischen Gegebenheiten, den Rahmenbedingungen und den selbstgesetzten Zielsetzungen der Perestroika-Mannschaft. Deren einzelne Mitstreiter hatten sehr unterschiedliche Positionen, die sich gleichzeitig auch noch wandelten. Daß Gorbatschow nicht besser war und in seiner selbstgewählten und historisch überreifen Rolle als aufgeklärter Zar versagte, weil er mehr Ideen als Lösungen, mehr Fragen als Antworten hatte, ist sein und der Sowjetunion Dilemma.

Erstens brauchte Gorbatschow zunächst die Partei als Motor der Perestroika. Aber ebenso war klar, daß seine Zielvorstellungen einer Demokratisierung nur greifen konnten, wenn die Partei sich selbst aufhob – oder zerschlagen wurde. Insofern sind Vorwürfe Falins, daß Gorbatschow die KPdSU bewußt zu spalten suchte, im gewählten Perestroika-Konzept nicht stimmig.

Zweitens waren Gorbatschow und seine Mitstreiter getrieben durch den desolaten Zustand der Sowjetunion, den auch Falin nicht bestreitet. Gorbatschows war sicher – wie den meisten – eher klar, wogegen man war, nicht wofür sie sein wollten und konnten. Das Fehlen durchdachter und durchgerechneter Konzepte, das stärkere Ankündigen als das Durchziehen von Reformen ließ den Reform-

Prozeß immer wieder ins Stocken geraten. Jeder Zwischenfall zwang zu neuen, immer wirkungsloseren Kurswechseln. Letztlich wurde so aus der Attacke ein Rückzugseffekt, in dem Gorbatschow – im Unterschied zu Falin – aber immer noch Fortschritt, weil Annäherung an Demokratie und Marktwirtschaft sah.

Drittens bemängelt in diesem Kontext Falin zu Recht Gorbatschows Inkonsequenz. Er macht das fest an der fehlenden juristischen Absicherung der Wirtschaftsreform. Aufschlußreich sind die Darlegungen zu Gorbatschows Furcht, durch das Offenlegen der Wahrheit über Katyn oder über die Geheimabkommen zwischen Hitler und Stalin international und in bezug auf die baltischen Republiken die Perestroika zu schwächen, was im Resultat dieser Verzögerungstaktik letztlich in viel stärkerem Maße bewirkt wurde.

Viertens ist die kritisch Betrachtung von Gorbatschows Versuch, über eine autoritäre Präsidialverfassung den Wandlungsprozeß noch in den Griff zu bekommen und dabei die eigene Losung »Alle Macht den Sowjets« zu unterlaufen, zweifellos berechtigt. Das hat aber *fünftens* mit dessen Verfangenseins – wie des gesamten realsozialistischen Denkens und Handelns – in den Strukturen des Primats der Politik zu tun. Die Macht ist das allererste, das stand nicht nur in den Stalinschen Lehrbücher, das war auch den Reformern unverzichtbar.

Die Informationen, die Falin zum deutschen Einigungsprozeß gibt, sind nicht neu. Er polemisiert gegen Gorbatschow und Schevardnadse angesichts ihres – wie er meint – Versagens in der deutschen Frage, der Preisgabe der DDR sowie des Einräumens einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft ohne eine auch nur annähernd adäquate Gegengabe der westlichen Seite. Dabei fällt auf, daß Falin selbst durchaus einer der sowjetischen Politiker war, die sehr früh erkannten, daß die deutsche Frage keineswegs aus der Welt sei, sondern akut gärite. Insofern war er Wegbereiter für eine veränderte Sicht der sowjetischen Führung auf dieses Problem. Aber zugleich ist er verärgert darüber, daß er 1989/90 mit seiner vorsichtigeren, auf einen Interessenausgleich der Sowjetunion mit der Bundesrepublik gerichteten Politik nicht durchdringen konnte.

Der für Bonn preisgünstige Anschluß der DDR und nicht die deutsche Einheit ist sein Problem. Er glaubt, daß die Sowjetunion tatsächlich Alternativen gehabt hätte, wenn Gorbatschow auf ihn gehört hätte.

Augenscheinlich kann er immer noch nicht verwinden, daß Gorbatschow im Zuge seiner Parteiverdrossenheit das Entscheidungszentrum weg vom ZK-Apparat in seinen Beraterkreis und auf den eigene Tisch – sicher wieder nicht sehr demokratisch – verlagerte. Falin hatte hier keinen Platz, was angesichts seiner Warnungen vor der Zustimmung Moskaus zum Anschluß nach Art. 23 GG und zur möglichen Neutralisierung Gesamtdeutschlands bedauerlich sein mag.

Gorbatschow hatte aber stärker als alle anderen – auch Falin – begriffen, vermutlich ohne es sich bis ins letzte einzugestehen, daß die Sowjetunion nicht mehr die Supermacht war, die ihre Interessen mit allen Mitteln durchsetzen konnte. Unter dieser Lesart wird sowohl das rasche Zurückweichen in der DDR- und deutschen Einheitsfrage verständlich wie auch die scheinbar leichtfertigen, oft einseitigen Abrüstungsaktivitäten. Man kann Gorbatschow sicherlich ein zu hohes Rückzugstempo vorwerfen, das die eigenen Verhandlungspositionen schwächte. Aber gab es wirklich so viele Alternativen, wie Falin und manch andere heute glauben machen wollen? Natürlich steckte Gorbatschow in einem Dilemma, nicht nur in seinen Verhandlungen mit Bush. Falin fragt rhetorisch: »Was mag den führenden Mann der Sowjetunion stärker beeindruckt haben – das Zuckerbrot (das Versprechen, für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ›in allen Bereichen grünes Licht zu geben‹) oder die Peitsche (die Drohung, die Lage in Europa auch gegen die Sowjetunion von Grund auf zu verändern, da ›niemand imstande sei, den Vereinigungsprozeß zu bremsen‹)?« (S. 182)

Falins politische Weisheit zum Handeln politischer Führer ist zweifellos zutreffend: »Wenn ein Staatsmann eine Kettenreaktion in Gang setzt, dann muß er – wenn es nicht seine Absicht ist, mitten im Fluß die Pferde zu wechseln – die nachfolgenden Züge in allen nur denkbaren Varianten bis ins letzte durchrechnen und dafür sorgen, daß für jeden einzelnen rechtzeitig der Boden bereitet und

das Hinterland abgesichert ist.« (S. 35) Gott, so es ihn denn gäbe, wäre dieser Aufgabe gewachsen. Alle anderen müssen kleinere Kuchen backen. Gorbatschow war allerdings auch hier ein schlechter Bäcker.

1 Siehe Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1993

STEFAN BOLLINGER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten.

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichten, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00